

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## Sowjetunion

*Maïke Lehmann*

DAS (POST-)SOWJETISCHE  
ALS POLITISCHE UND  
IDENTITÄTSRELEVANTE  
RESSOURCE

*Julia Obertreis*

SOWJETUNION GLOBAL

*Jörg Baberowski*

SOWJETISCHE GESCHICHTE  
ALS GEWALTGESCHICHTE

*Susanne Schattenberg*

NACH STALIN:  
DAS FUNKTIONIEREN  
DER UDSSR

*Jochen Hellbeck*

DIE SOWJETUNION  
IM KAMPF GEGEN  
HITLER-DEUTSCHLAND

*Frank Grüner*

JUDEN UND  
JÜDISCHES LEBEN  
IN DER SOWJETUNION

*Irina Scherbakowa*

SACKGASSE  
SOWJETVERGANGENHEIT

# APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

# Sowjetunion

## APuZ 16/2021

**MAIKE LEHMANN**

### DAS (POST-)SOWJETISCHE ALS POLITISCHE UND IDENTITÄTSRELEVANTE RESSOURCE

Die Begriffe des „Sowjetischen“ und des „Postsowjetischen“ scheinen zunächst schlicht eine Chronologie zu umreißen. Doch gleichzeitig sind sie politisch aufgeladen und analytisch, sie stehen in einer spezifischen Tradition und verzeichnen ihre eigenen Konjunkturen.

Seite 04–09

**JULIA OBERTREIS**

### SOWJETUNION GLOBAL

Bereits die Revolution 1917 verursachte ein internationales Beben und verbreitete Furcht wie Hoffnung zugleich. Mit dem Kalten Krieg wurde die Sowjetunion zur „Supermacht“ und im Globalen Süden zur Entwicklungshelferin mit Hintergedanken.

Seite 10–17

**JÖRG BABEROWSKI**

### SOWJETISCHE GESCHICHTE ALS GEWALTGESCHICHTE

Der sowjetische Staat stand auf einem Fundament, das mit Gewalt errichtet wurde. Das Regime setzte seine Gewaltexzesse überall dort ins Werk, wo es seiner Herrschaft nicht sicher zu sein glaubte. Erst Nikita Chruschtschow beendete den Terror.

Seite 18–24

**SUSANNE SCHATTENBERG**

### NACH STALIN: DAS FUNKTIONIEREN DER UDSSR

Die Forschung zur späten Sowjetunion hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten einen Aufschwung erlebt. Dominierte in den 1990er Jahren die Stalinismusforschung, ist es jetzt die Forschung zur Zeit nach 1953 unter der Herrschaft Chruschtschows und Breschnews.

Seite 25–31

**JOCHEN HELLBECK**

### DIE SOWJETUNION IM KAMPF GEGEN HITLER-DEUTSCHLAND

Die Aufklärung über deutsche Gewaltverbrechen durch sowjetische Beobachter rüttelte auch im Westen auf. Materiell wie konzeptionell hatte die Sowjetunion eine entscheidende Rolle beim Sieg gegen das nationalsozialistische Deutschland inne.

Seite 32–39

**FRANK GRÜNER**

### JUDEN UND JÜDISCHES LEBEN IN DER SOWJETUNION

Mit dem Sturz des zarischen Regimes im März 1917 begann für die jüdische Bevölkerung eine neue Epoche. Doch antireligiöse Politik, Antisemitismus und Antizionismus ließen den Wunsch nach Emigration vor allem nach 1945 immer stärker werden.

Seite 40–47

**IRINA SCHERBAKOWA**

### SACKGASSE SOWJETVERGANGENHEIT

Vor knapp 30 Jahren wurde das Ende der Sowjetunion vertraglich besiegt. An ihrem Erbe, insbesondere dem stalinistischen, trägt das heutige Russland immer noch schwer. Blicke zurück und auf die aktuelle Geschichtspolitik zeigen, warum dies so ist.

Seite 48–52

# EDITORIAL

Am 4. Oktober 1957 schoss die Sowjetunion ihren Satelliten „Sputnik“ erfolgreich ins All. Diese Pioniertat löste im Westen einen Schock aus: nicht die USA, sondern der kommunistische Gegenspieler im Kalten Krieg hatte beim *space race* technologisch die Nase vorn. Im August 2020, nach der ersten Welle der Corona-Pandemie, legte Moskau erneut im globalen Wettlauf vor. Doch ein erneuter „Sputnik-Schock“ nach Zulassung des ersten Corona-Vakzins „Sputnik V“ durch russische Behörden blieb bisher weitgehend aus.

Die Bezugnahme auf tatsächliche oder vermeintliche Erfolge der Sowjetunion ist Teil der aktuellen (Geschichts-)Politik der Russischen Föderation. Das Sowjetische existiert neben dem Postsowjetischen, also den Erfahrungen mit den Umwälzungen und Unsicherheiten nach 1991, weiter. Die größte erinnerungskulturelle Rolle spielt dabei der Sieg der Roten Armee im „Großen Vaterländischen Krieg“, der mit dem Überfall NS-Deutschlands auf die Sowjetunion vor 80 Jahren, am 22. Juni 1941, begann und mit der Kapitulation der Wehrmacht am 8./9. Mai 1945 endete. Mittlerweile geht die Forschung von etwa 27 Millionen Opfern auf sowjetischer Seite aus.

Dieses Opfer im Kampf gegen den Faschismus vermochte es allerdings nicht, die Gewalt gegen die eigene Bevölkerung zu stoppen, die mit dem „Großen Terror“ von 1937 einen Höhepunkt erreicht hatte. Die „Ströme“ in die „Gefängnis-kanalisation“, wie Alexander Solschenizyn sie detailliert in seinem „Archipel Gulag“ (1974) aufzählt, flossen während und nach dem Krieg weiter. Knapp 30 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion ist die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und seinen Folgen noch nicht beendet. Der Schock, den die Stalin-Zeit ausgelöst hat, wirkt bis heute gesellschaftlich nach.

*Anne Seibring*

# VON DER HARTNÄCKIGKEIT EINES ATTRIBUTS

## Das (Post-)Sowjetische als politische und identitätsrelevante Ressource

*Maïke Lehmann*

Mittlerweile ist es 30 Jahre her, dass der sowjetische Staat zu existieren aufhörte. Mit ihm endeten auch der Kalte Krieg und die bipolare Aufteilung der Welt in einen durch Moskau weitgehend dominierten sozialistischen Block und westliche liberale Staaten, die ihre konkurrierenden Gesellschaftsmodelle mithilfe von Entwicklungsprogrammen, wirtschaftlichen Kooperationen, Bildungsaustausch und militärischen Einsätzen in damals als „Dritte Welt“ und „blockfreie Staaten“ bezeichneten Regionen zu etablieren suchten. Auf die euphorische Rede vom „Ende der Geschichte“, die den umfassenden Sieg des Liberalismus postulierte,<sup>01</sup> folgten im Westen der Entwurf von Transformationstheorien, die die Härten des Zusammenbruches lediglich als eine Übergangszeit entwarfen, die mittels einer Schocktherapie umso schneller überwindbar wäre.

Mittlerweile ist eine ganze Generation ohne eigene Erfahrung mit dem Staatsozialismus aufgewachsen. Doch die Sowjetunion bleibt präsent. Denn auch die Nachgeborenen, nicht nur ihre vor 1991 aufgewachsenen Eltern und Großeltern, wurden durch die Sowjetunion und ihren Zusammenbruch geprägt. So halten sich positive Bezugnahmen etwa auf die entscheidende Rolle der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, auf die Breschnew-Zeit oder gar auf Stalin als erfolgreichen Manager der sowjetischen Modernisierung. Dies sind Abschnitte in der Geschichte, die trotz der Millionen Opfer, die Krieg und Terror forderten, und der Einschränkung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit in der späten Sowjetunion nicht nur in Russland mit Erfolgen, Sicherheit und globalem Status in Verbindung gebracht werden. Entsprechend fand die Deklaration des ehemaligen KGB-Offiziers Wladimir Putin, der Zusammenbruch der Sowjet-

union stelle die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts dar,<sup>02</sup> in Russland wie im postsowjetischen Raum Zustimmung. Immerhin hatten Finanzreformen und -krisen wiederholt Familienersparnisse vernichtet; Arbeitsverhältnisse bleiben bis heute fragil. Auch widerlegten die kriminelle Gewalt auf den Straßen postsowjetischer Städte der 1990er Jahre und die zahlreichen Bürgerkriege an der ehemaligen sowjetischen Peripherie den westlichen Mythos eines gewaltfreien Regimewechsels.

Trotz der Berichte über diese Zustände irritierte Putins Aussage im Westen. Hier wird der Zerfall der multiethnischen Sowjetunion keineswegs als Tragödie, sondern als Befreiung angesehen, und positive Erinnerungen an die Sowjetzeit als fehlgeleitete, da vergessliche, verharmlosende „Nostalgie“ gefasst.<sup>03</sup> Zugleich werden Rechtsbeugung, Korruption, die Schwäche der Zivilgesellschaft, Zustimmung für Putins Geopolitik oder auch die regelmäßige Nennung Stalins als bedeutendste Figur in der russischen Geschichte<sup>04</sup> als Ausweis für ein noch nicht überwundenes sowjetisches Erbe gewertet. Diese konträren Interpretationen sind Grund genug, sich das (Post-)Sowjetische als Attribut und seine unterschiedlichen Bedeutungen näher anzusehen.

### CHRONOLOGIE UND POLITIK

Die Begriffe des „Sowjetischen“ und des „Postsowjetischen“ scheinen zunächst schlicht eine Chronologie zu umreißen – 70 Jahre Sowjetunion einerseits, das „Danach“ andererseits. Doch jenseits dieser Zeitfolge signalisieren diese Attribute auch etwas anderes: Sie sind so politisch aufgeladen wie analytisch, sie stehen in einer spezifischen Tradition und verzeichnen ihre

eigenen Konjunkturen. So markierte das Attribut des Postsowjetischen in der Berichterstattung der 1990er Jahre zunächst einen Übergang, der – eingeläutet durch die Auflösung des politischen Systems und den Denkmalssturm auf Statuen sowjetischer Führer, dann veralltäglich in durch den Westen inspirierten Namen neuer, nun in privater Hand befindlicher Geschäfte<sup>05</sup> – die Loslösung vom Sozialismus als Ideologie und Weltbild verhieß. Auch die Kultur- und Sozialwissenschaften wandten sich nach 1991 zunächst dem vermeintlich Neuen zu, etwa religiösen Praktiken und wirtschaftlichen Aktivitäten, die in einem Kontrast zur antireligiösen Propaganda des untergegangenen Sowjetstaates und seiner Planwirtschaft standen.<sup>06</sup> Jenseits der Adaptionsleistung an unsichere Zeiten, in denen etwa Religiosität einen neuen Halt versprach, übersah diese Perspektive aber oft, dass es trotz Ressentiments etwa gegenüber Juden und Muslimen sowie der Verfolgung von Sekten und Untergrundkirchen spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion durchaus gestattet war, Religion auszuüben, sofern sie sich im Rahmen staatlich kontrollierter Kirchenstrukturen bewegte.<sup>07</sup> Hinzu kommt, dass Moralvorstellungen von nach 1991 bekehrten Gläubigen gleichermaßen von Kirchenlehren wie von im Sozialismus propagierten Werten geprägt waren.<sup>08</sup>

Das Amalgam aus sowjetischen Erwartungen, sowjetischer Sprache und sowjetischen Verhaltensweisen einerseits und postsowjetischen Adaptionsleistungen und Praktiken andererseits fiel vor allem AnthropologInnen bald ins Auge. So hatte etwa Caroline Humphrey bereits in den 1980er Jahren Feldforschungen auf einer nach Karl Marx benannten Kolchose im ostsibirischen Burjatien vorgenommen. Sie stellte Mitte der 1990er Jahre fest, dass das Sowjetische nicht einfach ad acta gelegt war, trotz Kritik an der Politik des sowjetischen Staates und der Existenz sowjetischer Arbeitslager, die nicht zuletzt die gewaltsame Kollektivierung und Zwangsansiedlung von Burjaten im Stalinismus deutlich machten. Auch die Loyalität zum russischen Staat stand keineswegs infrage. Vielmehr fand Humphrey heraus, dass die zur Gruppe der mongolischen Völker gehörenden BurjatInnen eine als „rückständig“ verstandene Identifikation als MongolInnen ablehnten. Denn sie gehörten zu den Gruppen, die vor 1991 vor allem als nicht-sesshafte, traditionelle Strukturen fortschreibende, aber gläubische und somit antimoderne Gemeinschaft imaginiert wurden. Doch laut desselben staatlich beförderten Diskurses konnten sie ihre Rückständigkeit überwinden, indem sie die emanzipatorisch und aufklärerisch gefassten Modernisierungsvisionen des multiethnischen Sowjetstaates verinnerlichten. Die Langzeiteffekte dieser Vorstellungen spiegelten sich nach 1991 darin wider, dass BurjatInnen sich nicht als solche, sondern in Anlehnung an überethnische, staatsbürgerliche Kategorien identifizierten – waren sie vorher SowjetbürgerInnen, sahen sie sich nun als RussländerInnen.<sup>09</sup> Wenige Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mochte es aber nicht überraschen, dass auch Alltagspraktiken und -regeln, Vorstellungen von Erfolg und Scheitern und die Logiken sozialer Distinktion von im Stalinismus etablierten Regeln geprägt blieben.<sup>10</sup>

Nach 2000 wurde dann verschiedentlich das Ende der postsowjetischen Zeit ausgerufen, meist

**01** Francis Fukuyama, *The End of History?*, in: *The National Interest* 16/1989, S. 3–18.

**02** Vgl. Heiko Pleines, *Nach dem Ende der Sowjetunion*, 10. 10. 2014, [www.bpb.de/192802](http://www.bpb.de/192802).

**03** Vgl. Walter Sperling *Die Ruinen von Grosny. Nostalgie, Imperium und Geschichte im postsowjetischen Russland*, in: *Historische Anthropologie* 2/2015, S. 290–315.

**04** Das unabhängige Levada-Zentrum erhebt dazu regelmäßig Daten und hat einen Anstieg von positiven Stellungnahmen zu Stalin zwischen 2008 und 2018 festgestellt. Vgl. Levada-Center, *The Perception of Stalin*, 17. 4. 2018, [www.levada.ru/en/2018/04/17/the-perception-of-stalin](http://www.levada.ru/en/2018/04/17/the-perception-of-stalin).

**05** Vgl. Alexei Yurchak, *Privatize Your Name. Symbolic Work in a Post-Soviet Linguistic Market*, in: *Journal of Sociolinguistics* 3/2000, S. 406–434.

**06** Vgl. Chris Hann (Hrsg.), *Postsocialism. Ideals, Ideologies and Practices in Eurasia*, London 2002.

**07** Vgl. Ulrike Huhn, *Glaube und Eigensinn. Volksfrömmigkeit zwischen orthodoxer Kirche und sowjetischem Staat, 1941–1960*, Wiesbaden 2014; Eren Tasar, *Muslim and Soviet. The Institutionalization of Islam in Central Asia, 1943–1991*, New York 2017.

**08** Vgl. Jarret Zigon, Aleksandra Vladimirovna. *Moral Narratives of a Russian Orthodox Woman*, in: Mark Steinberg/Catherine Wanner (Hrsg.), *Religion, Morality, and Community in Post-Soviet Societies*, Bloomington 2008, S. 85–114.

**09** Im Sinne einer nicht ethnisch-russischen, sondern staatsbürgerlich-russländisch definierten Identität. Entsprechend ist „Russländische Föderation“ der korrekte Name für das multiethnische Russland.

**10** Vgl. Caroline Humphrey, *Marx Went Away, But Karl Stayed Behind*. Updated Edition of *The Karl Marx Collective. Economy, Society, and Religion in a Siberian Collective Farm*, Ann Arbor 1998, insb. S. VII–XIX.

in Zusammenhang mit den Versuchen Russlands, sich als geopolitischer Hegemon zu reetablieren, und einer Abkehr von einer Reformpolitik im postsowjetischen Raum, die auf eine Demokratisierung im westlichen Sinne ausgerichtet war.<sup>11</sup> Das Chaos der 1990er Jahre befeuerte nicht nur eine Sehnsucht nach sozialer Absicherung und politischer Stabilität, die die Bevölkerung in der späten Sowjetunion als Normalität kennengelernt hatten. Dieses Chaos diskreditierte auch die Demokratie, die für die Mehrheit der Bevölkerung in der Russländischen Föderation nun nicht mehr mit ihren großen Versprechen, sondern mit permanenter Instabilität assoziiert war. Orientierung brachten neue Zeithorizonte in Gestalt einer affirmativen Einordnung der sowjetischen Geschichte in eine längere Kontinuität russischer imperialer Größe, die es schon in den 1990er Jahren gab, aber durch Putin und russische Intellektuelle nun verstärkt referenziert wurde.<sup>12</sup> Doch diese positiven Bezugnahmen auf die Sowjetzeit und das Zarenreich waren mehr als eine Erweiterung des Betrachtungszeitraumes. Russland stellte sich damit in eine längere politische Tradition, in der Sicherheit und Stärke großgeschrieben wurden, die brutale Modernisierungspolitik des Stalinismus und der Sieg im Zweiten Weltkrieg nicht in Bezug auf ihre Kosten und Opfer reflektiert, sondern die Heroisierung der Opferbereitschaft der Bevölkerung politisch instrumentalisiert wurden. Eben diese Interpretation der Rolle Russlands und der Sowjetunion, die sich wie jede Traditionsbildung selektiv der Vergangenheit bedient,<sup>13</sup> ist im Westen traditionell negativ besetzt.

Spätestens hier entpuppt sich das Postsovietische als ein politischer und, wie das Sowjetische, ein politisierter Begriff. Während er in Russland mit Chaos assoziiert blieb, implizierte er im Westen den Abschied vom Staatssozialismus als einer „anderen“ Ordnung. In dieser Perspektive waren Russland und andere ehemalige Sowjetrepubliken nach 1991 auf dem „richtigen“ Weg. Demokratie und Recht sollte in

der postsowjetischen Ära endlich zum Durchbruch verholfen werden, hatte die Vorannahme gelautet. Solche Vorannahmen schwingen dann auch in der Feststellung mit, dass mit dem Ende der 1990er Jahre viele Staaten im postsowjetischen Raum von diesem „richtigen“ Weg immer mehr abwichen. Die kritische Berichterstattung zur zunehmend autoritär und auf eine Führungsfigur fokussierte Politik in diesen Staaten, Menschenrechtsverletzungen, Korruption und ökonomischer Raubbau an Gesellschaft und Umwelt sowie die Verweise auf Russlands Großmachtambitionen enthielten immer eine doppelte Referenz, die nun stärker sichtbar wurde: Sie setzte die liberale westliche Demokratie und die von ihr propagierten Werte als universalen Referenzrahmen, für den Staaten im postsowjetischen Raum mit ihrer Abweichung von dieser Ordnungsvorstellung wieder als Kontrast, als das „Andere“ dienten. Dieses „Andere“ wurde als Bedrohung gelesen, nicht zuletzt aufgrund der geopolitischen Konsequenzen russischer Großmachtambitionen. Deren Verunsicherungspotenzial wird ausgeglichen durch eine umso bestimmtere Beharrung auf dem „eigenen“ Modell, der eigenen Identität. Der Begriff des Postsowjetischen markiert somit nicht einfach einen Zeitabschnitt, sondern verweist auch auf die jeweilige politische Position und dahinstehende Identitätskonstruktionen.

#### DIE TRADITION DES „ANDEREN“ ALS RESONANZRAUM DES (POST-)SOWJETISCHEN

Hierfür lieferte eine Tradition Bilder und Zuschreibungen, die nicht erst in der Zeit des Kalten Krieges Verbreitung gefunden hatten. Als Beispiel können Karikaturen dienen, die im Westen die russische Politik kommentierten und zugleich positionierten. So wurde Putin im Kontext der russischen Invasion in Georgien 2008 als Krake dargestellt, der nicht nur den Kaukasus, sondern auch das Baltikum, die Ukraine und Belarus in den Würgegriff nahm. Einen Oktopus mit Putins Kopf zierte auch die Titelseite einer Ausgabe des „Economist“ zur russischen Einflussnahme auf den US-Präsidentenwahlkampf 2016.<sup>14</sup> Diese Karikaturen zitierten Darstellungen

**11** Vgl. Kevin M. F. Platt, *The Post-Soviet Is Over. On Reading the Ruins*, in: *Republics of Letters* 1/2009, <https://arcade.stanford.edu/rofl/post-soviet-over-reading-ruins>.

**12** Vgl. Isabelle de Keghel, *Die Staatssymbolik des neuen Russland. Traditionen – Integrationsstrategien – Identitätsdiskurse*, Münster 2008.

**13** Vgl. Eric Hobsbawm/Terence Ranger, *The Invention of Tradition*, Cambridge 1992.

**14** Siehe *The Economist*, 22.2.2018, [www.economist.com/weeklyedition/2018-02-24](http://www.economist.com/weeklyedition/2018-02-24).

Stalins in den 1930er Jahren, die die Angst vor einem Sieg des Kommunismus nicht nur im Spanischen Bürgerkrieg versinnbildlichten, oder eine Europakarte von 1877, die Russlands Agieren in der Balkankrise ebenfalls mit einer Krakenallegorie kommentierte.<sup>15</sup> Weitere Kriege und Krisen produzierten Varianten dieser entmenslichten Darstellung Russlands sowie der Sowjetunion – wie Russland als Bär oder Wolf, das auf Europakarten den als Menschen dargestellten west- und südeuropäischen Ländern die Zähne zeigt, oder Stalin, der als sich gen Westen vorarbeitendes menschenfressendes Monster auf Landkarten des Kalten Krieges präsentiert wird. Diese Bilder illustrieren so sehr die Kritik an russischer beziehungsweise sowjetischer Politik, wie sie das Selbstbild des Westens untermauern: die Imagination Russlands beziehungsweise der Sowjetunion als unberechenbares, „unvernünftiges“, „barbarisches“ Tier bestätigt das Bild einer zivilisatorischen Überlegenheit des aufgeklärten Westens.

Identitätskonstruktion mittels Abgrenzung zum „Anderen“ ist kein Alleinstellungsmerkmal des westlichen Russlanddiskurses. Das antike Rom wie die italienische Renaissance produzierten ähnliche Bilder von den „Barbaren“ nördlich der Alpen. Der Historiker Larry Wolff hat untersucht, wie sich diese Nord-Süd-Polarisierung der (Un-)Zivilisiertheit mit der französischen Aufklärung in einen Ost-West-Gegensatz verlagerte, mit dem die Beschreibung von Dunkelheit und Barbarei im „Osten“ die neue Ära der westlichen Vernunft in ein umso helleres Licht tauchte.<sup>16</sup> Beliebte „Reiseberichte“ des 18. Jahrhunderts etwa von Giacomo Casanova oder des Lügenbarons Münchhausen exotisierten dieses Bild des Russischen Reiches mit Beschreibungen eines vermeintlich ungebändigten Sexualtriebes oder Schilderungen von Banketten, bei denen echte Bären die Speisen auftrugen.<sup>17</sup> Dieses wenig an Realitäten vor Ort interessierte Bild Russlands

diente als aufregender Kontrast für das Selbstbild westlicher Autoren und LeserInnen.

Nach 1917 fungierte dann die Sowjetunion als Projektionsfläche unterschiedlichster politischer Bewegungen und den Zyklen ihrer Identitätskonstruktionen: Intellektuelle aus Asien und Afrika sahen sich in ihrem Kampf gegen die westliche Kolonialpolitik durch die Unterstützung der in Moskau ansässigen Kommunistischen Internationale (Komintern) bestärkt.<sup>18</sup> Der Einfluss der Komintern auf Kommunistische Parteien weltweit produzierte wiederum Bedrohungsszenarien eines langen Armes Moskaus im Westen, obwohl die Sowjetführung sehr bald das Projekt der Weltrevolution ans Ende ihrer politischen Prioritätenliste gesetzt hatte und die Komintern selbst von der Radikalisierung der Arbeiterschaft infolge der Weltwirtschaftskrise kaum profitieren konnte. Während die Nationalsozialisten ihre Rassen- und Expansionspolitik unter anderem mit dem Bild von Slawen als unzivilisierten „Untermenschen“ legitimierten, fuhren westeuropäische Intellektuelle selbst zu Hochzeiten des stalinistischen Terrors nach Moskau auf der Suche nach einer politischen Alternative zum europäischen Faschismus.<sup>19</sup> Die Studentenbewegungen von 1968 waren wiederum eklektisch in ihrer Auswahl sozialistischer Lehren – neben Lenin wurden Mao und Trotzki studiert, um die Kritik an den Missständen der westlichen Industriegesellschaften auf eine theoretische Grundlage zu stellen.<sup>20</sup> Zugleich fanden Berichte über die Verbrechen des Stalinismus im Westen eine breite Resonanz. So befeuerte etwa die Publikation von Alexander Solschenizyns „Archipel Gulag“ 1974 nicht nur die Legitimitätskrise der Sozialistischen Parteien in Frankreich und diente rechtsnationalen Kreisen in der Bundesrepublik zur Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen.<sup>21</sup> Ein Exemplar des Buches durfte zugleich in keinem Haushalt fehlen, der etwas auf sich hielt.

**15** Vgl. How Communism Works. Keep This Pamphlet Moving (1938), in: Frank Jacobs, Cartography's Favourite Map Monster. The Land Octopus, 5.7.2011, <https://bigthink.com/strange-maps/521-cartographys-favourite-map-monster-the-land-octopus>; Serio-Comic War Map For the Year 1877, [www.landkartenarchiv.de/satire.php?q=rose\\_revised\\_edition\\_serio\\_comic\\_war\\_map\\_for\\_the\\_year\\_1877](http://www.landkartenarchiv.de/satire.php?q=rose_revised_edition_serio_comic_war_map_for_the_year_1877).

**16** Vgl. Larry Wolff, *Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*, Stanford 1994.

**17** Vgl. ebd.; Rudolph Erich Raspe, *The Travels and Surprising Adventures of Baron Munchhausen*, New York 1888 [1785].

**18** Vgl. Elisabeth McGuire, *Red at Heart. How Chinese Communists Fell in Love with the Russian Revolution*, Oxford 2017.

**19** Vgl. Karl Schlögel, *Terror und Traum. Moskau 1937*, München 2008; Katerina Clarke, *Moscow. The Fourth Rome*, Cambridge 2011.

**20** Vgl. Gerd Koenen, *Das Rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Köln 2001.

**21** Dazu führten etwa rechtsnationale Publikationen wie die „Deutsche National-Zeitung“ in den 1970er Jahren die Schriften Alexander Solschenizyns und Lew Kopelews ins Feld.

Die zyklische Reproduktion solcher identitätsrelevanten Bilder und Bezugnahmen auf Russland und die Sowjetunion bilden den Resonanzraum, in dem wir die Attribute „sowjetisch“ und „postsowjetisch“ im politischen Sinne weiterhin verwenden. Sie kommen besonders in Krisen zum Zuge, wie etwa während der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014. Jenseits des Mobilisierungseffektes innerhalb der russischen Gesellschaft schufen sie auch Klarheit und Einheit im „Westen“. Dieser war sich zu dem Zeitpunkt unschlüssig über seine Rolle im eskalierenden Bürgerkrieg in Syrien, und die EU rieb sich im Streit über den Euro-Rettungsschirm und die Staatsschuldenkrise in Griechenland auf.

In diesem Resonanzraum schwimmt die Definitionsschärfe des Sowjetischen und Postsowjetischen genauso wie in der Identitätspolitik des Kremls.<sup>22</sup> Letzterer vermag Kontinuität und Bruch mitunter meisterlich zusammenzubringen und in politisches Kapital umzuwandeln, etwa wenn Putin verkündet: „Wer die Sowjetunion nicht vermisst, hat kein Herz, wer sie sich zurückwünscht, hat keinen Verstand.“<sup>23</sup> Dieser viel zitierte Ausspruch unterstreicht, dass das Sowjetische zählt, obwohl die Sowjetunion nicht mehr existiert und ihr Ende anerkannt wird. Jenseits einer bewussten Traditionsbildung wird hier aber auch jenseits des Politischen ein Erbe adressiert, das bis heute fortwirkt. Bezeichnenderweise haben sich dann auch Vorschläge für Nachfolgeattribute für das (Post-)Sowjetische nicht wirklich etabliert, um den Einfluss der Lebenszeit und -erfahrung der heute in der Russländischen Föderation Lebenden auf den Punkt zu bringen.

## DAS (POST-)SOWJETISCHE ALS ERBE

Somit bedienen wir uns dieser Attribute weiterhin, zumal sie auch jenseits vermeintlich klarer politischer Implikationen auch diffusere soziale und kulturelle Konstellationen immer noch am besten umreißen. Dabei sind Politik und Kultur

oft genauso schwer voneinander zu trennen wie Tradition von dem, was man als das (post)sowjetische Erbe bezeichnen könnte. „Erbe“ ist das spezifische Reservoir an Ereignissen, Erfahrungen und Erinnerungen, die Gesellschaften in ihren Wahrnehmungen, Emotionen, Reflexen und Verhaltensmustern nachhaltig prägen. Es bildet die Grundlage für „Tradition“ als selektive Bezugnahme auf die Vergangenheit, geht über sie jedoch hinaus und umfasst damit auch das, was man sich nicht aussuchen kann.

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg im postsowjetischen Raum ist ein Beispiel für die erfolgreiche Mobilisierung dieses Erbes für eine fortgesetzte Traditionsbildung. Während im Westen die Bedrohungsszenarien des Kalten Krieges den entscheidenden Beitrag der Sowjetunion zum Sieg über das „Dritte Reich“ aus dem Bewusstsein verdrängten, bildet der „Sieg über den Faschismus“ beziehungsweise der „Große Vaterländische Krieg“ den emotionalen Schlüssel für eine positive Identifikation mit der Sowjetunion vor wie nach 1991. Bezeichnenderweise wurde der Krieg zu einer Identitätsressource auch für Gruppen, die vor und nach 1945 unter staatlicher Unterdrückung und gesellschaftlicher Exklusion gelitten hatten, noch bevor der Staat überhaupt begann, Kriegserinnerung zu instrumentalisieren.<sup>24</sup> Dass sich bis heute nachgeborene Generationen mit diesem Sieg identifizieren, wird zwar staatlich befeuert durch den geschickten Einsatz unter anderem von sowjetischen Kriegsliedern bei Popkonzerten am Tag des Sieges (9. Mai) oder von Gedenkmärschen etwa im sibirischen Novosibirsk, dem tatarischen Kasan, im kirgisischen Bischkek oder dem Treptower Park in Berlin, bei denen die TeilnehmerInnen Plakate mit dem Bild von Familienmitgliedern tragen, die am Zweiten Weltkrieg teilgenommen hatten.<sup>25</sup> Letztere waren jedoch ursprünglich eine Graswurzelinitiative, deren Erfolg und Übernahme durch den russischen Staat letztlich auf die übergenerationelle emotionale Bindung an das Thema Kriegsteilnahme zurückgeht. Und während die recht breite Definition von Kriegs-

<sup>22</sup> Vgl. dazu auch Jutta Scherrer, *Russland verstehen? Das postsowjetische Selbstverständnis im Wandel*, 11. 11. 2014, [www.bpb.de/194818](http://www.bpb.de/194818).

<sup>23</sup> Putin – Kto ne zhaleet ot razpade SSSR, u togo ne serdtsa, in: *Argumenty i fakty*, 16. 12. 2010.

<sup>24</sup> Vgl. Amir Weiner, *Making Sense of War. The Second World War and the Fate of the Bolshevik Revolution*, Princeton 2001; Harriet Murav/Gennadyi Estraiikh (Hrsg.), *Soviet Jews in World War II. Fighting, Witnessing, Remembering*, Boston 2014.

<sup>25</sup> Vgl. dazu Beiträge in Misha Gabowitsch/Cordula Gdaniec/Ekaterina Makhotina (Hrsg.), *Kriegsgedenken als Event*. Der 9. Mai 2015 im postsozialistischen Europa, Paderborn 2017.



teilnahme in diesen staatlich geförderten Märchen eine neue postsowjetische Tradition darstellt, gehört zum Erbe der Sowjetunion, dass sich Familien auch daran erinnern, dass in Gefangenschaft geratene oder unter deutscher Besatzung zwangsrekrutierte SowjetbürgerInnen als vermeintliche VaterlandsverräterInnen im Gulag landeten.<sup>26</sup> Auch Invaliden konnten kaum mit staatlicher Hilfe rechnen.<sup>27</sup>

Ähnlich emotional, aber bislang weniger Teil einer ausgesprochenen Tradition, sind die Erinnerungen an den Systemwechsel und die Erfahrung von Chaos der 1990er Jahre. Das Trauma klingt an etwa in den Apellen von Eltern und LehrerInnen an Kinder und Jugendliche, sich nicht an regimekritischen Demonstrationen zu beteiligen. Die in Ton und Körpersprache enthaltene Angst vor einer Destabilisierung sowie einer Wiederkehr von Gewalt unterlegt die mit Handykameras festgehaltenen Mahnungen eindrücklich. Ähnliche Effekte sind in der Ablehnung etwa des Euromaidans in Russland und dem trotz kremlikritischer Proteste bislang mehrheitlich auf Stabilität zielenden Wahlverhalten zu sehen – beide spiegeln die negative Erfahrung mit den politischen Umbrüchen der Transformationszeit in Russland, die sich dann auch die Berichterstattung der staatlichen Medien zunutze macht.

Vor diesem Hintergrund erscheint die sowjetische Vergangenheit umso attraktiver. Die Erinnerungen an eine im Krieg gewonnene, auf Völkerfreundschaft und Solidarität gebaute Gemeinschaft und Stabilität überdecken die Erfahrungen etwa von ethnischer Diskriminierung und abnehmender sozialer Mobilität in der späten Sowjetunion. Obwohl widersprüchlich, zählen alle diese Elemente zu den Realitäten einer (post)sowjetischen Gesellschaft, deren Heterogenität die Sozial- und Kulturwissenschaften weiterhin beschäftigt. Immerhin schreibt sich das Amalgam aus sowjetischen und postsowje-

tischen Elementen, das Humphrey in den 1990er Jahren in Burjatien beobachtete, bis heute fort. Referenzen auf offiziell propagierte Ideale und sowjetische Filmklassiker tauchen bis heute in Alltagskonversationen auf und markieren die Sprechenden als Teil derselben Gemeinschaft. Auch wenn Lenin mittlerweile eher selten zitiert wird, prägen vor 1991 erlernte Sprech- und Sichtweisen weiterhin die Verhandlung von Zugehörigkeit, auch im Konflikt. So erntete etwa Alexey Navalny 2017 Spott, als er in einem Fernsehinterview behauptete, Usbeken würden Alexander Puschkin nicht kennen, worauf zahlreiche UsbekInnen mit Rezitationen des Dichters in den sozialen Medien reagierten.<sup>28</sup> Was wie ein kleines Detail in einem Konflikt um die Reisefreiheit von postsowjetischen ArbeitsmigrantInnen erscheinen mag, hat im postsowjetischen Raum umso mehr Bedeutung. Denn beide Seiten validierten lange nach dem Zerfall der Sowjetunion einen fest verankerten Maßstab für die Zugehörigkeit zu einer kultivierten Sowjetgemeinschaft, den aber alle unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft erfüllen konnten. Hier fällt Politik mit Alltag in einer sehr spezifischen Art und Weise zusammen, für die wir bei aller Situativität und Ambivalenz um das Attribut des (Post-)Sowjetischen nicht herumkommen.

**26** Vgl. Ekaterina Makhotina, *Der Krieg der Toten und der Krieg der Lebenden. Russlands Familien haben ein tieferes Wissen über „1945“, als dem Kreml lieb sein kann*, 9.5.2019, [www.nzz.ch/ld.1479685](http://www.nzz.ch/ld.1479685).

**27** Vgl. Beate Fieseler, *Die Invaliden des „Großen Vaterländischen Krieges“*, in: *Osteuropa* 4–6/2005, S. 207–218.

**28** Vgl. *Russian Opposition Leader Aleksei Navalny Is Facing a Social-Media Backlash After Making a Controversial Comment About Uzbeks*, 16.6.2017, [www.rferl.org/a/navalny-uzbeks/28559046.html](http://www.rferl.org/a/navalny-uzbeks/28559046.html).

## MAIKE LEHMANN

ist promovierte Historikerin und forscht zu Osteuropa, insbesondere zur Sowjetunion. Ihr aktueller Schwerpunkt liegt auf der Geschichte des Austausches sowjetischer Intellektueller mit dem Westen.

# SOWJETUNION GLOBAL

## Exportmodell – Drehscheibe – Aggressor

*Julia Obertreis*

Bereits das Zustandekommen und die frühe Existenz der Sowjetunion lösten gewaltige globale Druckwellen aus. Als erster sozialistischer Staat der Welt, Revolutionsträger sowie ideologischer Wegweiser machte der junge Sowjetstaat in den 1920er und 1930er Jahren von sich reden, als Exportmodell für Planung, Entwicklung und Kultur. Vor allem nach 1953, mit dem Sieg im Zweiten Weltkrieg im Rücken und nach Stalins Tod, war die Sowjetunion nicht nur zunehmend global vernetzt, sondern auch in vielen Teilen der Welt engagiert und muss als „Supermacht“ im Kalten Krieg sowie als internationaler Player ersten Ranges gelten. Im Folgenden werden einige Schlaglichter auf die globalhistorische Dimension der Geschichte der Sowjetunion geworfen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass an der Schnittstelle der beiden Teildisziplinen Osteuropäische Geschichte und Globalgeschichte erst seit etwa zehn Jahren intensiver geforscht wird. Bisher wurden zum Teil Forschungsperspektiven auf etablierte Themen wie den Kalten Krieg weiterentwickelt, zum Teil aber auch neue inhaltliche Akzente gesetzt, darunter die vielfältigen Verbindungen der Geschichte des östlichen Europas zum global wirkenden Prozess der Dekolonisation.

### DIE REVOLUTION VON 1917 – FURCHT UND HOFFNUNG IN DER WELT

Die Oktoberrevolution von 1917 wurde international umgehend und entgegengesetzt interpretiert: als Schreckgespenst wie als Fanal für die Weltrevolution. Für die Konservativen und Rechten in vielen Ländern war sie ein Horrorszenario und eine unmittelbare Bedrohung, ähnlich wie es die Französische Revolution in ihrer Zeit gewesen war. Die Abwehrhaltungen und -kämpfe, die sich aus der großen Furcht vor der kommunistischen Revolution, der „roten Gefahr“ oder *red scare*, speisten, hatten früh sehr handfeste Aus-

wirkungen und trugen etwa in den USA 1919 zu einer rassistischen Gewaltentladung bei oder in Deutschland zu einem hohen Maß an Brutalität beim Vorgehen von Freikorps gegen Anhänger\*innen der Münchner Räterepublik.<sup>01</sup> Auch in Argentinien bezogen sich Anfang 1919 gewalttätige Konflikte zwischen Streikenden und konterrevolutionären Freikorps auf die Bolschewiki, und die meist aus Russland eingewanderten Jüdinnen und Juden wurden Opfer von Attacken, da man sie als „Russen“ mit „Kommunisten“ gleichsetzte.<sup>02</sup> In Japan sorgte die Kunde von der Revolution über die 1920er Jahre hinweg zu einer zunehmend rücksichtslosen Unterdrückung der gesamten linken Opposition sowie zu einer Ausdifferenzierung der politischen Strömungen und Zukunftsentwürfe im rechten Spektrum, von national-liberal über monarchistisch bis faschistisch.<sup>03</sup>

Die negative Rezeption der Oktoberrevolution wurde vielfach durch den antisemitischen Topos der „jüdischen Verschwörung“ beziehungsweise der „Judäo-Kommune“ angereichert. Zurückgehend auf die Beteiligung von Revolutionären aus jüdischen Familien in Russland, die allerdings in aller Regel kaum Verbindung zur Religion hatten und gesamtrossisch geprägt waren, zeichneten Revolutionsgegner eine hässliche Fratze des hakennasigen Juden, der die Revolution angeleitet habe und nach der Weltherrschaft strebe. In der entsprechenden Bildpropaganda wurden jüdische und kommunistische Symbole oft miteinander kombiniert. Die „Judäo-Kommune“ wurde in Polen zuvorderst durch den polnisch-sowjetischen Krieg von 1920 eine feste Größe im politisch-ideologischen Haushalt der Rechten und prägte das polnische Nationsverständnis über das 20. Jahrhundert hinweg.<sup>04</sup> Und in Deutschland transportierten die Publikationen des Deutschbalten Alfred Rosenberg das Amalgam von Antibolschewismus und Antisemitismus in das Weltbild Adolf Hitlers und die nationalsozialistische Propaganda – mit weitreichenden Folgen.<sup>05</sup>

Auf der anderen Seite löste die Oktoberrevolution riesige Hoffnungen auf Befreiung, mehr Selbstbestimmung und einen „Revolutionenbrand“ aus, nicht nur in Europa. In vielen Ländern sahen Linke sich in der Hoffnung auf Revolution im eigenen Land und auf die „Weltrevolution“ bestärkt. In Deutschland hielt sich diese Hoffnung über die gescheiterte Novemberrevolution von 1918 hinaus. Hier kam es noch 1923 zu dem erfolglosen Versuch, eine „deutsche Oktoberrevolution“ zu vollbringen. Eine Kommission mit dem Journalisten und Politiker Karl Radek, der vor dem Ersten Weltkrieg auch in Deutschland aktiv gewesen war, wurde vom Moskauer Zentralkomitee nach Deutschland entsandt, um in der KPD auf die Revolution hinzuwirken, die dann an der mangelnden Militanz der deutschen Arbeiter\*innen scheiterte.<sup>06</sup>

Das Ziel der proletarischen Weltrevolution verfolgte auch die Kommunistische Internationale (Komintern), die von Lenin als Dritte Internationale gegründet wurde und zwischen 1919 und 1943 bestand. Als „Reisende der Weltrevolution“ waren Kommunist\*innen verschiedenster Nationalität und Herkunft unter großem persönlichen Risiko im Einsatz, um weltweite Fäden zu spinnen.<sup>07</sup> Neben der politischen Überzeugung war, so Brigitte Studer, die Motivation für den Ein-

satz der „gelebte Internationalismus“, den die Agent\*innen in der Komintern erfuhren.<sup>08</sup> Die politischen Erfolge der Organisation, die nach der anfänglichen Hoffnung auf die Weltrevolution während der 1920er und 1930er Jahre immer mehr zu einem Machtinstrument Moskaus im Kontext des Stalinismus wurde, sind differenziert zu beurteilen und insgesamt eher gering. In Japan etwa war die Kommunistische Partei zunächst unabhängiger von der Komintern als oft dargestellt und erst seit 1928 wegen japanisch-chinesischer Zusammenstöße und der wachsenden Aggressivität des japanischen Imperialismus nach außen auf Moskauer Linie.<sup>09</sup>

Nicht nur die sozialistisch-kommunistische Revolution, sondern auch die zentrale Planwirtschaft erwies sich als attraktives Exportmodell: Nach der Phase der sowjetischen „Neuen Ökonomischen Politik“ in den 1920er Jahren, mit denen die Bolschewiki in der Selbstwahrnehmung vieler, vor allem junger Parteimitglieder die revolutionäre Linie verlassen mussten, führte Stalin 1928/29 den Ersten Fünfjahresplan ein. Die Fünfjahrespläne (und ein Siebenjahresplan) etablierten sich fortan durchgängig als periodisierende Planungspraxis, und Planung wurde in der Sowjetunion ein „rationality ritual“,<sup>10</sup> das der Herrschaftslegitimierung diene. Auch international wurden sowjetische ökonomische Modelle und das zentralistische Planen in den 1920er und 1930er Jahren einflussreich. Der Vorsitzende des Indischen Nationalkongresses und spätere erste Ministerpräsident Indiens Jawaharlal Nehru schrieb 1933: „Everybody talks of ‚planning‘ now, and of Five-Year and Ten-Year and Three-Year plans. The Soviets have put magic into the word.“<sup>11</sup> Auch in den USA hatten unter sowjetischem Einfluss und angesichts der Großen Depression Planungen mit starkem Staat Hochkonjunktur. Die raschen ökonomischen Fortschritte Russlands wurden anerkannt, und der Planungskult ließ Technokraten mit Neid Richtung Sowjetunion blicken. In den 1930er Jahren „wur-

**01** Zu den USA vgl. Helke Rausch, Red Scare. Bodenwellen der russischen Oktoberrevolution in den USA 1918/19, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2017, S. 131–148. Zur Münchener Räterepublik vgl. Jörg Ganzenmüller, Zwischen weltrevolutionären Hoffnungen und antibolschewistischen Abwehrreaktionen. Europäische und globale Resonanzen auf die Oktoberrevolution, in: ders. (Hrsg.), Verheißung und Bedrohung. Die Oktoberrevolution als globales Ereignis, Köln 2019, S. 9–24, hier S. 16.

**02** Vgl. María Inés Tato, Global Moments, Local Impacts. Argentina at the Critical Juncture of 1917, in: Stefan Rinke/Michael Wildt (Hrsg.), Revolutions and Counter-Revolution. 1917 and Its Aftermath from a Global Perspective, Frankfurt/M.–New York 2017, S. 219–234.

**03** Vgl. Tatiana Linkhoveva, Revolution Goes East. Imperial Japan and Soviet Communism, Ithaca 2020, S. 100–123.

**04** Vgl. Agnieszka Pufelska, Die „Judäo-Kommune“ – ein Feindbild in Polen. Das polnische Selbstverständnis im Schatten des Antisemitismus 1939–1948, Paderborn 2007.

**05** Vgl. Ernst Piper, Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe, München 2005, S. 55–75. Siehe auch Karsten Brüggemann, Migranten aus dem Baltikum als Katalysatoren des Antibolschewismus? Max Erwin von Scheubner-Richter und die Idee der „Weißen Internationale“, in: Ganzenmüller (Anm. 1), S. 101–126.

**06** Vgl. Otto Wenzel/Manfred Wilke, 1923. Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution, Münster 2003.

**07** Vgl. Brigitte Studer, Reisende der Weltrevolution. Eine Globalgeschichte der Kommunistischen Internationale, Berlin 2020.

**08** Ebd., S. 537.

**09** Vgl. Linkhoveva (Anm. 3), S. 160, S. 184.

**10** Vgl. Michael Ellman, The Rise and Fall of Socialist Planning, in: Saul Estrin/Grzegorz W. Kolodko/Milica Uvalic (Hrsg.), Transition and Beyond. Essays in Honor of Mario Nuti, London 2007, S. 17–34, hier S. 23.

**11** Zit. nach Valeska Huber, Introduction. Global Histories of Social Planning, in: Journal of Contemporary History 1/2017, S. 3–15, hier S. 3.

den die Vereinigten Staaten mit einem Tumult der wirtschaftlichen Planvorschläge konfrontiert“.<sup>12</sup> Staatliche Planung hatte in unterschiedlichsten politischen Systemen den Auftrag, ökonomische Entwicklung zu kanalisieren und weiteren Krisen vorzubeugen.

### DER KALTE KRIEG – SPACE RACE UND KONFETTIPARADEN

Nach dem unter unvorstellbaren Verlusten erkämpften Sieg im Zweiten Weltkrieg avancierte die Sowjetunion zur Supermacht und zur großen Gegenspielerin der USA. Der Ost-West-Gegensatz ist lange und mit viel Berechtigung vor allem als Geschichte von ideologisch-politischer und militärischer Gegner- und Feindschaft zwischen den USA und der Sowjetunion erzählt worden. Im Unterschied dazu haben neuere Forschungen die vielfältigen Kontakte zwischen Ost und West, die gegenseitige Beobachtung und das Aufeinander-Reagieren in den Vordergrund gestellt. Der Kalte Krieg brachte nicht nur das Wettrüsten und die durchaus heißen „Stellvertreterkriege“ mit sich, sondern auch Begegnungen, Kooperationen und gegenseitige Beeinflussung verschiedenster Akteursgruppen, darunter Ingenieur\*innen, Künstler\*innen oder Wissenschaftler\*innen.<sup>13</sup> Von einer „geteilten Geschichte“ zu sprechen, ist sehr passend, denn die Doppelbedeutung des Begriffes im Deutschen verweist auf die wichtige Trennlinie des Eisernen Vorhangs, aber auch auf die gemeinsam erlebte und durchlebte Zeitgeschichte.<sup>14</sup>

Besonders deutlich wird die Verflochtenheit der Geschichten von Ost und West am Beispiel des *space race*, des Wettlaufs um die Vorherrschaft

im Kosmos, das historiografisch bereits recht gut untersucht ist. Die großen sowjetischen Erfolge waren der Launch des ersten Sputnik 1957 und mit Juri Gagarin der erste bemannte Weltraumflug im April 1961. Sie stellten eine riesige Herausforderung für die USA dar, und nachdem oft wohl etwas einseitig vom „Sputnik-Schock“ gesprochen worden ist, scheint es heute angeht, eher die Mobilisierung zu betonen, die in den USA als Reaktion auf die sowjetischen Erfolge einsetzte. Diese technologische Mobilmachung führte zur Mondlandung der Amerikaner 1969. In den frühen 1960er Jahren aber war die Sowjetunion klar im Vorteil, und ihre technologischen, symbolträchtigen Großtaten führten in einen rasch entstehenden und umfassenden Kosmoskult nicht nur in der Sowjetunion, sondern im gesamten Ostblock und darüber hinaus.<sup>15</sup> Juri Gagarin und die erste Kosmonautin Walentina Tereschkowa wurden als Held\*innen mit Vorzeigebioografien inszeniert in einer Zeit, in der die sowjetischen Revolutions- und Kriegshelden bereits etwas in die Jahre gekommen waren. Besonders Gagarin fungierte in der sowjetischen Propaganda als Verbindung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen (darunter die Jugend und das Militär) und wirksame Identifikationsfolie. Die Beherrschung der Technologie durch den sowjetischen Menschen und der Eintritt in die himmlischen Sphären ergaben zusammen ein attraktives Modell, das Elemente der vor- und frühsowjetischen Fliegerkulte integrierte.<sup>16</sup>

Die sowjetischen Kosmonauten- und die US-amerikanischen Astronautenkulte waren unmittelbar aufeinander bezogen. So ahmte etwa die sowjetische Seite mit der Zusammenstellung einer Gruppe von Kosmonauten, die medial präsentiert wurde, die Inszenierung der amerikanischen *space boys* nach. Hier wie dort entschied man sich bei der Auswahl für Piloten, auch wenn

<sup>12</sup> Vgl. Steven G. Marks, „Im russischen Spiegelreich“: Wie amerikanische Vorstellungen des Kapitalismus vom sowjetischen Kommunismus geprägt wurden, in: Martin Aust (Hrsg.), Globalisierung imperial und sozialistisch. Russland und die Sowjetunion in der Globalgeschichte 1851–1991, Frankfurt/M. 2013, S. 333–352, hier S. 338.

<sup>13</sup> Neben zahlreichen weiteren Titeln Sari Autio-Sarasma/Katalin Miklóssy (Hrsg.), Winter Kept Us Warm. Cold War Interactions Reconsidered, Helsinki 2010; Simo Mikkonen/Jari Parkkinen/Giles Scott-Smith (Hrsg.), Entangled East and West. Cultural Diplomacy and Artistic Interaction During the Cold War, Berlin–Boston 2019.

<sup>14</sup> Vgl. Shalini Randeira, Geteilte Geschichte und verwobene Moderne, in: Jörn Rüsen (Hrsg.), Zukunftsentwürfe. Ideen für eine Kultur der Veränderung, Frankfurt/M. 2000, S. 87–96.

<sup>15</sup> Vgl. James T. Andrews/Asif A. Siddiqi (Hrsg.), Into the Cosmos. Space Exploration and Soviet Culture, Pittsburgh 2011; Eva Maurer (Hrsg.), Soviet Space Culture. Cosmic Enthusiasm in Socialist Societies, New York 2011.

<sup>16</sup> Vgl. Julia Richers, Himmelssturm, Raumfahrt und „kosmische“ Symbolik in der visuellen Kultur der Sowjetunion, in: Igor J. Polianski (Hrsg.), Die Spur des Sputnik. Kulturhistorische Expeditionen ins kosmische Zeitalter, Frankfurt/M. 2009, S. 181–209; Matthias Schwartz, Bote des Weltalls, Ikone des Fortschritts. Heroische und postheroische Figuren des ersten Kosmonauten Jurij Gagarin, in: Zaal Andronikashvili (Hrsg.), Kulturheros. Genealogien – Konstellationen – Praktiken, Berlin 2017, S. 334–365.

die sowjetischen unerfahrener und jünger waren.<sup>17</sup> Nach ihrer Rückkehr aus dem All wurden sowohl für Gagarin als auch für John Glenn, der als erster US-Amerikaner einen Weltraumflug absolvierte, große Rückkehrfeiern in Moskau beziehungsweise New York veranstaltet. Für beide gab es eine Konfettiparade.

Die in New York entstandene Feierform war bereits in den 1930er Jahren in die Sowjetunion importiert worden, als die Rückkehrer der berühmten Tscheljuskin-Expedition in die Beringstraße damit geehrt wurden. 1961 in Moskau verwendete man nicht nur, wie bereits in den 1930er Jahren, anstelle des in New York üblichen zerrissenen Zeitungspapiers Flugblätter mit Willkommensgrüßen, man ließ auch Tauben aufsteigen, sodass sich der Feierraum in den Himmel hinein erweiterte. Das Geschehen wurde live im Fernsehen übertragen, womit eine erfolgreiche Praxis des US-Fernsehens nachgeahmt wurde. Die sowjetischen Medienmacher\*innen toppten dabei aber die üblichen amerikanischen Kamerabilder aus Hochhäusern durch Aufnahmen aus Hubschraubern. Zudem war das Besondere des Medienereignisses die transnationale und systemübergreifende Vernetzung, die den US-Amerikaner\*innen in dieser Zeit noch nicht gelang, da Eurovision und Intervision erstmals bei einer Liveübertragung kooperierten. Es ging also bei den „wechselseitig konkurrierenden Imitationen“, die an diesem Beispiel sehr deutlich werden, nicht nur um die Vorherrschaft im Kosmos, sondern auch um die „Vorherrschaft im Kommunikationsbereich durch Funk, Satelliten und Kupferdraht“.<sup>18</sup>

Gagarin wurde von Moskau als Friedensbotschafter entsandt und entfaltete eine enorme Reisetätigkeit. Er besuchte über 30 Länder, darunter auch eine Reihe von nicht-sozialistischen wie Großbritannien (hier kam es zu einem Treffen mit der Queen), Japan und Indien.<sup>19</sup> Er verkörperte eine friedliche, sympathische und weltoffene Seite der Sowjetunion und gab den Hoffnungen der Menschen auf eine technologisch gestaltbare, bessere Zukunft ein Gesicht – und dieses Gesicht lä-

chelte unaufhörlich. Erste historiografische Probebohrungen in diese Reisen lassen vermuten, dass der Umgang mit neuen Medien und Medienformaten (darunter das Fernsehen, private Fotografie) eine große Rolle in der Berichterstattung und für ihre Wirkungsmacht spielte.<sup>20</sup> Zu untersuchen wäre bezüglich der Reisen auch, welche politischen Auswirkungen sie in den besuchten Ländern hatten, etwa auf den Zulauf zu den Kommunistischen Parteien.

## OST-SÜD-VERBINDUNGEN – ANTIIMPERIALISMUS UND AFGHANISTAN

Neben der erweiterten Perspektive auf die Ost-West-Beziehungen spürt man neuerdings vermehrt den vielfältigen, oft asymmetrischen Beziehungen zwischen dem östlichen Europa und dem Globalen Süden nach. Zu Recht ist der Appell laut geworden, die Geschichte des Ostblocks und der sich dekolonisierenden Staaten nicht, wie bisher meist, als eine von parallelen Strängen zu erzählen, sondern als eine mit verschlungenen Knotenpunkten.<sup>21</sup>

Nach Stalins Tod kam es zu einer Öffnung und einer deutlich aktiveren sowjetischen Auslandstätigkeit in vielen Bereichen und in viele Richtungen einschließlich der „Länder Asiens und Afrikas“, wie sie in sowjetischer Rhetorik oft hießen. Chruschtschow gab die eurozentrische Haltung Stalins auf und betrieb eine rege Reisediplomatie. Angesichts der Dekolonisation und des antiimperialen Kampfes etwa in Südostasien waren die sowjetischen Kommunisten sehr zuversichtlich, dass es zu einem weltweiten revolutionären Prozess kommen und dass die aus der Kolonialherrschaft befreiten Länder sich auf sozialistische Entwicklungswege begeben würden. Im gesamten Ostblock glaubte man an die Möglichkeit, in diesem großen Umwälzungsprozess

**17** Vgl. Klaus Gestwa, „Kolumbus des Kosmos“. Der Kult um Jurij Gagarin, in: Osteuropa 10/2009, S. 121–151, hier S. 130f.

**18** Sven Grampp, Konfettiparaden in offener Limousine. Gagarin und Glenn kehren zurück aus dem Erdorbit. Zur Strukturierungsleistung wechselseitig konkurrierender Imitationen, in: Sandra Rühr/Eva Wattolik (Hrsg.), Medien im Fest – Feste im Medium, Köln 2017, S. 19–47, hier S. 35.

**19** Vgl. Andrea Rose (Hrsg.), Gagarin in Britain, London 2011.

**20** Unveröffentlichte Vorträge von Fabian Schäfer und Julia Obertreis im Rahmen der Ringvorlesung „Mondlandungen. Imaginations- und Rezeptionswelten“, organisiert von Sven Grampp, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Sommersemester 2019, [www.fau.de/2019/04/news/veranstaltungen/ringvorlesung-mondlandungen-imaginations-und-rezeptionswelten-2](http://www.fau.de/2019/04/news/veranstaltungen/ringvorlesung-mondlandungen-imaginations-und-rezeptionswelten-2).

**21** Vgl. James Mark/Quinn Slobodian, Eastern Europe in the Global History of Decolonization, in: Martin Thomas/Andrew Thompson (Hrsg.), The Oxford Handbook of the Ends of Empire, Oxford 2018, S. 351–372, hier S. 352.

die Führung übernehmen zu können.<sup>22</sup> Nüchtern betrachtet war die Dekolonisationswelle mit ihrem Schlüsseljahr 1960 eine große Herausforderung für die Sowjetunion und den Ostblock, da nun deutlich wurde, dass es Modelle postimperialer beziehungsweise postkolonialer Ordnung gab, die nicht (explizit) sozialistisch waren.

Die Sowjetunion war mit dem Globalen Süden vielfältig über Handelsbeziehungen und Entwicklungshilfe verbunden. Oscar Sanchez-Sibony betont, dass die Sowjetunion als neuer Akteur auf diesem Feld vielfach auf bereits existierende, durch die ehemaligen europäischen Kolonialmächte und westliche Staaten geprägte Wirtschafts- und Abhängigkeitsstrukturen traf, die ihren Einfluss beschnitten. Die holzschnittartigen und teils vorurteilsbeladenen Annahmen früherer Literatur über die Haltung der Staaten beziehungsweise Eliten im Globalen Süden, etwa hinsichtlich eines bloßen Kopierens westlicher oder sowjetischer Modelle, sind durch neuere Forschung mit postkolonialen Hintergrund infrage gestellt worden; das Bild, das wir erhalten, wird zusehends komplexer.<sup>23</sup> Angesichts der relativen Schwäche der sozialistischen Wirtschaften im Vergleich zu den kapitalistischen nahm im Ostblock allgemein der Export von Waffen, Militär- und Geheimdiensttraining sowie Energieprodukten eine wichtige Stellung ein.<sup>24</sup> Dabei wirkten sich die Beziehungen der europäischen sozialistischen Staaten zum Globalen Süden vielfältig auf die Machtverhältnisse innerhalb des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) aus.<sup>25</sup>

Die Sowjetunion lockte mit günstigen Öllieferangeboten und betrieb mit zahlreichen Staaten den direkten Austausch von Rohstoffen, etwa mit Kuba gegen Zucker.<sup>26</sup> Die sowjetischen Exporte aber auf Öl und Gas sowie Waffen reduzieren zu wollen, wäre zu kurz gegriffen. Auch der Transfer

von Technologien und Know-how, die Entsendung von Spezialisten, der Aufbau von Schulen und Krankenhäusern sowie finanzielle Unterstützung sind zu nennen. Zu den Projekten in Afrika, bei denen die Sowjetunion involviert war, gehörten die Rekonstruktion des Assuan-Staudamms in Ägypten, ein Wasserkraftwerk in Angola, die Unterstützung für die staatlich dirigierte Landwirtschaft in Ghana oder eine Zementfabrik in Mali. Der Bau von Kraftwerken und besonders Wasserkraftwerken war ein Bereich der Zusammenarbeit, der sich dynamisch entwickelte und in dem die Sowjetunion sich international profilierte. Die aus Sicht der sowjetischen Wirtschaft massiven Investitionen im Globalen Süden rechtfertigten sich weniger ökonomisch als vielmehr durch die Aussicht auf anhaltenden oder steigenden politischen Einfluss; der oben angesprochene Optimismus diesbezüglich schwand allerdings auf sowjetischer Seite im Laufe der Zeit.<sup>27</sup>

Während der Begriff „Dekolonisation“ im Ostblock gemeinhin als westlicher Begriff aufgefasst und diskreditiert wurde und man hier eher vom gemeinsamen antiimperialistischen Kampf mit den Ländern des Globalen Südens sprach,<sup>28</sup> nahm die Sowjetunion an den intensiven internationalen Debatten um Dekolonisation beziehungsweise die damit einhergehenden Herausforderungen der Transformation von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in den betroffenen Ländern teil. Die Sowjetrepubliken Zentralasiens und des Kaukasus hatten ihre eigene koloniale Vergangenheit, die zwar nominell mit der sowjetischen Herrschaft überwunden worden war, die aber strukturell teils noch mit den gleichen Problemen zu kämpfen hatten wie die ehemaligen Kolonien westlicher Mächte. Gleichzeitig wurden genau diese Regionen, vor allem Zentralasien, im sowjetischen Kontext seit Jahrzehnten als Vorzeigeregionen gesehen und als solche nach außen präsentiert. Sie hätten, so die offizielle Sichtweise und Rhetorik, das koloniale Erbe überwunden, den Sprung in die Moderne vollzogen und zeigten die Transformationskraft des Sozialismus deutlich.

<sup>22</sup> Ebd., S. 355f.

<sup>23</sup> Vgl. Oscar Sanchez-Sibony, *Red Globalization. The Political Economy of the Soviet Cold War from Stalin to Khrushchev*, Cambridge 2014, S. 127–131.

<sup>24</sup> Vgl. Mark/Slobodian (Anm. 21), S. 358.

<sup>25</sup> Vgl. Anna Calori et al., *Alternative Globalization? Spaces of Economic Interaction Between the „Socialist Camp“ and the „Global South“*, in: dies. et al. (Hrsg.), *Between East and South. Spaces of Interaction in the Globalizing Economy of the Cold War*, München–Wien 2019, S. 1–31, hier S. 5.

<sup>26</sup> Vgl. Douglas Rogers, *Petrobarter, Oil, Inequality, and the Political Imagination in and after the Cold War*, in: *Current Anthropology* 2/2014, S. 131–143.

<sup>27</sup> Neben einer wachsenden Zahl von Einzelstudien siehe als grundlegenden Beitrag Odd Arne Westad, *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times*, Cambridge u. a. 2010; als Beitrag von Kolleg\*innen aus Russland Elena Kochetkova et al., *Soviet Technological Projects and Technological Aid in Africa and Cuba, 1960s–1980s*, St. Petersburg 2017, hier insb. S. 7ff., S. 16.

<sup>28</sup> Vgl. Mark/Slobodian (Anm. 21), S. 352.

Festgemacht wurde dies an Kennziffern der sozioökonomischen Entwicklung wie Alphabetisierungs- und Bildungsraten, wobei die Erfolge hier tatsächlich beeindruckend waren, dem Aufbau von Industrien oder der Anzahl der Krankenhäuser. Bei solchen Parametern lagen die zentralasiatischen Republiken deutlich vor Nachbarstaaten der Region wie etwa Afghanistan, und auch im weiteren internationalen Vergleich standen sie gut da.<sup>29</sup> Der Modellcharakter, der Zentralasien zugeschrieben wurde, beförderte internationale Kontakte auf verschiedenen Ebenen.

Es spricht vieles dafür, dass die Bewohner\*innen Zentralasiens diese Sichtweise auf die Vorzeigeregion verinnerlichten und ein gewisses sowjetisches Überlegenheitsgefühl teilten. Gleichzeitig aber gab es in Expertenkreisen lebhaft Debatten darum, wie die fortwährende wirtschaftliche Abhängigkeit von Rohstofflieferungen ins Zentrum – ein klares Merkmal kolonialer Verhältnisse – zu überwinden sei. Der Fakt, dass die grundlegenden wirtschaftlichen Entscheidungen im Zentrum getroffen wurden, sowie die zentrale Planung an sich wurden in diesen Debatten zu Kritikpunkten. Zentralasiat\*innen benutzten die Dekolonisierungs- und Entwicklungsrhetorik, um von Moskau Investitionen in ihre Republiken und eine weitergehende Industrialisierung zu fordern. Ökonom\*innen und Sozialwissenschaftler\*innen aus der Sowjetunion standen im Austausch mit Kolleg\*innen aus anderen Ländern des Globalen Südens. Die internationalen Entwicklungsdiskussionen drehten sich beispielsweise um die Frage, ob Frauen in einer entwickelten Gesellschaft in der Industrie arbeiten mussten oder auch im Heimgewerbe tätig sein konnten.<sup>30</sup> Solche Debatten wirkten selbstredend auf die innersowjetischen Diskurse zurück, wenn auch vieles davon erst unter den Bedingungen der Perestroika an eine breitere Öffentlichkeit kam.<sup>31</sup> Es lohnt sich also, die Entwicklungen inner- und außerhalb der Sowjetunion zueinander in Bezug zu setzen.

Auch im Bereich der Kulturbeziehungen auf der Ost-Süd-Achse kam Zentralasien und insbesondere der Hauptstadt der usbekischen So-

wjetrepublik, Taschkent, eine wichtige Rolle zu. 1958 wurde hier die Vereinigung der Afro-Asiatischen Schriftsteller gegründet, und seit 1968 fand (nach einem erstmaligen Versuch 1958) regelmäßig zweijährlich das Taschkenter Filmfestival statt, das den vielfach gerade erst aufkommenden nationalen Filmindustrien des Globalen Südens eine Startrampe bieten und der globalen Dominanz von Hollywood und Westeuropa etwas entgegenstellen sollte. Auch wenn dieser Anspruch Moskaus nicht vollkommen erfüllt wurde, war das Festival doch eine wichtige Drehscheibe, auf der sich sowjetische Kulturfunktionär\*innen, Filmemacher\*innen und das Taschkenter Publikum begegneten und in der einige nationale Kinos ihr internationales Debüt gaben. Das Festival 1968 beehrten unter anderen der Schauspieler Raj Kapoor, einer der populärsten Stars des Hindi-Films von Bollywood, sowie der senegalesische Schriftsteller und Regisseur Ousmane Sembène, der in Moskau Filmwissenschaften studiert hatte und heute als Wegbereiter des Kinos südlich der Sahara gilt.<sup>32</sup>

Der Vergleich zwischen Literatur und Film ergibt zwar, dass der Film deutlich „freier“ war, denn der Literaturtausch war ideologisch aufgeladener und schon seit Längerem in staatlichen Bahnen organisiert.<sup>33</sup> Jedoch war auch die sowjetische internationale Literaturpolitik durchaus kein einfaches Geschäft, wie das Beispiel Indien zeigt.<sup>34</sup> Eine Analyse der Kulturvermittlung und -politik der Sowjetunion im Allgemeinen ergibt, dass diese in erster Linie institutionell über die Freundschaftsgesellschaften geprägt war und weniger auf individuellen Kontakten, etwa zwischen den Kunstschaffenden, beruhte, was als Manko gesehen werden kann. Zudem kam es durchaus häufig vor, dass die Vertreter\*innen der Länder Asiens und Afrikas selbstbewusst auf eigene kulturelle Traditionen hinwiesen und den Überlegenheitsanspruch der „sowjetischen Zivilisation“ deutlich infrage stellten.<sup>35</sup>

<sup>32</sup> Vgl. Rossen Djagalov, *From Internationalism to Postcolonialism. Literature and Cinema between the Second and the Third Worlds*, Montreal u. a. 2020, S. 137–172.

<sup>33</sup> Ebd., S. 139f.

<sup>34</sup> Vgl. Andreas Hilger, „Sie bringen das Licht der Sowjetkultur“. Literaturbeziehungen zwischen der UdSSR und Indien, 1945–1964, in: Martin Aust/Julia Obertreis (Hrsg.), *Osteuropäische Geschichte und Globalgeschichte*, Stuttgart 2014, S. 197–219.

<sup>35</sup> Vgl. Ragna Boden, *Globalisierung sowjetisch. Der Kulturtransfer in die Dritte Welt*, in: Aust (Anm. 12), S. 425–442, hier S. 441.

<sup>29</sup> Vgl. Moritz Florin, *Zentralasien, die Sowjetunion und die Globalgeschichte der Dekolonisation*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2019, S. 67–81, hier S. 72f.

<sup>30</sup> Vgl. Artemy M. Kalinovsky, *Laboratory of Socialist Development. Cold War Politics and Decolonization in Soviet Tajikistan*, Ithaca–London 2018.

<sup>31</sup> Vgl. Florin (Anm. 29), S. 77.

Bei der Entwicklungszusammenarbeit zeigte sich längerfristig eine Deideologisierung. Aus Sicht der dekolonisierten Staaten war der Unterschied zwischen westlicher und östlicher Entwicklungshilfe vor dem Hintergrund von fortwirkendem Rassismus und Überlegenheitsgebaren zu vernachlässigen, und international wurde die Teilung der Welt in Nord und Süd immer deutlicher thematisiert. Hinzu kam das Debakel von „Sovietnam“.<sup>36</sup> Das internationale Ansehen der Sowjetunion, auch im Globalen Süden, litt massiv unter der folgenschweren Entscheidung, 1979 in Afghanistan einzumarschieren. Dagegen protestierte nicht nur eine Resolution der Vereinten Nationen vom Januar 1980, den Einmarsch verurteilten auch zahlreiche Staaten des Globalen Südens. Zudem kam es zu einer großen Boykottbewegung der Olympischen Sommerspiele in Moskau 1980. Die Sowjetunion war infolge des Afghanistankrieges längerfristig diskreditiert, obwohl sie sich selbst weiterhin auch in Afghanistan als Aufbaukraft sah und „Schulen, Kraftwerke und die Rechte von Frauen“ förderte.<sup>37</sup>

Das Auftreten des sowjetischen Staates aus der Ost-Süd-Achse betrachtet präsentiert sich demnach komplex und umfasst unter anderem die Rollen des „Großen Bruders“, des Gastgebers und des Aggressors. Die skizzierten vielfältigen Beziehungen zum Globalen Süden wirkten in die Sowjetunion hinein, etwa durch die angesprochenen Dekolonisierungs- und Entwicklungsdebatten.

## DAS ENDE DER SOWJETUNION – KEIN ENDE DER GESCHICHTE

Die Jahre 1989 bis 1991 mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Europa sind eine der großen Zäsuren des 20. Jahrhunderts, und der endgültige Kollaps der Sowjetunion im Dezember 1991 setzte dabei den Schlusspunkt. Nicht nur der Kalte Krieg war damit beendet, und der Westen sah sich als Gewinner. Auch eine ganze Weltordnung war plötzlich verschwunden. Die kommunistisch-sozialistische Staatlichkeit blieb zwar in der Welt noch präsent, aber war doch als

attraktive Alternative zum kapitalistischen Westen weitgehend obsolet geworden. Jenseits der leidigen Erzählungen von einem „Ende der Geschichte“ wirkte sich der Untergang der Sowjetunion auch weit über Europa hinaus unmittelbar aus. So hing die Abschaffung der Apartheid mit ihm zusammen: Seit 1963 hatte die Sowjetunion den ANC (African National Congress) militärisch und in Fragen der Menschenrechte unterstützt.<sup>38</sup> Jetzt aber verminderte der Untergang der Sowjetunion in Südafrika Ängste, dass das Wahlrecht für Schwarze in eine kommunistische Diktatur münden würde, und trug damit zum Ende der Apartheid bei.<sup>39</sup>

Innerhalb der zerfallenden Sowjetunion ging der Zusammenbruch bei Weitem nicht so friedlich vonstatten wie oft angenommen. So sind gewalttätige interethnische Konflikte unmittelbar in den Jahren 1989/90 in Zentralasien zu nennen oder die Toten in Riga beim Einsatz sowjetischer Spezialeinheiten im Januar 1991.<sup>40</sup> Die bewaffneten Konflikte seit den 1990er Jahren mit den Tschetschenienkriegen, dem russisch-georgischen Krieg von 2008 und dem seit 2014 andauernden Krieg in der Ostukraine können als Nachbeben des Zerfalls interpretiert werden. Diese Gewaltereignisse, die sich jeweils regional und international auswirkten, deuten darauf hin, dass die Nachwirkungen von 1991 auch in globaler Perspektive noch nicht endgültig abzuschätzen sind.

Die Diskussion um Periodisierungen kann neue Impulse verleihen. Während in den 1990er Jahren in West wie Ost das Ende der Systemkonkurrenz im Vordergrund der Wahrnehmung stand, dominieren inzwischen internationale Problemlagen, die auch unsere Sicht auf das 20. Jahrhundert und dessen Periodisierung beeinflussen. Dazu zählen der Islamismus und der islamistische Terrorismus, für dessen Geschichte der 1979 beginnende sowjetische-afghanische Krieg eine wichtige Etappe darstellt. Dazu zählt etwa auch die internationale Klimapolitik, deren erste gro-

<sup>38</sup> Vgl. Irina Filatova/Apollon Davidson, *The Hidden Thread. Russia and South Africa in the Soviet Era*, Johannesburg 2013.

<sup>39</sup> Vgl. Rob Nixon, *The Collapse of the Communist-Anticomunist Condominium. The Repercussions for South Africa*, in: *Social Text* 31–32/1992, S. 235–251; Mark/Slobodian (Anm. 21), S. 363.

<sup>40</sup> Vgl. als Überblickswerke Stephen Kotkin, *Armageddon Averted. The Soviet Collapse, 1970–2000*, Oxford 2003; Uwe Halbach, *Das sowjetische Vielvölkerimperium. Nationalitätenpolitik und nationale Frage*, Mannheim 1992.

<sup>36</sup> Mit verschiedenen Perspektiven auf den Krieg Tanja Penter/ Esther Meier (Hrsg.), *Sovietnam. Die UdSSR in Afghanistan 1979–1989*, Paderborn 2017.

<sup>37</sup> Frank Bösch, *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*, München 2020, S. 242, S. 246, Zitat S. 264.



ße Konferenz ebenfalls 1979 in Genf mit aktiver sowjetischer Beteiligung stattfand.<sup>41</sup> Frank Bösch hat das Jahr 1979 als „Zeitenwende“ beschrieben.<sup>42</sup> Und auch wenn sich dieses Jahr für die sowjetische Geschichte selbst voraussichtlich nicht als große Zäsur etablieren wird, so verweist diese Setzung mit ihren inhaltlichen Implikationen doch darauf, dass die Globalgeschichte sich von den großen Zäsuren durch den Kalten Krieg mit 1945 bis 1949 und 1989 bis 1991 ein Stück weit lösen müssen. Für die weitere Verortung der Sowjetunion in der Globalgeschichte kann dies inspirierend sein.

**41** Vgl. World Meteorological Organization (WMO), Proceedings of the World Climate Conference. A Conference of Experts on Climate and Mankind, Geneva 12–23 February 1979, [https://library.wmo.int/doc\\_num.php?explnum\\_id=8346](https://library.wmo.int/doc_num.php?explnum_id=8346).

**42** Bösch (Anm. 37).

**43** Vgl. Philipp Ther, The Year 1989 and the Global Hegemony of Neoliberalism, in: Eleni Braat/Pepijn Corduwener (Hrsg.), 1989 and the West, New York–London 2020, S. 93–121; James Mark et al., 1989. A Global History of Eastern Europe, Cambridge–New York 2019.

Dies gilt ebenso für den jüngst thematisierten Aufstieg des Neoliberalismus mit seinem finanz- und wirtschaftspolitischen „Internationalismus“ ganz eigener Art: Die Trias von Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung fand ihre Anhänger unter Reformwilligen auch im östlichen Europa, und das bereits vor 1989. Der in jenem Jahr zum ersten Mal als solcher bezeichnete Washington Consensus diente in den 1990er Jahren als Anleitung für die Wirtschaftspolitik in verschiedenen postkommunistischen Staaten in der äußerst schwierigen Phase der „Transformation“. Weitere Themen, die einer globalhistorischen Vertiefung harren, sind unter anderem Gesundheitspolitik und -propaganda sowie die Mitarbeit der Sowjetunion in internationalen Organisationen.<sup>43</sup>

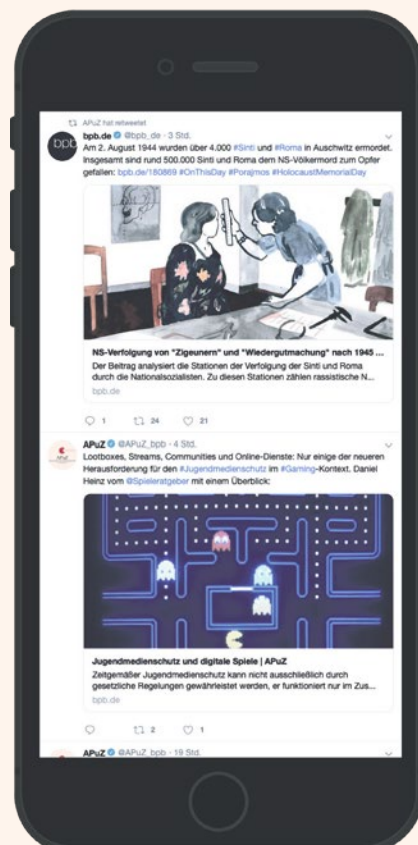
### JULIA OBERTREIS

ist Professorin für Neuere und Neueste Geschichte mit dem Schwerpunkt der Geschichte Osteuropas an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

[julia.obertreis@fau.de](mailto:julia.obertreis@fau.de)

## Immer informiert.

Bestellen Sie unseren APuZ-Newsletter oder folgen Sie uns bei Twitter!



# SOWJETISCHE GESCHICHTE ALS GEWALTGESCHICHTE

*Jörg Baberowski*

Gewalt hat keine Geschichte, denn sie gehört zur Grundausstattung des Menschen. Sie ist eine Konstante menschlichen Handelns. Allenfalls ihre Formen und Anwendungstechniken haben sich im Wandel der Zeit verändert. Mit Gewissheit aber lässt sich sagen, dass Staatlichkeit darauf beruht, Gewalt anzudrohen und auszuüben. Jede Ordnung muss die Voraussetzungen, auf denen sie ruht, jederzeit erzwingen können, vor allem dann, wenn sie sich durch eine Revolution in die Welt setzt, die Altes weggeschaffen und delegitimieren, Neues durchsetzen, bewahren und legitimieren muss. Was immer auch der Ursprung einer Rechtsordnung gewesen sein mag, sie muss sich für die Stunde wappnen, in der alles infrage gestellt werden könnte. Deshalb ist Gewalt als latente Drohung auch dann präsent, wenn niemand sie bemerkt. Ordnung und Gewalt sind untrennbar miteinander verbunden. Wir hätten keinen Frieden, wenn es niemanden gäbe, der ihn auch gegen seine Verächter erzwingen könnte. Wer nicht die Macht hat, einen zu schützen, kann auch keinen Gehorsam verlangen, schrieb einst Thomas Hobbes.<sup>01</sup>

Und dennoch gibt es keine Gewähr dafür, dass diejenigen, die im Besitz des Gewaltmonopols sind, es nur verwenden, um die Rechtsordnung zu schützen, nicht, um sie zu zerstören. Die totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts und ihre Gewaltexzesse haben uns gelehrt, dass von einem unumkehrbaren Zivilisationsprozess keine Rede sein, der Staat vielmehr selbst zum Urheber und Vollstrecker der Zerstörung werden kann. Der sowjetische Staat stand auf einem Fundament, das mit Gewalt errichtet wurde, denn er verdankte sich einer Revolution, einem Staatsstreich und keinem Regierungswechsel. Lenins souveräne Diktatur legitimierte sich überhaupt nicht im Verweis auf Tradition, Recht und Gesetz, sondern allein durch den Willen, der sie in die Welt setzte. Man verrichtet, was man will, und was man kann. Auf die Geschäftsordnung

des Deutschen Reichstages könne die Revolution keine Rücksicht nehmen, hat Nikolai Bucharin über die Wirklichkeit der proletarischen Diktatur gesagt.<sup>02</sup> Es liegt im Wesen der souveränen Diktatur, dass sie durch nichts als den Willen der Revolutionäre begrenzt ist, hier und jetzt zu tun, was in ihren Augen getan werden muss. Die Diktatur sei eine Herrschaftsform, die sich auf Gewalt stützt und an keinerlei Recht gebunden sei, schrieb Lenin über den proletarischen Staat.<sup>03</sup> Das aber kann in der Stunde der Not jeder für sich beanspruchen, weil im rechtsfreien Raum jeder nur noch um sein Recht kämpft, auf der Welt zu sein.

## ÖFFNUNG UND BEGRENZUNG DES GEWALTTRAUMS

Gewalt spricht, wo Macht verloren ist, sagt Hannah Arendt.<sup>04</sup> Wo die Quellen der Macht versiegt sind: Autorität, Tradition, Recht und Gesetz, muss sich Herrschaft mit Gewalt zu Gehör bringen und durchsetzen. Und so verwandelte sich der Kampf um den Staat in einen blutigen Bürgerkrieg, eine Auseinandersetzung auf Leben und Tod, in dem die Gegner einander das Recht auf Existenz aberkannten.<sup>05</sup> Der russische Bürgerkrieg, der im Sommer 1918 begann und erst im Jahr 1921 zu Ende ging, war ein Krieg totaler Entgrenzung, den die Bolschewiki nicht nur deshalb für sich entschieden, weil sie den Bauern und den ethnischen Minoritäten des Imperiums als das kleinste aller möglichen Übel erschienen, sondern weil sie sich darauf verstanden, von der Gewalt strategischen Gebrauch zu machen: durch systematischen Terror gegen Angehörige der alten Eliten, durch ein ausgeklügeltes System der Geiselnahme, das Bauern davon abhalten sollte, aus der Roten Armee zu desertieren, durch Razzien und Strafexpeditionen, die Einrichtung von Straflagern und die zwangsweise Requirierung von Getreide in den Dörfern.

Die Bolschewiki standen mit dem Rücken zur Wand, sie wussten, dass sie keine andere Wahl hatten als zu siegen, und sie siegten, weil sie keine Skrupel hatten, alles zu tun, um an der Macht zu bleiben.<sup>06</sup> Die Dichterin Sinaida Hippius, die damals in Petrograd lebte, fasste diese Wirklichkeit in treffliche Worte, als sie am 1. September 1918 in ihr Tagebuch schrieb: „Die Bolschewiken haben sich auf physische Gewalt festgelegt, und das dauerhaft. Damit wurde die Selbstherrschaft aufrechterhalten. Aber da sie über keine entsprechenden Traditionen und Gewohnheiten verfügen, müssen die Bolschewiken, wenn sie die Stabilität der Selbstherrschaft erreichen wollen, die Gewalt in einem gigantischen Ausmaß steigern.“ Und sie fährt fort: „Je grausamer die Macht, desto mehr kann sie sich erlauben und desto mehr erlaubt man ihr.“<sup>07</sup>

Als die Bolschewiki die Macht übernahmen, geboten sie allenfalls über die Waffen von Soldaten und Rotgardisten. Aus der Not machten sie bald eine Tugend. Sie öffneten den Gewaltraum, in dem sich die Zerstörungswut und die Ressentiments von Arbeitern und Soldaten entladen konnten. Aber erst in den Jahren des Bürgerkrieges kam es zu einer Professionalisierung der Gewalt, als das Regime auf Kommissare und Vollstrecker zurückgreifen konnte, die nunmehr im Dienst des neuen Regimes standen. Die Tscheka, Lenins Geheimpolizei, beendet die Gewalt von Jedermann und legte sie in die Hände des Staates, der nicht weniger grausam mit seinen Gegnern verfuhr als die entfesselte Soldateska.<sup>08</sup>

Für die Entfesselung der Furien aber mussten Preise entrichtet werden. Der Bürgerkrieg veränderte Sieger wie Verlierer, Täter wie Opfer, zeichnete sie für Jahrzehnte, weil er sie auf einen Stil verpflichtete, dem der Kompromiss nichts bedeutete, und weil er ihre Wahrnehmungen mit Misstrauen und Furcht auflud: Furcht vor der Wiederkehr der totalen Entgrenzung und des Kontrollverlustes.<sup>09</sup>

Zwar hatten die Bolschewiki unter Beweis gestellt, dass sie Ordnungen nicht nur zerstören, sondern auch errichten konnten, und dass der Einsatz von Gewalt sich für die Sieger am Ende auch auszahlte. Und dennoch stand ihre Herrschaft auch nach dem Sieg im Bürgerkrieg noch auf schwachen Füßen. Die Kommunikationsstrukturen waren primitiv, das Misstrauen groß. In den Dörfern hatte der bolschewistische Staat noch kein Zuhause gefunden, in den nationalen Republiken mussten sich die neuen Herren auf die Vermittlungsleistungen unzuverlässiger Eliten verlassen, außenpolitisch war die Sowjetunion isoliert und geächtet, ein Paria unter den Nationen Europas. Diese Wirklichkeit empfanden Stalin und seine Anhänger als Bedrohung, die sie mit den Methoden des Bürgerkrieges aus der Welt schaffen wollten.<sup>10</sup>

## STAATLICHE GEWALT AUßER KONTROLLE

Die Kulturrevolution, die 1928 begann, war der Versuch, alte durch neue Eliten auszutauschen, religiöse Rituale und Feiertage zu kriminalisieren und alle konkurrierenden Deutungen des Lebens aus dem Denken zu entfernen. Priester, Mullahs, Adlige und Angehörige der alten Elite, Techniker und Ingenieure, wurden nicht nur diskriminiert und stigmatisiert, sondern auch verhaftet, deportiert, in Lager eingesperrt oder erschossen.

**01** Thomas Hobbes, *Leviathan, oder Stoff, Form und Gewalt eines bürgerlichen und kirchlichen Staates*, Frankfurt/M. 1976 [1651], S. 68. Vgl. Jörg Baberowski, *Räume der Gewalt*, Frankfurt/M. 2015.

**02** Nikolaj Bucharin, *Programm der Kommunisten*, Berlin 1919, S. XXIII.

**03** Wladimir I. Lenin, *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky* (1918), in: ders., *Ausgewählte Werke*, Bd. 3, Berlin (Ost) 1970<sup>8</sup>, S. 80.

**04** Hannah Arendt, *Macht und Gewalt*, München 2008<sup>8</sup> [1970], S. 55.

**05** Vgl. Jörg Baberowski, *Der bedrohte Leviathan. Staat und Revolution in Russland*, Berlin 2021.

**06** Vgl. Vladimir Buldakov, *Krasnaja smuta. Priroda i posledstvija revoljucionnogo nasilija*, Moskau 2014, S. 425–587; Aleksandr Latyšev, *Rassekrečennij Lenin*, Moskau 1996; Sergej Melgunov, *Krasnyj terror v Rossii*, Moskau 1990 [1924]; Jonathan Smele, *The „Russian“ Civil Wars, 1916–1926. Ten Years That Shook the World*, London 2015.

**07** Sinaida Hippius, *Petersburger Tagebücher 1914–1919*, Berlin 2014, S. 377.

**08** Vgl. George Leggett, *The Cheka. Lenin's Political Police*, Oxford 1981.

**09** Vgl. Moshe Lewin, *The Civil War: Dynamics and Legacy*, in: Diane Koenker/William G. Rosenberg/Ronald Grigor Suny (Hrsg.), *Party, State, and Society in the Russian Civil War*, Bloomington 1989, S. 399–423.

**10** Vgl. Roger Pethybridge, *One Step Backwards, Two Steps Forward. Soviet Society and Politics Under the New Economic Policy*, Oxford 1990, S. 121–188; Jörg Baberowski, *Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus*, München 2003, S. 411–552; Stephen Kotkin, *Stalin. Paradoxes of Power 1878–1928*, London 2014, S. 661–723.

Im Frühjahr 1928 versuchte das Regime, ein öffentliches Exempel zu statuieren, als es Ingenieure aus dem ukrainischen Donbass in Moskau vor Gericht stellen ließ, um öffentlich zu demonstrieren, wer die Feinde waren, was sie getan hatten und wie der sowjetische Staat mit ihnen verfuhr. Seither gehörte die öffentliche Demütigung vermeintlicher Volksfeinde zum Stil stalinistischer Herrschaft.<sup>11</sup>

Aber erst mit dem Beginn von Zwangskollektivierung und Industrialisierung geriet die staatliche Gewalt außer Kontrolle. Stalins Revolution von oben erschöpfte sich nicht in kultureller Umwälzung, sie war auch ein Staatsbildungsprozess, der aus dem Geist der Gewalt kam. Marx hatte einst von der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation gesprochen. Sie schien der proletarische Staat nun zu imitieren. Rücksichtslos schöpfte er alle Ressourcen des Dorfes ab, um den großen industriellen Umschwung ins Werk zu setzen. Das Leben und die Arbeit von Millionen wurden auf dem Altar sowjetischer Machbarkeitsfantasien geopfert. Die Kollektivierung der Landwirtschaft aber diente nicht nur dazu, Getreide zu beschaffen. Das Regime zwang die Bauern, Kolchosen beizutreten, Werkzeuge, Vieh und Land in die Verfügungsgewalt der Kollektivwirtschaft zu legen. Im November 1929 fasste das Politbüro auf Veranlassung Stalins den Beschluss, sogenannte Kulaken, scheinbar wohlhabende Bauern, aus den Kolchosen auszuschließen und mit ihren Familien nach Sibirien zu deportieren. Mehr als zwei Millionen Menschen wurden auf diese Weise um ihr Eigentum, um Freiheit und Leben gebracht, das russische Dorf der staatlichen Gewalt für immer unterworfen. In der Ukraine und in Kasachstan verhungerten mehrere Millionen Menschen, nachdem die Kollektivierung sie um ihre Existenz gebracht hatte.<sup>12</sup>

Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung produzierte Aussätzige, Stigmatisierte und Verbannete, er brachte Väter und Söhne, Kinder und Er-

wachsene gegeneinander auf, er streute die Saat des Hasses auch in den Dörfern aus. Was aber sollte mit den Verbannten, Verschickten und Inhaftierten geschehen, die aus den Dörfern vertrieben worden waren? Dafür fand das Regime sogleich eine Lösung: Es wies die Geheimpolizei an, sie in Lagern und bewachten Siedlungen unterzubringen, um Wälder zu roden, Staudämme und Kanäle zu errichten, mit ihren bloßen Händen zu verrichten, wozu man freie Menschen nicht hätte zwingen können. Die Kollektivierung war die Geburtsstunde des Gulag, jenes gigantischen Lagerkomplexes, dessen Zweck nicht mehr in der Bestrafung, sondern im ökonomischen Nutzen lag und dem Jahr für Jahr neue Häftlinge zugeführt wurden.<sup>13</sup>

Für Sergo Ordschonikidse, Stalins Gefolgsmann und Minister für Schwerindustrie, war der erste Fünfjahresplan ein Ausdruck des bolschewistischen Willens, Berge zu versetzen und Wunder zu vollbringen. Es schien, als gelänge es den Bolschewiki, nicht nur neue Industrielandschaften am Reißbrett zu entwerfen und in die Welt zu setzen, sondern auch die Anarchie des Marktes zu überwinden. Die Anarchie der Kommandowirtschaft aber ließ sich nicht so leicht bewältigen: Staudämme, die wieder abgerissen werden mussten, weil sie fehlerhaft konstruiert worden waren, Kanäle, auf denen keine Schiffe fahren konnten, Betriebe, die Ausschussware produzierten, ungelernete Arbeiter, die Maschinen ruinierten und Betriebsabläufe störten. Stoßarbeiterkampagnen zerrütteten die Produktion, die Fluktuation der Arbeitskräfte auf den Baustellen des Kommunismus untergrub Planung und Koordination. Vor allem aber gelang es dem Regime nicht, die Bewegung von Millionen Menschen zentraler Kontrolle zu unterwerfen.<sup>14</sup>

Aus der Not aber machten die Bolschewiki eine Tugend. Sie waren Meister der Improvisation, im Kampf gestählt. Diese Meisterschaft hatte sich schon während des Bürgerkrieges gezeigt, und sie zeigte sich auch während der Revolution von oben, als Stalin der Welt ein Beispiel dafür gab, dass die Bolschewiki nicht nur jede Festung

**11** Vgl. Julie Cassiday, *The Enemy on Trial. Early Soviet Courts on Stage and Screen*, DeKalb 2000, S. 110–133; Sheila Fitzpatrick, *Cultural Revolution as Class War*, in: dies. (Hrsg.), *The Cultural Front. Power and Culture in Revolutionary Russia*, Ithaca 1992, S. 149–182.

**12** Vgl. Sheila Fitzpatrick, *Stalin's Peasants. Resistance and Survival in the Russian Village After Collectivization*, Oxford 1994; Lynne Viola, *Peasant Rebels Under Stalin. Collectivization and the Culture of Peasant Resistance*, Oxford 1996.

**13** Vgl. Orlando Figes, *Die Flüsterer. Leben in Stalins Russland*, Berlin 2008, S. 141–236; Golfo Alexopoulos, *Stalin's Outcasts. Aliens, Citizens and the Soviet State, 1926–1936*, Ithaca 2003; Anne Applebaum, *Der Gulag*, Berlin 2003, S. 81–130.

**14** Vgl. Stephen Kotkin, *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization*, Berkeley 1995.

im Sturm nahmen, sondern die selbst verursachten Krisen dafür nutzten, um Feinde zu markieren und für ihr eigenes Versagen zur Verantwortung zu ziehen. Der sowjetische Staat produzierte Krisen, und er demonstrierte seine Souveränität, indem er solche Krisen überwand, ohne an ihnen zu zerbrechen. Im August 1930 schrieb Stalin an Molotow, man solle „zwei, drei Dutzend Schädlinge“ im Volkskommissariat für Finanzen erschießen und eine „Kontrolle durch Ohrfeigen“ einführen.<sup>15</sup> Scheinbar war er davon überzeugt, dass die Verbreitung von Furcht und Schrecken allein genügte, um der Erfüllung des Fünfjahresplans zum Erfolg zu verhelfen.

Von Anbeginn war der bolschewistische Staatsbildungsprozess mit der Idee verbunden, die neue Elite zu disziplinieren, zuzurichten, auf den Gebrauch der bolschewistischen Sprache und Weltsicht einzuschwören. Diesem Zweck dienten die neuen Feiertage, Feste, Rituale und Sprachregelungen ebenso wie die periodisch wiederkehrenden Parteisäuberungen und öffentlich aufgeführten Unterwerfungsrituale, die allen Kommunisten vor Augen führten, wer Freund und wer Feind war, wer Mitglied in der Partei sein durfte und wer nicht. Die Partei war Kontrollinstanz und Mobilisierungsinstrument, Erziehungsanstalt für Millionen und Vehikel für den sozialen Aufstieg. Sie war der eigentliche Ort, an dem der „neue Mensch“ geschmiedet und das Vielvölkerreich verklammert wurde. Deshalb galt ihr die besondere Aufmerksamkeit Stalins und seiner Gefolgschaft.<sup>16</sup>

Stalin nutzte die Krise, in die er und seine Gefolgsleute die Sowjetunion gestürzt hatten, um vermeintlichen Widerstand, Widerspruch und Dissens mit Gewalt zu brechen. Ein Mann, dem die Hand nicht zitterte, der das Steuer auch im Sturm fest in der Hand hielt, die Feinde fest im Blick, so haben seine Gefolgsleute ihn gesehen. Von solchem Autoritätsgewinn machte er nun machstrategischen Gebrauch. Im Angesicht des Krieges und des Chaos, das der große Sprung nach vorn ausgelöst hatte, gelang es Sta-

lin, die Gefolgschaft um sich zu scharen und auf seinen Kurs exzessiver Gewalt einzuschwören. Der innere Krieg schien im Licht der internationalen Isolation, in die sich die Sowjetunion selbst gebracht hatte, nicht nur gerechtfertigt, sondern auch unvermeidlich zu sein. Jeder Kommunist konnte nun ein innerer Feind, ein ausländischer Spion oder Deserteur sein. „Man muß einander respektieren und sich aufeinander verlassen“, schrieb Stalin in jener Zeit an seinen Vertrauten Lasar Kaganowitsch. Die Gefolgsleute müssten „unzertrennlich“ bleiben, so fügte er noch hinzu. „Dann wird alles gut gehen“. Mit anderen Worten: Die Gefolgsleute mussten sich ihm, dem Herrn und Gebieter, bedingungslos unterordnen, wenn sie überleben wollten.<sup>17</sup>

### DER GROßE TERROR UND DER GROßE VATERLÄNDISCHE KRIEG

Woher konnten die Parteiführer schon wissen, wer sich in den Jahren der Kulturrevolution und der Kollektivierung mit einem Parteausweis ausgestattet hatte, ob sich unter den Schafen vielleicht doch noch ein Wolf versteckt hatte, der nur darauf wartete, Unfrieden zu stiften? Sollten sich Feinde im Maschinenraum der neuen Ordnung versteckt halten und ließe man sie gewähren, wäre es um die Existenz des sowjetischen Staates bald geschehen, glaubten Stalin und seine Gefolgsleute. Der Feind schien überall zu sein.<sup>18</sup> Widerspruch und Dissens verwandelten sich im Führungskreis nunmehr in Verrat, der mit dem Verlust der Freiheit oder des Lebens bezahlt werden musste. Stalin räumte Kritiker, potenzielle Widersacher, unzuverlässige Gefolgsleute und Satrapen in den Provinzen beiseite, entfalte einen selbsterstörerischen Vernichtungsfeldzug innerhalb der Staats- und Parteibürokratie, dem Zehntausende Kommunisten zum Opfer fielen. Damit sichtbar und spürbar wurde, wohin vermeintlicher Ungehorsam führen würde, ließ Stalin nicht nur in Moskau, sondern überall in den Provinzen Schauprozesse inszenieren, um prominente Parteifunktionäre öffentlich als

**15** Zit. nach Lars Lih/Oleg Naumow/Oleg Chlewnjuk (Hrsg.), Stalin. Briefe an Molotow 1925–1936, Berlin 1996, S. 217, S. 228.

**16** Vgl. Malte Rolf, Das sowjetische Massenfest, Hamburg 2006; Jörg Baberowski, Zwischen Furcht und Faszination. Die Sowjetunion im Zeitalter der Moderne, in: Martin Sabrow/Peter Ulrich Weiss (Hrsg.), Das Zeitalter vermessen: Historische Signaturen des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2017, S. 56–83.

**17** Zit. nach Jörg Baberowski, Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, München 2012, S. 312.

**18** Vgl. dazu die Überlegungen von J. Arch Getty, Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933–1938, Cambridge 1985, S. 113–136.

Spione und Saboteure zu überführen und sie zu demütigenden Selbstanklagen zu zwingen, bevor sie erschossen wurden. Stalins Gefolgsleute aus dem Politbüro fuhren in die Provinzen, um „Volksfeinde“ aus den Apparaten zu entfernen und die Satrapen zu bestrafen, die bei der Bekämpfung des inneren Feindes versagt hatten. In den ländlichen Regionen wurden Kolchosvorsitzende und Fabrikdirektoren, die kleinen Despoten, vor Gericht gestellt und für die ökonomischen Katastrophen der Vergangenheit verantwortlich gemacht. Solche Verfahren bewirkten zweierlei: Sie hielten die Parteifunktionäre in Angst und Schrecken und führten den Unbeteiligten vor Augen, was auch ihnen jederzeit widerfahren könnte, wenn sie es an Gehorsam fehlen ließen.<sup>19</sup>

Im Juli 1937 begann der Massenterror, dem bis Ende 1938 mehr als anderthalb Millionen Menschen zum Opfer fielen, die entweder in Lager gesperrt oder erschossen wurden. Etwa 680 000 Menschen wurden von sogenannten Dreierausschüssen (Troiki) im Schnellverfahren zum Tod verurteilt, an den Rändern der Städte getötet und in Massengräbern verscharrt. Stalin selbst hatte die Erschießungen nach Quoten angeordnet: Geistliche, Kulaken, die aus der Verbannung zurückgekehrt waren, Adlige, Angehörige der alten Oberschicht und oppositioneller Parteien. Zur gleichen Zeit setzte Stalin auch die nationalen Operationen ins Werk, die das Ziel verfolgten, ethnische Minoritäten aus der Welt zu schaffen, die als Trojanische Pferde des benachbarten Auslandes galten, vor allem Polen, Deutsche, Kurden, Koreaner, Griechen, Chinesen, also all jene Menschen, die als Angehörige einer nationalen Minorität entweder in den Grenzregionen oder in den großen Städten der Sowjetunion lebten. Auch dieser Operation fielen Hunderttausende zum Opfer.<sup>20</sup>

Was versprochen sich Stalin und seine Gefolgsleute von der Zerstörung der Partei- und Staatsbehörden, was von der Tötung Hunderttausender, die weder ein Verbrechen begangen noch Widerstand geleistet hatten? Die Antwort lau-

tet: Der Mordexzess band die Gefolgschaft an die Führer, er setzte die Parteifunktionäre und Tscheisten in den Provinzen unter Erwartungsdruck und zwang sie, es beim Töten zu Höchstleistungen zu bringen, er disziplinierte die Funktionäre und produzierte eine loyale Aufsteigerelite, die internalisiert hatte, worauf es in Stalins Staat ankam und was von ihr erwartet wurde. Seither widersprach niemand mehr. Wjatscheslaw Molotow, Vorsitzender des Rats der Volkskommissare von 1930 bis 1941, hat 40 Jahre später gegenüber dem sowjetischen Journalisten Felix Tschujew erklärt, der Terror sei notwendig gewesen, um die Sowjetunion von potenziellen Feinden zu befreien. Ohne den Terror hätte die Sowjetunion den Krieg nicht überstanden. „Das Jahr 1937 war notwendig“, behauptete Molotow. Nach der Revolution habe man jede Form des Widerstandes ausgerottet. Aber es seien Feinde übriggeblieben. Sie hätten sich angesichts der faschistischen Bedrohung miteinander verbinden können. „Wir haben es dem Jahr 1937 zu verdanken, daß es während des Krieges bei uns keine fünfte Kolonne gab.“<sup>21</sup> Niemand weiß, ob Stalin und Molotow wirklich glaubten, was sie als Motiv für den großen Mord ausgaben. Nikita Chruschtschow war zweifellos näher an der Wahrheit, als er in seiner Rede über den Personenkult auf dem XX. Parteitag im Februar 1956 erklärte, dass der Krieg gegen das nationalsozialistische Deutschland nicht wegen, sondern Stalin zum Trotz siegreich beendet worden sei.<sup>22</sup>

Auch in den Jahren des Zweiten Weltkrieges setzte das Regime seine Gewaltexzesse überall dort ins Werk, wo es seiner Herrschaft nicht sicher zu sein glaubte, wo es sich gegen den Willen der Unterworfenen festzusetzen versuchte. Und es griff auf Verfahren zurück, die es schon im Inneren der Sowjetunion mit Erfolg angewandt hatte. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt wurden Hunderttausende Polen, Esten, Letten und Litauer aus ihrer Heimat vertrieben und nach Sibirien deportiert, die nationalen Eliten dieser Staaten entmachtet und liquidiert. Jahre später, als die Rote Armee an der Front gegen die Invasoren aus Deutschland kämpfte, ließ Stalin eth-

<sup>19</sup> Vgl. Roberta T. Manning, *Political Terror or Political Theater: The Raion Show Trials of 1937 and the Mass Operations*, in: *Russian History* 2/2009, S. 219–253; Michail Šrejder, NKVD iznutri. Zapiski Čekista, Moskau 1995.

<sup>20</sup> Vgl. Rolf Binner/Marc Junge, *Wie der Terror „Groß“ wurde. Massenmord und Lagerhaft nach Befehl 00447*, in: *Cahiers du Monde Russe* 2–4/2001, S. 557–614.

<sup>21</sup> Zit. nach Feliks Čuev, *Sto sorok besed s Molotovym. Vtoroj posle Stalina*, Moskau 2019, S. 405–406.

<sup>22</sup> Vgl. Nikita Chruschtschow, *Chruschtschow erinnert sich*, eingeleitet und kommentiert von Edward Crankshaw, Reinbek 1971, S. 556–565.

nische Minoritäten aus dem Hinterland deportieren: Wolgadeutsche, Kalmücken, Krimtataren, Tschetschenen und Inguschen, die nach Kasachstan geschafft wurden.<sup>23</sup>

Als der Krieg zu Ende ging, war die Sowjetunion ein verwüstetes Land, mehr als 20 Millionen Menschen waren im Kampf gestorben, den Massakern der Einsatzgruppen zum Opfer gefallen oder in deutscher Kriegsgefangenschaft umgekommen. Das Ende des Krieges aber war nicht das Ende der Gewalt. In der Ukraine und in den baltischen Republiken lieferten Partisanen und Einheiten des NKWD einander blutige Gefechte, die bis zum Ende der 1940er Jahre andauerten, aus den ukrainischen Dörfern wurden Tausende Bauern deportiert, die ihren Ablieferungsverpflichtungen nicht nachgekommen waren und sich der Wiedereinrichtung der Kolchosen widersetzt hatten. Millionen hatten auch den Westen Europas gesehen und erfahren, wie Menschen jenseits der sowjetischen Grenzen lebten: Kriegsgefangene, nach Deutschland verschleppte Zwangsarbeiter, Angehörige der Wlasow-Armee und Partisanen der ukrainischen Nationalbewegung. Sie alle galten Stalin und seinem Regime als potenzielle Feinde. Die Soldaten der Wlasow-Armee und die Bandera-Partisanen wurden in Straflager nach Sibirien geschickt, ehemalige Kriegsgefangene und „Ostarbeiter“ kamen in Filtrationslager, wo darüber entschieden wurde, ob sie in Freiheit bleiben durften oder in Straflager verbracht werden sollten. Alexander Jakowlew, der später zu den Vordenkern der Perestroika gehören sollte, sah 1945 am Bahnhof von Jaroslawl mit eigenen Augen, wie Heimkehrer aus deutscher Kriegsgefangenschaft in Viehwaggons gesperrt und nach Sibirien abtransportiert wurden. „Eisenbahnwaggons, kleine Fenster mit Eisenstangen, schmale, blasse, verstörte Gesichter an den Fenstern. Und auf dem Bahnsteig weinende und jammernde Frauen.“<sup>24</sup> Das Geschrei sei herzerreißend gewesen. Danach seien die Züge nur noch nachts durch den Bahnhof gefahren. Wie viele Menschen, die schon in Deutschland gelitten hatten, mussten den Terror noch ein zweites Mal über sich ergehen las-

sen. All diese Menschen wurden stigmatisiert und mussten ihr ganzes Leben lang Schweigen bewahren. Das Gulag-Imperium füllte sich mit Häftlingen, niemals zuvor waren so viele Menschen in Stalins Lagern gewesen wie in den späten 1940er Jahren.<sup>25</sup>

Nicht einmal die Soldaten der siegreichen Roten Armee konnten sich am Triumph über die Wehrmacht erfreuen. Der Ruhm gehörte Stalin allein, nicht den Soldaten, die in seinem Namen bis nach Berlin marschiert waren, niemand sollte die Leistungen der Soldaten feiern und bewundern. Der Diktator wusste sehr genau, dass der Krieg Tore in die Welt geöffnet und die Vorstellungen vom Leben verändert hatte, dass Millionen Menschen hofften, nach der Schlacht möge der Terror aus ihrem Leben verschwinden und Frieden herrschen in der Sowjetunion. Jedes Zugeständnis, so glaubte Stalin, wäre der Anfang vom Ende seines Regimes gewesen, und so schlossen sich die Tore wieder. Die Sowjetunion war ein Land des Schweigens, in dem nur ausgesprochen werden durfte, was die Herrschaft nicht infrage stellte. „Die Illusion war zerstört“, schrieb Andrei Sacharow in seinen Memoiren über die enttäuschten Hoffnungen der Nachkriegszeit.<sup>26</sup>

In den letzten Lebensjahren des Diktators kam es zu einer Wiederbelebung der terroristischen Kampagnen, die zwar weniger Opfer forderten, aber dem Muster der Vorkriegsjahre folgten. Stalin ließ Gefolgsleute aus dem inneren Kreis verstoßen und erschießen, er beauftragte Lawrenti Beria, Minister für Staatssicherheit, damit, die Parteiorganisation von Leningrad in Angst und Schrecken zu versetzen, ihre leitenden Funktionäre töten zu lassen und in seinem Heimatland Georgien nach Feinden und Spionen im Parteiapparat zu suchen. In den Staaten des Ostblocks wurden Schauprozesse aufgeführt und scheinbar unzuverlässige Kommunisten getötet, um auch dort der Parteiführung ein Beispiel für die Möglichkeiten des Stalinschen Regimes zu geben.

**23** Vgl. Norman Naimark, *Fires of Hatred: Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe*, Cambridge 2001, S. 85–107; Jan T. Gross, *Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia*, Princeton 2002, S. 187–224.

**24** Alexander Jakowlew, *Ein Jahrhundert der Gewalt*, Berlin 2004, S. 29.

**25** Vgl. ebd.; Pavel Poljan, *Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im „Dritten Reich“ und ihre Repatriierung*, München 2001, S. 166–187; Sheila Fitzpatrick, *Postwar Soviet Society. The Return to „Normalcy“, 1945–1953*, in: Susan J. Linz (Hrsg.), *The Impact of World War II on the Soviet Union*, Totowa 1985, S. 129–156; Applebaum (Anm. 13), S. 487.

**26** Andrej Sacharow, *Mein Leben*, München 1991, S. 67. Vgl. Jeffrey Brooks, *Thank You, Comrade Stalin. Soviet Public Culture from Revolution to Cold War*, Princeton 2000, S. 195–209.

Zur gleichen Zeit ergoss sich eine beispiellose Welle antisemitischer Verfolgung über das Land, seit Stalin Juden unter den Verdacht gestellt hatte, mit dem 1948 gegründeten Staat Israel im Bund zu stehen und sich gegen die Sowjetunion verschworen zu haben. Auf dem Höhepunkt dieser Kampagne wurde der absurde Vorwurf in die Welt gesetzt, jüdische Ärzte hätten versucht, den Diktator umzubringen. Stalins Tod im März 1953 setzte der Hass- und Gewaltkampagne jedoch ein Ende, bevor sie sich überhaupt recht entfalten konnte.<sup>27</sup>

## WEGE AUS DER GEWALT

Nikita Chruschtschow beendete den Terror, er verbannte ihn aus dem Arsenal der Herrschaftssicherung und verschaffte auf paradoxe Weise auch den Tätern Entlastung und Erleichterung. Denn im Führungskreis wurden Meinungsverschiedenheiten nicht mehr mit der Erschießung, sondern der Pensionierung der Unterlegenen beigelegt. Niemand erwartete von den Mitarbeitern des Geheimdienstes noch, dass sie in vorauseilendem Gehorsam Tötungsquoten erfüllten. Der neue Stil der Regierung, die kollektive Führung, produzierte Erwartungssicherheit und gab selbst den Stalinisten und Tschekisten, wonach sie sich sehnten nach all den Jahren des Krieges und der Gewalt: Sicherheit und Berechenbarkeit. In nur wenigen Jahren hatte Chruschtschow die Sowjetunion in ein anderes Land verwandelt, die Lager weitgehend aufgelöst, Deportierten die Rückkehr in ihre Heimat erlaubt, den Geheimdienst an die Kette des Rechts gelegt und auch manche Verbrechen Stalins beim Namen genannt. Nie wieder würden die Führer einander töten oder den

Befehl erteilen, Menschen umzubringen, denen kein strafwürdiges Verbrechen vorzuwerfen war. Chruschtschow selbst profitierte vom neuen Stil, als er im Oktober 1964 gestürzt wurde und dennoch als freier Mann den Kreml verließ.<sup>28</sup>

Zwar war die Sowjetunion auch nach Stalins Tod kein Rechtsstaat. Der ungarische Aufstand wurde 1956 mit Gewalt niedergeschlagen, 1964 wurden in der südrussischen Stadt Nowotscherkassk Hunderte Arbeiter erschossen, die gegen Preiserhöhungen demonstriert hatten, Dissidenten überwacht, bespitzelt, unter Breschnew sogar in psychiatrische Anstalten eingesperrt.<sup>29</sup> Aber was war all das im Vergleich zu den mörderischen Exzessen des Jahres 1937, zu den Schlachten des Zweiten Weltkrieges, die Millionen Menschen, Opfer wie Täter, in den Abgrund gerissen und verschlungen hatten. Im Lichte dieser Gewalt war alles, was danach noch zu erleben und zu erdulden war, nur ein leichter Hauch. Am Ende des Jahrhunderts trat die Sowjetunion ab. Mit Gewalt hatte sie sich in die Welt gesetzt, beinahe friedlich verabschiedete sie sich von ihr. Ein Jahrhundert der Gewalt, wie Alexander Jakowlew die Zeit der Exzesse genannt hatte, war friedlich zu Ende gegangen.<sup>30</sup>

Wahrscheinlich wird man die Nachsicht mit den Tätern und das Schweigen der Opfer und ihrer Nachkommen im gegenwärtigen Russland nur verstehen, wenn zu Bewusstsein kommt, was der Stalinismus war und was er angerichtet hatte. Die Nachwirkungen des Terrors sind immer noch zu besichtigen und zu bestaunen, und wahrscheinlich sind sie es, die der autoritären Ordnung der Gegenwart einen fruchtbaren Grund bereitet haben. Wer will schon Experimente erleben, nach allem, was die Vorfahren durchleiden und erdulden mussten, wenn doch nicht gewiss ist, wie sie ausgehen werden? Es ist leicht, die Gewalt sprechen zu lassen, aber es ist unendlich schwer, ihre sozialen und psychischen Folgen zu bewältigen. Eine Jahrhundertaufgabe, die ihr glückliches Ende erst finden wird, wenn die Wunden verheilt sind und die Sinnlosigkeit des Terrors vergessen ist.

## JÖRG BABEROWSKI

ist Professor für Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin.

baberowskij@geschichte.hu-berlin.de

<sup>27</sup> Vgl. Yoram Gorlizki/Oleg Chlewniuk, *Cold Peace. Stalin and the Soviet Ruling Circle 1945–1953*, Oxford 2004, S. 143–164; Frank Grüner, *Patrioten und Kosmopoliten. Juden im Sowjetstaat 1941–1953*, Köln 2008, S. 489–507. Siehe auch den Beitrag von Frank Grüner in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

<sup>28</sup> Vgl. Jörg Baberowski, *Wege aus der Gewalt. Nikita Chruschtschow und die Entstalinisierung 1953–1964*, in: Ulrich Bielefeld/Heinz Bude/Bernd Greiner (Hrsg.), *Gesellschaft – Gewalt – Vertrauen*, Hamburg 2012, S. 401–437; William Taubman, *Khrushchev. The Man and His Era*, New York 2004, S. 270–299.

<sup>29</sup> Vgl. Vladimir Kozlov, *Massovye bezporjadki v SSSR pri Chruschtschew i Breznev 1953–načalo 1980-ch gg.*, Moskau 2010, S. 346–420; György Dalos, *1956. Der Aufstand in Ungarn*, München 2006; Jurij Orlov, *Ein russisches Leben*, München 1992, S. 198–253.

<sup>30</sup> Jakowlew (*Anm. 24*).



# NACH STALIN: DAS FUNKTIONIEREN DER UDSSR

*Susanne Schattenberg*

Die Forschung zur späten Sowjetunion hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten einen Aufschwung erlebt. Dominierte in den 1990er Jahren die Stalinismusforschung, ist es jetzt die Forschung zur Zeit nach 1953. Die Historiker\*innen haben sich vom Schock des Zusammenbruchs erholt; sie fragen nicht mehr nach den Gründen für den Zusammenbruch – und warum sie diesen nicht vorhergesehen haben –, sondern, warum die Sowjetunion offenbar so lange sehr gut funktionierte. Das Masternarrativ wandelt sich also langsam von einer Niedergangs- zu einer Erfolgsgeschichte – mit jähem Ende.

Darüber hinaus scheint die Zeit der Schulenburg und Lagerkämpfe vorbei zu sein. Bekakten sich bis 1991 Totalitarist\*innen, die von der vollkommenen Durchherrschaft der Gesellschaft durch Staat und Partei ausgingen, und Revisionist\*innen, die den sozialen Gruppen große Handlungsspielräume und Gestaltungskraft zuschrieben, gesellte sich in den 1990er Jahren die Gruppe der Kulturalist\*innen hinzu, die den Motor der Geschichte weder in physischer Gewalt noch in sozialen Gruppen, sondern in den Diskursen verorteten. Heute herrscht dagegen ein nahezu fröhliches Miteinander von verschiedenen Theorien und Zugängen. In der Forschung ist es ein zentrales Anliegen, überholte Dichotomien wie Stalinist\*in/Reformer\*in, Sowjetmensch/Dissident\*in, öffentlich äußern/privat denken aufzugeben und integrale Konzepte zu finden. Die neue Integration gilt auch für das Feld der Historiker\*innen selbst. Niemand tritt mehr an, andere Herangehensweisen zu verdrängen.

Zu beobachten ist allerdings ein „Performative Shift“. Damit folgt auf die „Macht der Sprache“ die „Macht der Handlung“: Solange eine Person zur Parade am 1. Mai ging, unterstützte sie durch diese Handlung das System, ganz gleich, was sie dazu sagte oder dachte. Auch sind wirtschaftsgeschichtliche Ansätze zurückgekehrt, die lange ein Schattendasein gefristet haben. Schließlich finden

zunehmend reportagehafte Schilderungen Einzug in die Historiografie. Die Chance dabei ist, neben dramaturgischen Effekten ein „hautnahes Erleben“ zu erzeugen; die Gefahr besteht darin, an kritischer Distanz und Analysekraft zu verlieren.

## UNTER CHRUSCHTSCHOW UND BRESCHNEW

Die späte Sowjetzeit wird weitgehend mit der Herrschaft Nikita Chruschtschows (1953–1964) und Leonid Breschnews (1964–1982) gleichgesetzt. Die Historisierung hat beide Politiker von den Pauschalurteilen aus der Zeit des Kalten Krieges befreit, sodass sie in ihrem Kontext neu betrachtet werden können. William Taubmans große Chruschtschow-Biografie 2003 war ihrer Zeit voraus.<sup>01</sup> Die Faszination für diesen scheinbar widersprüchlichen Mann, der es liebte, seine westlichen Gesprächspartner zu provozieren, und für jeden Redenschreiber ein Albtraum war, da er ständig vom Manuskript abwich und unkontrolliert polterte und drohte, hat einige Werke hervorgebracht, wenngleich Lücken bestehen bleiben.<sup>02</sup> Ein eher kurzes Intermezzo in der Historiografie war der Streit über die wahren Gründe für Chruschtschows Entstalinisierungskurs und die „Geheimrede“ auf dem 20. Parteitag 1956. Die von Dissident\*innen vertretene und bis dahin unhinterfragte Meinung, Chruschtschow habe dies aus einer „Bewegung der Seele“ heraus getan,<sup>03</sup> wurde zwischenzeitlich als naiv verurteilt: Die Abrechnung mit Stalin sei nur eine Flucht nach vorn und Strategie zum Machterhalt gewesen.<sup>04</sup> Indes überwiegt weiterhin die Meinung, nach Stalins Tod hätten die meisten Parteiführer ihr Gewissen entdeckt; Terror und Gewalt hätten nicht mehr ihrem Bild von einem modernen Sowjetstaat entsprochen.<sup>05</sup>

Geht es bei Chruschtschow darum, ihn der Exotisierung zu entreißen, steht bei Breschnew im Vordergrund, das Etikett „Stalinist“ zu entfer-

nen. Tatsächlich war Breschnew genauso wenig ein Stalin-Anhänger wie sein Vorgänger Chruschtschow, hielt es aber nach den zwei Putschversuchen gegen Chruschtschow für angeraten, den Stalinisten entgegen zu kommen. Weder war er die treibende Kraft beim Einmarsch in Prag 1968 noch bei jenem in Afghanistan 1979.<sup>06</sup> Dabei geht es nicht um reine Persönlichkeitsprofile, sondern um die Parteinetzwerke und darum, wie die „Patrone“ die Loyalität ihrer „Klienten“ belohnen oder bestrafen: Stalin verhaftete, Chruschtschow entließ, Breschnew lobte Widersacher weg.<sup>07</sup>

### HARDLINER UND HIPPIES

Nicht nur die Parteiführer, auch die Sowjetmenschen werden dem Schwarz-Weiß-Denken des Kalten Krieges entrissen. Weder waren alle Parteigranden Stalinist\*innen, noch bestand die Bevölkerung nur aus Befürworter\*innen des Tauwetters. Sehr beeindruckend hat Miriam Dobson gezeigt, dass die Gesellschaft weder bereit war, die amnestierten Gulag-Häftlinge als Nachbar\*innen und Arbeitskolleg\*innen zu akzeptieren, noch die damit einhergehende Umwertung der Geschichte. Sie fürchteten die aus den Lagern in

ihr Leben schwappende Kriminalität genauso wie den Lagerjargon, der sich als subversiver Jugendslang ausbreitete.<sup>08</sup> Daher fiel auch 1962 die Reaktion vieler Leser\*innen von Alexander Solschenizyns „Ein Tag im Leben des Iwan Denisowitsch“ so empört aus, weil sie die derbe, vulgäre Sprache als Angriff auf die Hochkultur begriffen. Dobson hat damit alle Totalitarist\*innen widerlegt, die immer implizierten, der Tod des Tyrannen mache aus allen Untertanen automatisch aufgeklärte Subjekte. Während es auf der einen Seite starke Beharrungskräfte gab, gerade auch mit Blick auf Familien- und Moralvorstellungen,<sup>09</sup> entwickelten sich auf der anderen Seite die *stiljagi*, die sich bunt, wild und unangepasst kleideten und gebärdeten, oder auch Hippies.<sup>10</sup> Die Antwort waren Nachbarschaftswehren und -gerichte, die von Staat und Partei weniger oktroyiert wurden, als den Anliegen der verunsicherten Sowjetmenschen entsprachen. Wie sehr die Entstalinisierung eine Erschütterung alter Normen und Richtwerte und der Kampf um Sagbarkeitsregime war, zeigen auch zahlreiche andere Werke.<sup>11</sup>

Uneinigkeit herrscht angesichts der Frage, ob die Dissident\*innen „Sowjetmenschen“ waren oder die direkten Nachfahren der vorrevolutionären Intelligenz. Auch wenn ihr Ursprung in der Chruschtschow-Zeit zu finden ist,<sup>12</sup> traten sie erst

**01** Vgl. William Taubman, *Khrushchev. The Man and His Era*, New York 2003.

**02** Vgl. Peter Carlson, *K Blows Top. A Cold War Comic Interlude Starring Nikita Khrushchev, America's Most Unlikely Tourist*, New York 2009; Juri Jakovlevič Gerčuk, *Krovoizljanje v MOSCH, ili Chruščev v Maneže. 1 dekabnja 1962 goda (Očerki vizual'nosti)*, Moskau 2008.

**03** Vgl. Roj Aleksandrovič Medvedev, *Vom XX. zum XXII. Parteitag der KPdSU. Ein kurzer historischer Überblick*, in: Reinhard Crusius/Roj Aleksandrovič Medvedev (Hrsg.), *Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen*, Frankfurt/M. 1977, S. 23–49, hier S. 32.

**04** Vgl. Stephan Merl, *Berija und Chruscev: Entstalinisierung oder Systemerhalt? Zum Grunddilemma sowjetischer Politik nach Stalins Tod*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 2001, S. 484–506, hier S. 494; Rudolf G. Pichoja, *Sovetskij Sojuz. Istorija vlasti. 1945–1991*, Moskau 1998, S. 103 ff.

**05** Vgl. Amir Weiner, *The Empires Pay a Visit. Gulag Returnees, East European Rebellions, and Soviet Frontier Politics*, in: *Journal of Modern History* 2/2006, S. 333–376.

**06** Vgl. Susanne Schattenberg, *Leonid Breschnew. Staatsmann und Schauspieler im Schatten Stalins. Eine Biographie*, Köln–Weimar–Wien 2017.

**07** Vgl. Yoram Gorlizki/O. V. Chlevnjuk, *Substate Dictatorship. Networks, Loyalty, and Institutional Change in the Soviet Union*, New Haven–London 2020; Saulius Grybkauskas, *Governing the Soviet Union's National Republics. The Second Secretaries of the Communist Party*, Abingdon–New York 2021.

**08** Vgl. Miriam Dobson, *Khrushchev's Cold Summer. Gulag Returnees, Crime, and the Fate of Reform after Stalin*, Ithaca 2009. Siehe auch Grybkauskas (Anm. 7).

**09** Vgl. Deborah A. Field, *Private Life and Communist Morality in Khrushchev's Russia*, New York 2007; dies., *Everyday Life and the Problem of Conceptualizing Public and Private During the Khrushchev Era*, in: Choi Chatterjee et al. (Hrsg.), *Everyday Life in Russia. Past and Present*, Indiana 2015, S. 163–180.

**10** Vgl. Juliane Fürst, *Stalin's Last Generation. Soviet Post-War Youth and the Emergence of Mature Socialism*, Oxford 2010; dies., *Flowers Through Concrete. Explorations in Soviet Hippieland*, Oxford 2020; dies./Josie McLellan (Hrsg.), *Dropping Out of Socialism. The Creation of Alternative Spheres in the Soviet Bloc*, Lanham u. a. 2017; Brian LaPierre, *Hooligans in Khrushchev's Russia. Defining, Policing, and Producing Deviance During the Thaw*, Madison 2012.

**11** Vgl. Stephen V. Bittner, *The Many Lives of Khrushchev's Thaw. Experience and Memory in Moscow's Arbat*, Ithaca 2008; Denis Kozlov, *The Readers of Novyi Mir. Coming to Terms with the Stalinist Past*, Cambridge 2013; Polly Jones, *Myth, Memory, Trauma. Rethinking the Stalinist Past in the Soviet Union, 1953–70*, New Haven 2013; Polly Jones, *Revolution Rekindled. The Writers and Readers of Late Soviet Biography*, Oxford–New York 2019.

**12** Vgl. Benjamin Tromly, *Making the Soviet Intelligentsia. Universities and Intellectual Life Under Stalin and Khrushchev*, Cambridge 2014.

unter Breschnew in Erscheinung, als sie die nach 1953 erlangten Freiheiten verteidigten und gegen die Verhaftung Andersdenkender aufbegehrten. Während die einen sie sehr pathetisch als letzte Erb\*innen und Träger\*innen einer untergegangenen Kultur beschreiben,<sup>13</sup> zeigen die anderen, dass auch die „Petent\*innen“, wie sie sich selbst bezeichneten, Teil der sowjetischen Kultur waren und sich des sowjetischen Jargons bedienten, um ihre Anliegen vorzutragen. Sie argumentierten im, nicht außerhalb des Systems.<sup>14</sup> Wie Jelena Bonner über ihren Mann Andrei Sacharow gesagt haben soll: „Mein Mann ist Physiker – nicht Dissident.“<sup>15</sup>

### MEINE WOHNUNG, MEIN AUTO

Chruschtschow und Breschnew erklärten die Anhebung des extrem niedrigen Lebensniveaus zur ersten Aufgabe des Staates beziehungsweise zur Generallinie der Partei. Es war ein flächendeckendes Armutsbekämpfungsprogramm. Darüber hinaus versprach Chruschtschow allen Sowjetmenschen eine eigene Plattenbauwohnung,<sup>16</sup> Breschnew ein Auto, um daran zu schrauben, auf die Datsche zu fahren und Defizitprodukten hinterherzujagen.<sup>17</sup> Auch hier lässt sich darüber streiten, ob dies

aus Kalkül geschah, um die Bevölkerung mit einem „kleinen Deal“ – Konsum gegen Loyalität – ruhig zu stellen, oder weil für beide die Linderung der Not eine Herzensangelegenheit war.<sup>18</sup> Beide erhöhten die Rente und den Mindestlohn und sorgten dafür, dass der Staat die Landarbeiter\*innen erstmals nicht nur in Naturalien bezahlte.<sup>19</sup> Auch der Medienkonsum, das Fernsehen, dessen Bedeutung lange Zeit von den Parteiführern nicht begriffen wurde, die endlos, ohne aufzuschauen, live Reden verlasen, Rundfunk und der Bezug von Rock'n'Roll-Musik aus dem Westen sind in den Fokus von Historiker\*innen gerückt.<sup>20</sup>

Mit der Frage „Dissident\*in oder Konsument\*in?“ wird immer auch die Generationenfrage verhandelt: Die Andersdenkenden waren die Kinder der Erbauer\*innen der UdSSR, meist in den 1930er Jahren geboren, und damit die zweite sowjetische Generation. Sie brachten um 1950 die „Sputnik-Generation“ oder „Babyboomer“ zur Welt, die als eher „unpolitisch“ gelten; sie kümmerten sich hauptsächlich um eine gute Ausbildung und ihre Karriere.<sup>21</sup> Ihre Kinder, die vierte Generation, zählen als „zynische Konformisten“ oder „Konsumgeneration“, die sich weder um den Kommunismus noch dessen Reform noch eine gute Ausbildung scherten, sondern sich ganz materiellen Werten verschrieben hatten; das Parteinarrativ und die Festtagsrituale waren für sie nur noch leere Hülsen.<sup>22</sup>

**13** Vgl. Vladislav Martinović Zubok, *Zhivago's Children. The Last Russian Intelligentsia*, Cambridge, MA 2011; Jay Bergman, *Meeting the Demands of Reason. The Life and Thought of Andrei Sakharov*, Ithaca 2009; ders., *Soviet Dissidents on the Russian Intelligentsia, 1956–1985. The Search for a Usable Past*, in: *The Russian Review* 1992, S. 16–35; Howard L. Bidulph, *Soviet Intellectual Dissent as a Political Counter-Culture*, in: Alexander Dallin (Hrsg.), *The Khrushchev and Brezhnev Years*, New York 1992, S. 158–169.

**14** Vgl. Serguei Oushakine, *The Terrifying Mimicry of Samizdat*, in: *Public Culture* 2/2001, S. 191–214; Benjamin Nathans, *The Dictatorship of Reason. Aleksandr Vol'pin and the Ideas of Rights Under „Developed“ Socialism*, in: *Slavic Review* 4/2007, S. 630–663; Ann Komaromi, *Samizdat and Soviet Dissident Publics*, in: *Slavic Review* 1/2012, S. 70–90; Friederike Kind-Kovács/Jessie Labov (Hrsg.), *Samizdat, Tamizdat, and Beyond. Transnational Media During and After Socialism*, New York–Oxford 2013.

**15** Zit. nach Benjamin Nathans, *When Did Your Eyes Open?*, in: *London Review of Books* 9/2010, S. 25f.

**16** Vgl. Christine Varga-Harris, *Stories of House and Home. Soviet Apartment Life During the Khrushchev Years*, Ithaca 2015.

**17** Vgl. Lewis H. Siegelbaum, *Cars for Comrades. The Life of the Soviet Automobile*, Ithaca 2008; Sergej Vladimirovič Žuravlev, *Avtovaz meždu prošlym i buduščim. Istorija Volžskogo avtomobil'nogo zavoda, 1966–2005*, Moskau 2006; Esther Meier, *Breschnews Boomtown. Alltag und Mobilisierung in der Stadt der LKWs*, Paderborn 2016; Natal'ja B. Lebina, *Passažiry kolbasnogo poezda. Etjudy i kartine byta rossijskogo goroda 1917–1991*, Moskau 2019.

**18** Vgl. James Millar, *The Little Deal. Brezhnev's Contribution to Acquisitive Socialism*, in: Terry L. Tompson/Richard Sheldon (Hrsg.), *Soviet Society and Culture. Essays in Honor of Vera S. Dunham*, Boulder 1988, S. 3–19; Natalya Chernyshova, *Soviet Consumer Culture in the Brezhnev Era*, Hoboken 2013; Boris Belge/Martin Deuerlein, *Goldenes Zeitalter der Stagnation? Perspektiven auf die sowjetische Ordnung der Breznev-Ära*, Tübingen 2014.

**19** Vgl. Galina Ivanova et al., *Entstalinisierung als Wohlfahrt. Sozialpolitik in der Sowjetunion 1953–1970*, Frankfurt/M.–New York 2015; Lukas Mücke, *Die allgemeine Altersrentenversicherung in der UdSSR, 1956–1972*, Stuttgart 2013.

**20** Vgl. Sergej Ivanovič Žuk, *Rock and Roll in the Rocket City. The West, Identity, and Ideology in Soviet Dnepropetrovsk, 1960–1985*, Washington, D.C.–Baltimore 2010; Kristin Roth-Ey, *Moscow Prime Time. How the Soviet Union Built the Media Empire That Lost the Cultural Cold War*, Ithaca–London 2014; Christine Elaine Evans, *Between Truth and Time. A History of Soviet Central Television*, New Haven 2016; Kirsten Bönker, *Television Beyond and Across the Iron Curtain*, Newcastle-upon-Tyne 2016.

**21** Vgl. Donald J. Raleigh (Hrsg.), *Russia's Sputnik Generation. Soviet Baby Boomers Talk About Their Lives*, Bloomington–Indianapolis 2006.

**22** Vgl. Alexei Yurchak, *Everything Was Forever, Until It Was No More. The Last Soviet Generation*, Princeton 2005.

Noch in den Anfängen steckt dagegen die Forschung über Bäuer\*innen, über deren Alltag und Lebensrealität nach 1953 wenig bekannt ist.<sup>23</sup> Erstaunlich ist auch, wie wenig bislang zu Chruschtschows Neulandkampagne publiziert wurde, mit der ab 1954 vor allem in Kasachstan unter entsprechender propagandistischer Begleitung ödes Land in ertragreiche Ackerflächen verwandelt wurden.<sup>24</sup> Nahezu unerforscht ist, dass Bäuer\*innen bis 1974 kein Anrecht auf einen Inlandspass hatten und damit offiziell ihre Dörfer nicht verlassen durften. Wie Breschnew es formulierte: „Der Sozialismus ist im Dorf noch nicht angekommen.“<sup>25</sup>

## NEUE WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Die UdSSR basierte auf einer technischen Utopie und kollabierte am Ende zusammen mit ihr. Zwar ebte die Ära der Großbaustellen mit Stalins Tod ab,<sup>26</sup> aber zumindest Breschnew versuchte ein letztes Mal, mit dem Bau der Baikal-Amur-Magistrale an den – vermeintlichen – Enthusiasmus der 1930er Jahre anzuknüpfen.<sup>27</sup> Auch wenn die Zeit der Großprojekte in die Stalin-Ära fiel, beginnt die Wirtschaftsgeschichte gerade für die 1960er bis 1980er Jahre zu florieren. Während Anna Krylova 2016 diagnostizierte, die Kulturge-

schichte sei schuld daran, dass Historiker\*innen die Wirtschaftsgeschichte aus dem Blick verloren hätten,<sup>28</sup> sehen andere eher eine Chance, beides zu fusionieren und eine Geschichte zu schreiben, die weniger Zahlen und Statistiken als vielmehr Wirtschaftsweisen und menschliches Handeln in den Vordergrund stellt. Bahnbrechend war die These von Oscar Sanchez-Sibony zur „roten Globalisierung“, nach der die UdSSR immer, auch unter Stalin, den Handel mit dem Westen gesucht habe und die Märkte immer verflochten waren.<sup>29</sup> In diesem Sinne sind zahlreiche Studien zu den Verhandlungen rund um den Export von „rotem“ Gas und Öl entstanden.<sup>30</sup> Sehr aufschlussreich ist auch eine Arbeit zu Moskaus „kapitalistischen Bänkern“, die im Westen lebten, um dort das Geld für die Handelsgeschäfte zu besorgen.<sup>31</sup>

Noch gibt es keine erschöpfende Studie zur staatlichen Planungsbehörde Gosplan, die nicht nur für die Fünfjahrespläne, sondern auch für die Ressourcenverteilung in der gesamten UdSSR verantwortlich zeichnete. Ihr Anspruch war, auf der Basis gesicherter Daten und Statistiken aus den Republiken und Regionen auf wissenschaftlicher Basis Produktions- und Wirtschaftspläne auszuarbeiten, die sowohl realistisch als auch bedarfsgerecht waren. Dass die Realität ganz anders aussah, war kein Geheimnis: Daten und Statistiken wurden gefälscht, Ressourcen wurden oft nur auf dem Papier, nicht aber in der Praxis zugeteilt, weshalb sich die Verantwortlichen das Benötigte über ihre eigenen Netzwerke beschafften; der Bedarf der Bevölkerung stand schließlich auf einem ganz anderen Blatt. Und so ist die Behörde Gosplan nicht nur eine Superbehörde, die kaum zu fassen ist; es besteht auch die Gefahr, beim Erforschen ihrer Institutionen die viel wesentlicheren Netzwerke und Praktiken zu übersehen. Diese Geschichte bleibt also vorerst ein Desiderat. Dass Wirtschaften in der UdSSR weder „wis-

**23** Vgl. Stéphane A. Dudoignon/Christian Noack (Hrsg.), *Allah's Kolkhozes. Migration, De-Stalinisation, Privatisation and the New Muslim Congregations in the Soviet Realm (1950s – 2000s)*, Berlin 2014; Katja Bruisch/Nikolaus Katzer, *Reconciling Failure and Success. Soviet Elites and the Collectivized Village*, Stuttgart 2017; Aaron Hale-Dorrell, *Corn Crusade. Khrushchev's Farming Revolution in the Post-Stalin Soviet Union*, New York 2019.

**24** Vgl. Michaela Pohl, *From White Grave to Tselinograd to Astana. The Virgin Lands Opening, Khrushchev's Forgotten First Reform*, in: Denis Kozlov/Eleonory Gilburd (Hrsg.), *The Thaw. Soviet Society and Culture During the 1950s and 1960s*, Toronto 2014, S. 269–307; Michaela Pohl, *Women and Girls in the Virgin Lands*, in: Melanie Ilić/Susan Emily Reid/Lynne Attwood (Hrsg.), *Women in the Khrushchev Era*, Houndmills 2005, S. 52–74.

**25** Zit. nach Schattenberg (Anm. 6), S. 358.

**26** Vgl. Klaus Gestwa, *Die Stalinschen Großbauten des Kommunismus. Sowjetische Technik- und Umweltgeschichte, 1948–1967*, München 2010; Julia Obertreis, *Imperial Desert Dreams. Cotton Growing and Irrigation in Central Asia, 1860–1991*, Göttingen 2017.

**27** Vgl. Christopher J. Ward, *Brezhnev's Folly. The Building of BAM and Late Soviet Socialism*, Pittsburgh 2009; Johannes Grützmaker, *Die Baikal-Amur-Magistrale. Vom stalinistischen Lager zum Mobilisierungsprojekt unter Breznev*, München 2012.

**28** Vgl. Anna Krylova, *Introduction. The Economic Turn and Modern Russian History*, in: *The Soviet and Post-Soviet Review* 2016, S. 265–270.

**29** Vgl. Oscar Sanchez-Sibony, *Red Globalization. The Political Economy of the Soviet Cold War from Stalin to Khrushchev*, Cambridge 2014.

**30** Vgl. Per Högselius, *Red Gas. Russia and the Origins of European Energy Dependence*, Basingstoke 2013; Jeronim Perović (Hrsg.), *Cold War Energy. A Transnational History of Soviet Oil and Gas*, Cham 2017.

**31** Vgl. Sophie Lambroschini, *The USSR's Capitalist Bankers. From Financial Cold Warriors to Russian State Bankers. The Genealogy of a Managerial Elite*, Nanterre 2018.

senschaftlich“ noch nach Plan lief noch bedarfsgerecht war, zeigt beispielsweise eine Studie von Alexandra Oberländer, wonach die Währungsreform 1961 dazu führte, dass in vielen Regionen der Rubel durch Hühnereier abgelöst wurde – die Läden akzeptierten als Zahlungsmittel nur noch Eier.<sup>32</sup>

## JENSEITS VON MOSKAU

Es war und ist ein Problem der Historiografie, dass sie sich stark auf die beiden Metropolen – neben Moskau St. Petersburg –, kaum aber auf die Republiken konzentriert. Während sich das für die Zeit des Stalinismus wesentlich gewandelt hat, ändert es sich für die Zeit nach 1953 erst langsam. Aber gerade in den vergangenen Jahren konzentriert sich die Forschung darauf, was Entstalinisierung und Sowjetisierung für die zentralasiatischen Republiken oder im Kaukasus bedeutete und wie „Sozialismus“ teilweise sehr erfolgreich in nationale Kategorien übersetzt wurde.<sup>33</sup> Dabei gerät auch das interethnische Zusammenleben in den Vordergrund: sei es der zentralasiatischen Arbeitsmigrant\*innen, die ihr Glück in den beiden Metropolen suchten, aber sich dort als Menschen zweiter Klasse wiederfanden,<sup>34</sup> seien es interethnische Ehen, die der Staat als Idealbild der Völkerfreundschaft propagierte, aber in der Praxis tief verwurzelte Vorurteile über ethnische Eigenschaften und Zugehörigkeiten offenbarten.<sup>35</sup>

Daneben geraten auch die transnationalen Beziehungen der Sowjetmenschen ins Visier. Dies ist der Einsicht geschuldet, dass die UdSSR nach Stalin keineswegs so abgeschottet lebte, wie der Westen oft glaubte. Wie Rosa Magnúsdóttir fest-

gestellt hat, war die Anziehungskraft, die die UdSSR vor dem Krieg auf den Westen ausgeübt hatte, verfliegen. Um dem Westen zu beweisen, dass sie immer noch ein unterstützenswertes Projekt war, bedurfte es lebender Beispiele – der „Bürger\*innen-Diplomatie“.<sup>36</sup> Das begann mit dem Import von Filmen, Romanen und Träumen,<sup>37</sup> setzte sich mit tatsächlichen Reisen ins In- und Ausland fort,<sup>38</sup> fand einen Höhepunkt mit dem Weltjugendtag in Moskau 1957, als erstmals auch kapitalistische junge Menschen eingeladen waren, die Sowjetunion zu bestaunen,<sup>39</sup> und mündete in mehreren Organisationen, die im Sinne des unter Chruschtschow neu entdeckten „Internationalismus“ dem Austausch mit dem Ausland und dabei natürlich der Propagierung des sowjetischen Fortschritts dienen sollten.<sup>40</sup> Als Mittler zwischen den Welten fungierten schließlich auch die in Moskau akkreditierten Auslands-korrespondenten.<sup>41</sup>

## KALTER KRIEG

Die Forschung zum Kalten Krieg ist und bleibt zentral.<sup>42</sup> Eine jüngere Erscheinung ist aber, dass

**32** Vgl. Alexandra Oberländer, *Hatching Money. The Political Economy of Eggs in the 1960s*, in: *Cahiers du Monde russe* 1–2/2020, S. 231–256.

**33** Vgl. Maïke Lehmann, *Eine sowjetische Nation. Nationale Sozialismusinterpretationen in Armenien seit 1945*, Frankfurt/M. 2012; Moritz Florin, *Kirgistan und die sowjetische Moderne. 1941–1991*, Göttingen 2014; Adrienne Lynn Edgar, *Nation-Making and National Conflict Under Communism*, in: Stephen Anthony Smith (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the History of Communism*, New York 2014, S. 522–538; Artemy Kalinovsky, *Laboratory of Socialist Development. Cold War Politics and Decolonization in Soviet Tajikistan*, Ithaca 2018.

**34** Vgl. Jeff Sahadeo, *Voices from the Soviet Edge. Southern Migrants in Leningrad and Moscow*, Ithaca 2019.

**35** Vgl. Adrienne Lynn Edgar/Benjamin Frommer (Hrsg.), *Inter-marriage from Central Europe to Central Asia. Mixed Families in the Age of Extremes*, Lincoln 2020.

**36** Vgl. Rósa Magnúsdóttir, *Enemy Number One. The United States of America in Soviet Ideology and Propaganda, 1945–1959*, New York 2019, S. 13.

**37** Vgl. Eleonory Gilburd, *To See Paris and Die. The Soviet Lives of Western Culture*, Cambridge, MA 2018.

**38** Vgl. Anne E. Gorsuch/Diane Koenker (Hrsg.), *Turizm. The Russian and East European Tourist Under Capitalism and Socialism*, Ithaca 2006.

**39** Vgl. Pia Koivunen, *The 1957 Moscow Youth Festival. Propagating a New, Peaceful Image of the Soviet Union*, in: *Soviet State and Society Under Nikita Khrushchev*, London 2011, S. 46–65; Margaret Peacock, *The Perils of Building Cold War Consensus at the 1957 Moscow World Festival of Youth and Students*, in: *Cold War History* 3/2012, S. 515–536.

**40** Vgl. Anne E. Gorsuch/Diane Koenker (Hrsg.), *The Socialist Sixties. Crossing Borders in the Second World*, Bloomington 2013; Tobias Rupprecht, *Soviet Internationalism After Stalin. Interaction and Exchange Between the USSR and Latin America During the Cold War*, Cambridge 2015; Christine Varga-Harris, *Between National Tradition and Western Modernization. Soviet Woman and Representations of Socialist Gender Equality as a „Third Way“ for Developing Countries, 1956–1964*, in: *Slavic Review* 3/2019, S. 758–781.

**41** Vgl. Julia Metger, *Studio Moskau. Westdeutsche Korrespondenten im Kalten Krieg*, Paderborn 2016; Melissa Feinberg, *Curtain of Lies. The Battle Over Truth in Stalinist Eastern Europe*, New York 2017.

**42** Vgl. Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg. 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters*, Bonn 2007; Artemy M. Kalinovsky/Craig Daigle (Hrsg.), *The Routledge Handbook of the Cold War*, London 2014.

er nicht mehr als rein politische Konfrontation und atomares Wettrüsten gilt, sondern als ein Phänomen, das sich in sämtlichen gesellschaftlichen Sphären niederschlug. Die beiden politischen Systeme wirkten wie zwei magnetische Pole, zwischen denen sich jedes Teilchen unwillkürlich ausrichten musste. Die Primaballerina des Bolschoi Theaters, die in New York Schwanensee tanzte, leistete genauso ihren Beitrag zum Systemwettbewerb wie Jurij Gagarin, als er 1961 ins All flog.<sup>43</sup> Neben den Studien zu den einschlägigen Krisen, Konflikten und Stellvertreterkriegen hat sich daher eine breite Forschung zu den kulturellen und gesellschaftlichen Auswirkungen des Kalten Krieges sowie zu seinen Erscheinungsformen jenseits der industrialisierten Welt entwickelt.

Es gilt als gesichert, dass Chruschtschow von einem gewaltigen Minderwertigkeitskomplex getrieben war und jede seiner außenpolitischen Handlungen auch darauf zielte, von den USA als gleichberechtigte Supermacht anerkannt zu werden. Breschnew hingegen war nach dem Einmarsch in Prag 1968 und der Verkündung der sogenannten Breschnew-Doktrin vom Westen als starker, ebenbürtiger Partner akzeptiert. Beide aber unternahmen Anstrengungen, ihren Weltmachtstatus dadurch zu unterstreichen, dass sie möglichst viele „Entwicklungsländer“ beziehungsweise Staaten im Globalen Süden zu ihren Partnern machten und diese mit ihrer Erfolgsstory vom Agrar- zum Industriestaat einerseits sowie mit Wirtschaftshilfen und Waffen andererseits umwarben.<sup>44</sup> Dabei hat die Forschung der vergangenen Jahre gezeigt, dass trotz des asymmetrischen Machtverhältnisses Moskau eher der Schwächere war: Der Drang, sich selbst als den USA ebenbürtige Supermacht zu profilieren war so groß, dass sich Chruschtschow und Breschnew regelrecht erpressen und zu Leistungen verpflichten ließen, die ihre Ressour-

cen überstiegen.<sup>45</sup> Aus diesen Beobachtungen der „imperialen Überdehnung“ speist sich auch die fortwährende Debatte, ob die Abrüstungsbemühungen Chruschtschows 1955 bis 1959, Breschnews 1969 bis 1975 und schließlich Michail Gorbatschows einem echten Wunsch nach Wandel entsprangen oder nur der wirtschaftlichen Zwangslage geschuldet waren.<sup>46</sup> Diese Frage lässt sich letztlich nur weltanschaulich beantworten: So lange nicht Dokumente auftauchen, in denen das Politbüro formuliert, dass es sich zu Abrüstungsbemühungen gezwungen sah, womit nicht zu rechnen ist, bleibt es eine philosophische Frage, ob man den Motor der Geschichte in der Wirtschaft oder im Weltbild eines Menschen lokalisiert, oder nicht ohnehin beides Hand in Hand geht. Während sich die Politikwissenschaftler\*innen mit der Frage befass(t)en, „wer“ schuld am Kalten Krieg war – die UdSSR wegen ihrer aggressiven Ideologie (traditionell), die USA, weil sie mit der Bombe die UdSSR in die Defensive trieben (revisionistisch), oder beide, weil sie Fehlwahrnehmungen und Missverständnissen unterlagen (postrevisionistisch) –, fragen Historiker\*innen gewöhnlich lieber danach, „wie“ etwas kam. Dabei werden zunehmend nicht nur kulturelle und diskursive Unterschiede als „harte Fakten“ eingestuft,<sup>47</sup> sondern auch Emotionen und Gefühlslagen als entscheidungsrelevant analysiert.<sup>48</sup> Die Biografen von Chruschtschow, Breschnew und Gorbatschow sind sich darin einig: Es war nicht die Wirtschaft, sondern der Wunsch, die Welt zu verändern, der ihre Protagonisten antrieb.

<sup>45</sup> Vgl. Ragna Boden, *Die Grenzen der Weltmacht. Sowjetische Indonesienpolitik von Stalin bis Breznev*, Stuttgart 2006; David C. Engerman, *The Second World's Third World*, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 1/2011, S. 183–211; Lorenz Lüthi, *Cold Wars. Asia, the Middle East, Europe*, Cambridge 2020.

<sup>46</sup> Vgl. Vladislav Martinovič Zubok, *A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev*, Chapel Hill 2007.

<sup>47</sup> Vgl. Susanne Schattenberg, *Diplomatie als interkulturelle Kommunikation*, in: *Zeithistorische Forschungen* 3/2011, S. 457–462.

<sup>48</sup> Vgl. Frank Costigliola, *Reading for Emotion*, in: ders./Michael J. Hogan (Hrsg.), *Explaining the History of American Foreign Relations*, New York 2016, S. 356–373; Donald J. Raleigh, „I Speak Frankly Because You Are My Friend“. Leonid Ilich Brezhnev's Personal Relationship with Richard M. Nixon, in: *The Soviet and Post-Soviet Review* 2018, S. 1–32; Barbara Keys, Henry Kissinger. *The Emotional Statesman. Bernath Lecture*, in: *Diplomatic History* 4/2011, S. 587–609.

<sup>43</sup> Vgl. David Cate, *The Dancer Defects. The Struggle for Cultural Supremacy During the Cold War*, Oxford 2008; Andrew L. Jenks, *The Cosmonaut Who Couldn't Stop Smiling. The Life and Legend of Yuri Gagarin*, DeKalb 2012.

<sup>44</sup> Vgl. Andreas Hilger (Hrsg.), *Die Sowjetunion und die Dritte Welt. UdSSR, Staatssozialismus und Antikolonialismus im Kalten Krieg, 1945–1991*, München 2009; ders., *Sowjetisch-indische Beziehungen 1941–1966. Imperiale Agenda und nationale Identität in der Ära von Dekolonisierung und Kaltem Krieg*, Göttingen 2018.

## KATASTROPHEN UND KRISE

Mit der Umweltgeschichte hat sich auch die Katastrophengeschichte etabliert.<sup>49</sup> Es waren zwei Katastrophen, die zwar unabhängig von Perestroika und Glasnost stattfanden, aber erst in diesem Rahmen ihre Sprengkraft entwickelten: Die Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl im April 1986 zerstörte die technische Utopie von der Beherrschbarkeit der Elemente, das Erdbeben in Armenien 1988 die Illusion vom Wohlfahrtsstaat. Auch wenn Kate Brown in ihrem sagenhaften Buch zeigen kann, dass, gemessen an westlichen Staaten, die UdSSR große Anstrengungen unternahm, um ihre Bevölkerung zu retten, und der Versuch, das Ausmaß der Katastrophe zu verschleiern, keineswegs sowjetischer Geheimniskrämerei entsprang, sondern im Interesse der weltweit agierenden Atomlobby geschah,<sup>50</sup> sprengte die Explosion nicht nur das Reaktordach, sondern auch Teile des Fundaments der UdSSR weg.<sup>51</sup> Auch das verheerende Erdbeben in Armenien im Dezember 1988 entwickelte seine politische Sprengkraft erst durch den bereits offen ausgebrochenen Konflikt um Bergkarabach einerseits und die neue Medienberichterstattung

im Zeichen von Glasnost andererseits.<sup>52</sup> Dennoch wirkten beide Katastrophen lediglich als Brandbeschleuniger, keineswegs als Ursachen für das Ende der UdSSR.

Die Frage, warum die UdSSR zusammenbrach, ist, wie angedeutet, inzwischen vor der ihrer erstaunlichen Funktionsfähigkeit verblasst und damit der Streit „Krise oder Selbstmord“ in den Hintergrund gerückt. Nach der ersten Ansicht hatte sich die UdSSR delegitimiert: Der Marxismus-Leninismus war zu einer Kulisse verkommen;<sup>53</sup> wirtschaftlich konnte sie mit den USA nicht Schritt halten, der Rüstungswettlauf hatte sie an den Rand des Ruins gebracht, und die aufflammenden Nationalitätenkonflikte taten ein Übriges, um dem maroden Koloss den Todesstoß zu versetzen.<sup>54</sup> Danach war der Zerfall des Vielvölkerreichs eine „nachholende Entwicklung“, die die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ beendete.<sup>55</sup> Zuweilen wird auch ein makrohistorischer Rahmen bemüht und die Geschichte Russlands in drei Modernisierungszyklen gepresst: Von Peter I. bis 1856 habe Russland militärisch aufgeholt, bis 1970 industriell, elektronisch habe es dann versagt.<sup>56</sup> Dem widersprechen so prominente Experten wie der Gorbatschow-Spezialist Archie Brown und Stephen Kotkin.<sup>57</sup> Beide vertreten pointiert die „Selbstmord-These“ und bestreiten die Krise: Die Wirtschaft lief schlecht, aber sie lief, der „militärisch-industrielle Komplex“ verschlang riesige Ressourcen, aber das traf auch auf die USA zu, und die Bevölkerung hatte sich in der Sowjetunion in bescheidenem Wohlstand eingerichtet. Erst der neue Generalsekretär habe so grundlegend an den Säulen des Regimes gerüttelt, dass er den Zusammenbruch *volens* herbeiführte. „Der Leninismus beging Selbstmord, und nichts trat an seine Stelle“,<sup>58</sup> so Kotkin. Die Historisierung der Perestroika-Zeit beginnt gerade erst und wird sicher nicht nur für ein komplexeres Bild dieser Jahre sorgen, sondern auch die Idee von historischen Zwangsläufigkeiten weiter in den Hintergrund drängen.

**49** Vgl. Nigel Raab, *All Shook Up. The Shifting Soviet Response to Catastrophes, 1917–1991*, Montreal u. a. 2017; Marc Elie/Klaus Gestwa, *Zwischen Risikogesellschaft und Katastrophenkulturen. Zur Einführung in die Katastrophengeschichte Osteuropas*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 2/2014, S. 161–179.

**50** Vgl. Kate Brown, *Manual for Survival. A Chernobyl Guide to the Future*, London 2019.

**51** Vgl. Melanie Arndt, *Tschernobylkinder. Die transnationale Geschichte einer nuklearen Katastrophe*, Göttingen 2020.

**52** Vgl. Katja Doose, *Tektonik der Perestroika. Das Erdbeben und die Neuordnung Armeniens, 1985–1998*, Wien–Köln–Weimar 2019.

**53** Vgl. Gerhard Simon, *Das Ende der Sowjetunion. Ursachen und Zusammenhänge*, in: *Zeitschrift für internationale Fragen* 1/1996, S. 9–21, hier S. 14.

**54** Vgl. Manfred Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates mit einem zusätzlichen Kapitel über das postsozialistische Russland 1991–2016*, München 2017<sup>2</sup>.

**55** Simon (Anm. 53), S. 9.

**56** Vgl. Francis Fukuyama, *The Modernizing Imperative. The USSR as an Ordinary Country*, in: *The National Interest* 1/1993, S. 19–25.

**57** Vgl. Archie Brown, *Seven Years that Changed the World. Perestroika in Perspective*, Oxford–New York 2007; Stephen Kotkin, *Armageddon Averted. The Soviet Collapse, 1970–2000*, Oxford u. a. 2008.

**58** Ebd., S. 188.

### SUSANNE SCHATTENBERG

ist Direktorin der Forschungsstelle Osteuropa und Professorin für Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas an der Universität Bremen.  
schattenberg@uni-bremen.de

# „WEHE DEM LAND DER VERBRECHER!“

## Die Sowjetunion im Kampf gegen Hitler-Deutschland

*Jochen Hellbeck*

Im August 1944, als sowjetische Truppen auf die deutsche Ostgrenze vorrückten, veröffentlichte die Zeitung der Roten Armee einen Artikel von Ilja Ehrenburg, dem tonangebenden sowjetischen Autor der Kriegsjahre. Darin erinnerte Ehrenburg seine Leser an den höheren Sinn des Krieges, den sie führten: „Unser Marsch nach Deutschland folgt auf drei finstere Jahre, folgt auf die Ukraine, Weißrussland, die Asche unserer Städte, das Blut unserer Kinder. Wehe dem Land der Mörder! An der deutschen Grenze stehen nicht nur unsere Truppen. Die Schatten der Opfer stehen dort. Wer pocht an Preußens Tore? Die Toten, Ermordeten, im Gas Ersticken, im Feuer Umgekommenen, die Alten von Trostinez, die Kinder von Babi Jar, die Märtyrer von Slawuta, der Staub und die Asche aus den Öfen, in denen die Deutschen Millionen wehrloser Menschen verbrannt haben. (...) Wohin ziehen diese Schatten? Nach Königsberg, nach Berlin. Und die Lebenden folgen den Toten. Nichts hält uns jetzt noch auf: Kummer und Zorn rauben uns den Schlaf. Wehe dem Land der Verbrecher! Wehe Deutschland!“<sup>01</sup>

In Darstellungen des Zweiten Weltkrieges figuriert Ehrenburg oft als glühender Propagandist, dessen Aufrufe an die Soldaten der Roten Armee, Deutsche zu töten, die exzessive Gewalt des deutsch-sowjetischen Krieges anheizten.<sup>02</sup> Dabei sind andere wichtige Aspekte unbeachtet geblieben: Ehrenburgs Texte lieferten detaillierte Informationen über die NS-Gräueltaten im Osten und vermittelten eine moralische Haltung, aus der heraus seine Leser – Frontsoldaten wie zivile Arbeiter in der Kriegswirtschaft – den deutschen Invasoren entgegentreten und sie besiegen sollten. Die furchtbaren deutschen Morde auf sowjetischem Boden sollten nicht vergessen werden: Ehrenburgs Leitartikel hielten die Erinnerung an sie im Gewissen der sowjetischen Überlebenden wach. Die moralische Empörung über die Gewalttaten der deutschen Besatzer, so glaubte er,

würde die Soldaten der Roten Armee zum Sieg führen und den Weg zur Vergeltung bahnen. Diese Überzeugung durchzog alles, was Ehrenburg seit den ersten Tagen der deutschen Invasion geschrieben hatte. Sein Artikel vom August 1944 war ein Ausschnitt aus einer jahrelangen Informations-, Agitations- und Aufklärungskampagne über den deutschen Krieg im Osten, der auf der völligen Missachtung der moralischen Grundsätze des Humanismus beruhte.

Millionen Menschen wurden Augenzeugen deutscher Gräueltaten auf sowjetischem Boden oder erfuhren von ihnen – aus Ehrenburgs Artikeln, politischen Seminaren in der Roten Armee oder Briefen von Familienangehörigen, die die deutsche Besatzung erlebt hatten. Sowjetische Kommentatoren verwiesen auf den Charakter der deutschen Gewaltakte, um die eigenen Kriegsanstrengungen moralisch zu rechtfertigen: Die „sowjetische Menschheit“ war aufgerufen, die „faschistische Barbarei“ um jeden Preis zu bekämpfen. Dieses – mit detaillierten Informationen über deutsche Gewaltverbrechen unterfütterte – Narrativ trug entscheidend dazu bei, sowjetische Bürger zum Kampf gegen NS-Deutschland zu mobilisieren. Viele sahen dadurch auch das stalinistische System entlastet, das selbst ein ungeheures Ausmaß an politischer Gewalt zu verantworten hatte.

Das sowjetisch geprägte moralische Vokabular des Antifaschismus beeinflusste während des Krieges zunehmend auch im Westen die Einstellung gegenüber NS-Deutschland. Weltweit kursierten Zeitungsberichte oder Filme, die das Leid in der Sowjetunion dokumentierten und in der Bevölkerung eine Welle der Sympathie mit dem Land auslösten. So konnte auch ein normativer Topos mit dezidiert kommunistischem Charakter – der leidenschaftliche Kampf gegen die Bedrohung der Menschheit durch die deutschen Faschisten – im Westen Fuß fasste. Historiker weisen darauf hin, dass die Anti-Hitler-Allianz



von einem tiefen Gefühl der moralischen Überlegenheit gegenüber NS-Deutschland zusammengehalten wurde, was letztlich eine Voraussetzung für den Sieg der Alliierten 1945 war. Diese wichtige Erkenntnis wird jedoch durch die vorgefasste Überzeugung getrübt, die Moral sei im Westen beheimatet gewesen und dort definiert worden.<sup>03</sup> Diese Sicht stelle ich infrage und skizziere, wie sowjetische Schriftsteller, Journalisten, Filmemacher und viele weitere Zeugen deutscher Gewaltverbrechen eine aktivistische und universale Antwort auf den Nationalsozialismus formulierten, die auch für westliche Beobachter einen moralischen Maßstab setzte. Auch wenn Stalin nach dem Krieg universalen Idealen abschwor, ändert das nichts an ihrer Bedeutung und Verbreitung während der Kriegsjahre und der entscheidenden Rolle, die die Sowjetunion – materiell wie konzeptionell – beim Sieg über NS-Deutschland innehatte.<sup>04</sup>

## EINE NEUE DIMENSION DER GEWALT

Der Polenfeldzug mit seiner ungeheuren Zahl an Todesopfern erwies sich im Nachhinein nur als Auftakt zum deutschen Krieg gegen die So-

wjetunion, in dessen Verlauf die NS-Gewalt im Zweiten Weltkrieg völlig neue Dimensionen und Formen annehmen sollte. Beim Einmarsch in Polen wandten sich zumindest einige deutsche Heerführer gegen den SS-Terror, weil sie sich an die Konventionen des Völkerrechts gebunden sahen.<sup>05</sup> Das „Unternehmen Barbarossa“ war hingegen von vornherein darauf angelegt, jeden einzelnen deutschen Soldaten zum bewussten Akteur des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges zu machen. Dieser Feldzug unterschied sich in Hitlers Augen von allen anderen, weil er gegen den Todfeind des Nationalsozialismus geführt wurde – den „jüdischen Bolschewismus“. Mit den im Frühjahr 1941 erlassenen Militärbefehlen wurde verfügt, dass eine Armee von mehreren Millionen Wehrpflichtigen ihr Gewissen den Gesetzen der nationalsozialistischen Rassenideologie unterzuordnen hatte. Um sich gegen den „kriminellen“, „grausamen“ und „barbarischen“ sowjetischen Feind zu behaupten, wurden deutsche Soldaten angewiesen, über die Grundsätze der Menschlichkeit und des Völkerrechts hinwegzugehen.<sup>06</sup> Noch ein Jahr zuvor hatte Heinrich Himmler, Reichsführer SS, die Nationalsozialisten als „zivilisierte Europäer“ hingestellt, die sich von den „Bolschewisten“ grundlegend unterschieden. Als er Hitler den Plan präsentierte, die polnischen Juden nach Madagaskar zu deportieren, sagte er, das Vorhaben sei „grausam und tragisch“ für die Betroffenen, aber, „wenn man die bolschewistische Methode der physischen Ausrottung eines Volkes aus innerer Überzeugung als ungermanisch und unmöglich ablehnt, doch die mildeste und beste Lösung“.<sup>07</sup> Jetzt, angesichts der Konfrontation mit Millionen angeblich mehr tierischer als menschlicher „Bolschewisten“, sollten die deutschen Soldaten selbst so grausam und skrupellos vorgehen, wie die NS-Führung es dem Feind zuschrieb.

Über die Anweisung hinaus, sowjetische Kommissare abzusondern und zu exekutieren, hatten die Nationalsozialisten nur undeutliche

**01** Il'ja Ehrenburg, *Gore im!*, in: *Krasnaja zvezda*, 19.8.1944, S. 4. (Maly) Trostinez war ein NS-Vernichtungslager bei Minsk. Slawuta ist eine Stadt in der Westukraine, deren große jüdische Gemeinde im Zweiten Weltkrieg von den Deutschen ausgelöscht wurde. Ehrenburg nannte bewusst Mordstätten aus verschiedenen Unionsrepubliken, um zu betonen, dass die gesamte Sowjetunion von dem Leid betroffen war und den Auftrag zum Kampf erteilte.

**02** Siehe etwa Karel C. Berkhoff, *Motherland in Danger: Soviet Propaganda During World War II*, Cambridge, MA 2012, S. 182ff.; Antony Beevor, *The Fall of Berlin*, New York 2002, S. 25 ff.; Peter Jahn (Hrsg.), *Ilja Ehrenburg und die Deutschen*, Berlin 1997.

**03** So schreibt etwa Richard Overy, die „moralische Koalition“ der Alliierten habe „nur soweit funktionieren können, wie der Westen das dunkle Image seines [sowjetischen] Verbündeten verdrängen oder zumindest aufhellen konnte“. Richard Overy, *Why the Allies Won*, New York 1995, S. 296.

**04** Vgl. zum deutsch-sowjetischen Krieg u. a. Wassili Grossman, *Stalingrad*, Berlin 2021 (i. E.) [1952]; Jochen Hellbeck, *Die Stalingrad-Protokolle. Sowjetische Augenzeugen berichten aus der Schlacht*, Frankfurt/M. 2012; Wladimir Gelfand, *Deutschland-Tagebuch 1945–1946: Aufzeichnungen eines Rotarmisten*, Berlin 2008; Christian Hartmann, *Unternehmen Barbarossa. Der deutsche Krieg im Osten*, München 2013; Dieter Pohl, *Die Herrschaft der Wehrmacht: Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944*, Frankfurt/M. 2011.

**05** Vgl. Christopher Browning, *The Origins of the Final Solution*, London 2004, S. 15 ff.

**06** Gerd Ueberschär/Wolfram Wette (Hrsg.), *„Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, 1941: Berichte, Analysen, Dokumente*, Frankfurt/M. 1991, S. 302f., S. 319 ff.

**07** Zit. nach Peter Longerich, *Holocaust: The Nazi Persecution and Murder of the Jews*, Oxford 2010, S. 162.

Vorstellungen vom Wesen des jüdisch-bolschewistischen Feindes. Sie wurden von den deutschen Sondereinheiten auf breiter Front mörderisch in die Tat umgesetzt. Wenn die Soldaten ein sowjetisches Haus betraten, stellten sie den verängstigten Bewohnern als erstes die Frage: „Jude, Kommunist?“ Wer zu einer dieser Gruppen gehörte, wurde abgeführt und hingerichtet. Interne Berichte der Einsatzgruppen zeigen, dass beide Begriffe ineinander verschwammen: Die gleichen erschossenen Personen wurden einmal als „Kommunisten“, dann wieder als „jüdische Kommunisten“ oder „Juden und andere kommunistische Elemente“ eingestuft. Die weit verbreitete Ansicht, Juden und Bolschewisten seien austauschbar oder Juden seien zumindest so hartnäckige Unterstützer des bolschewistischen Systems, dass „grundsätzlich jeder Jude“ als Partisan gelten müsse (wie Himmler seinen Einsatzgruppen in Białystok einschärfte), veranlasste die SS schließlich im August 1941, komplette jüdische Siedlungen zu vernichten, einschließlich der Frauen, Kinder und Alten.<sup>08</sup> Die Massenmorde an sowjetischen Juden begannen somit als Teil des ideologischen Kampfes, den der Nationalsozialismus gegen die Repräsentanten des „jüdischen Bolschewismus“ führte – eines Feindes, den die Nazis als primitiv und terroristisch darstellten.

Mit fast dem gleichen Vernichtungseifer, den sie gegenüber Juden zeigten, töteten die Deutschen auch sowjetische Kriegsgefangene. Ihre systematische Auslöschung war ein integraler Bestandteil der NS-Strategie gegenüber der Sowjetunion. Dabei spielte nicht nur das Motiv eine Rolle, durch den Hungertod Millionen „unnützer Esser“ loszuwerden. Sowjetische Kriegsgefangene galten (auch nach der bereits erfolgten Absonderung und Exekution der Kommissare) weithin als „Bolschewisten“ – mit allen Konsequenzen, die diese Bezeichnung mit sich brachte. Die deutschen Militärposten waren ausdrücklich angewiesen, den Waffengebrauch an gefangenen Rotarmisten mit „besonderer Schärfe“ zu üben.<sup>9</sup> Als die SS daran ging, im KZ Sachsenhausen Gaswagen und in Auschwitz Gaskammern in Betrieb

zu nehmen, führte sie die ersten tödlichen Experimente an sowjetischen Kriegsgefangenen durch. Ende Januar 1942 waren fast 60 Prozent der bis dahin insgesamt 3,35 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen umgekommen.<sup>10</sup>

Um deutsche Soldaten zu Akteuren des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs zu machen, bedurfte es über die Barbarossa-Befehle vom Frühjahr 1941 hinaus der ständigen Indoktrinierung. Sie erfolgte über Operationsbefehle wie die Weisung, die Feldmarschall Walter von Reichenau am 10. Oktober 1941 an die in der Ukraine stationierten Soldaten der 6. Armee erließ. Reichenau erinnerte die deutschen Soldaten „im Osten“ an ihren politischen Auftrag, „das deutsche Volk von der asiatisch-jüdischen Gefahr ein für allemal zu befreien“. Sein Befehl forderte ausdrücklich die Vernichtung von feindlichen männlichen Soldaten, weiblichen Soldaten („entartete Weiber“) und mutmaßlichen Partisanen als Täter von „artfremder Heimtücke und Grausamkeit“.<sup>11</sup>

## DOKUMENTATION DER GRÄUELSTATEN

Drei Monate, nachdem Reichenau diesen Befehl erteilt hatte, präsentierte die „Prawda“ ihn ihren Lesern und nannte ihn „so monströs und zynisch, dass alle Sowjetmenschen und die gesamte zivilisierte Welt davon wissen müssen“.<sup>12</sup> Im Mai 1942 veröffentlichte die „Prawda“ Auszüge aus Hermann Görings „Grüner Mappe“, einem politischen Richtlinienwerk, mit dem angeordnet wurde, die eroberte Sowjetunion unter alleiniger Rücksicht auf die Bedürfnisse NS-Deutschlands wirtschaftlich vollkommen auszubeuten.<sup>13</sup> Schon im November 1941 hatte Stalin in einer Ansprache vor Moskauer Funktionären auf dem Schlachtfeld aufgefundene deutsche Militärbefehle zitiert, um das Wesen des „Hitlerismus“

<sup>08</sup> Vgl. Klaus-Michael Mallmann et al. (Hrsg.), Die „Ereignismeldungen UdSSR“ 1941. Dokumente der Einsatzgruppen in der Sowjetunion, Darmstadt 2011, Ereignismeldungen 19, 27, 32, 60, 108, 124; Longerich (Anm. 7), S. 198.

<sup>9</sup> Ebd., S. 224.

<sup>10</sup> Vgl. Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Bonn 1991; Mark Mazower, Hitler's Empire. How the Nazis Ruled Europe, New York 2008, S. 160 ff.

<sup>11</sup> Einige dieser Wehrmachtsbefehle sind dokumentiert in Ueberschär/Wette (Anm. 6), S. 339 ff.

<sup>12</sup> Prawda, 15. 1. 1942; dokumentiert in: Zverstva, grabeži i nasilija nemecko-fašistskich zachvažikov, Leningrad 1942, S. 112 ff. Deutsches Original: [www.ns-archiv.de/krieg/untermenschen/reichenau-befehl.php#begleit](http://www.ns-archiv.de/krieg/untermenschen/reichenau-befehl.php#begleit).

<sup>13</sup> Prawda, 4./7.5. 1942, dokumentiert in: Zverstva, grabeži (Anm. 12), S. 115 ff.

und „Faschismus“ zu charakterisieren (beide Begriffe waren bei ihm gleichbedeutend). Er zitierte zudem aus Hermann Rauschnings kurz zuvor erschienenem Buch „Gespräche mit Hitler“: „Hitler sagt: Ich befreie den Menschen von den erniedrigenden Selbstpeinigungen einer Gewissen und Moral genannten Chimäre. Das Gewissen und die Bildung verkrüppeln den Menschen. Mein Vorteil ist, dass ich mich durch keinerlei theoretische oder moralische Bedenken hemmen lasse.“<sup>14</sup> Die sowjetische Führung veröffentlichte deutsche Dokumente, zu denen sie Zugang erlangte – insbesondere die Barbarossa-Befehle –, um die sowjetischen Kriegsanstrengungen als moralischen Feldzug gegen einen verkommenen Eindringling zu kennzeichnen. Ehrenburg hatte das von Anbeginn des Krieges getan. Er gehörte auch zu den ersten sowjetischen Beobachtern, die die Aufmerksamkeit auf die NS-Morde an Juden in den westlichen Teilen der Sowjetunion lenkten. Am 25. August 1941 war seine Anklage in der „Pravda“ zu lesen: „Sie töten Kinder vor den Augen ihrer Mütter. Sie zwingen halb tote alte Männer, Possen zu reißen. Sie vergewaltigen Mädchen. Sie metzeln, foltern, verbrennen. Die Namen Belostok, Minsk, Berditschew und Winniza werden von bleibendem Schrecken zeugen.“ Ehrenburgs Text schloss mit den Worten: „Die ganze Menschheit führt jetzt Krieg gegen Deutschland – nicht um Territorialgewinne, sondern um das Recht zu atmen.“<sup>15</sup>

In den ersten Monaten nach dem Einmarsch waren auf sowjetischer Seite nur vereinzelte Berichte über deutsche Gräueltaten gegen Zivilisten bekannt. Im November 1941 berichteten die Medien über die Erschießung von etwa 52 000 Kiewer Juden – Männer, Frauen und Kinder – in der Schlucht von Babi Jar/Babyn Jar (russ./ukr.).<sup>16</sup> Nachdem die Rote Armee die Deutschen aus der Umgebung von Moskau und Südrussland zu-

rückgedrängt hatte, wurde das Bild des Grauens durch neue Details ergänzt. Eine Moskauer Historikerkommission befragte Überlebende und Zeugen der deutschen Besatzung, zunächst in den befreiten Gebieten bei Moskau.<sup>17</sup> Zudem wurden Vorbereitungen für die Einrichtung einer Außerordentlichen Staatlichen Kommission (TschGK) getroffen, die die deutschen Verbrechen mit Blick auf Prozesse und Reparationsforderungen nach Kriegsende systematisch erfassen sollte. Sie nahm ihre Arbeit im November 1942 auf.<sup>18</sup> Eine flächendeckende Dokumentation deutscher Gräueltaten auf sowjetischem Boden durch diese Kommission setzte jedoch erst mit dem anhaltenden Befreiungsfeldzug nach dem sowjetischen Sieg bei Stalingrad ein.

Seit Anfang 1942 veröffentlichte die Politische Verwaltung der Roten Armee Broschüren, in denen die Gewaltverbrechen der „deutschen faschistischen Invasoren“ detailliert dargelegt wurden. Im Frühjahr 1943 fand ein neuer Ausdruck Eingang in diese Broschüren: die „Massenvernichtung der sowjetischen Zivilbevölkerung“. Die Autoren hoben hervor, dass die Deutschen die „physische Ausrottung planmäßig und in großem Maßstab“ betrieben.<sup>19</sup> Die Aufdeckung von Verbrechen beispiellosen Ausmaßes und Charakters erschütterte die sowjetischen Beobachter. Im Juli 1943 tauchten in Krasnodar beim Prozess gegen elf Sowjetbürger, die sich an NS-Gräueltaten gegen sowjetische Zivilisten und Kriegsgefangene beteiligt hatten, neue Belege zu den von den Deutschen angewandten Tötungsmethoden auf – insbesondere zum Einsatz von Gaswagen. Mark Trojanowski, ein Kameramann

**14** I. V. Stalin, *Sočinenija*. Bd. 15, Moskau 1997. Nach heutigem Forschungsstand hat Rauschning seine „Gespräche mit Hitler“ zumindest teilweise erfunden. Während des Krieges galt das Buch jedoch außerhalb Deutschlands als tatsachengetreuer Bericht.

**15** Il'ja Ėrenburg, 24 Avgusta 1941 goda, in: *Pravda*, 25. 8. 1941.

**16** Vgl. Mordechai Altshuler, *The Holocaust in the Soviet Mass Media During the War and in the First Postwar Years Re-examined*, in: *Yad Vashem Studies* 2/2011, S. 121 ff. Nach Aufzeichnungen der Einsatzgruppen wurden am 29. und 30. September 1941 33 771 Juden in Babi Jar/Babyn Jar getötet.

**17** Diese Kommission zur Geschichte des „Großen Vaterländischen Krieges“ führte im Verlauf des Krieges Hunderte von Gesprächen mit sowjetischen Überlebenden und Zeugen des deutschen Besatzungsregimes. Siehe Jochen Hellbeck, *The Antifascist Pact. Forging a First Experience of Nazi Occupation in the Wartime Soviet Union*, in: *Slavonic and East European Review* 1/2018, S. 117 ff.

**18** Vgl. Nathalie Moine, *La commission d'enquête soviétique sur les crimes de guerre nazis*, in: *Le Mouvement Social* 1/2008, S. 81–109, hier S. 83f. Nach eigenen Berechnungen der Kommission beteiligten sich rund 32 000 Repräsentanten des öffentlichen Lebens, vorwiegend Mitglieder der Kommunistischen Partei, an der Untersuchung von NS-Kriegsverbrechen, und über sieben Millionen Sowjetbürger sammelten und erstellten direkt Dokumente für die Kommission. Vgl. Natal'ja S. Lebedeva, *Podgotovka Njurnbergskogo processa*, Moskau 1975, S. 26 ff.

**19** *Zverstva nemecko-fašistskich zachvačikov. Dokumenty*. Vypusk 7 (N. p. 1943), S. 3.

und Filmregisseur, der bei der Verhandlung ein offizielles Kamerateam leitete, schrieb seiner Mutter aus Krasnodar: „Du wirst den Prozessverlauf aus der Zeitung kennen. Aber ich muss Dir sagen, dass es mir die Kehle zuschnürte, als ich die Erzählungen hörte – den Bericht des Arztes Dr. Kaselski darüber, wie die Deutschen seine kranken Patienten töteten, den Bericht der Erzieherin Inosemzewa über die Vernichtung der Kinder und andere. Von der Aussage des Zeugen Iwan Iwanowitsch Kotow konnten wir keine Tonaufnahme machen. Er leidet nach einer Kohlenmonoxidvergiftung an Kehlkopflähmung. Der Mensch ist sozusagen aus dem Jenseits zurückgekehrt. Er hat als einziger wie durch ein Wunder den Gaswagen überlebt.“<sup>20</sup>

Neben den Kriegsverbrecherprozessen in Krasnodar und andernorts gab es zahlreiche weitere Anlässe, bei denen die Bürger der Sowjetunion über die „deutsch-faschistischen Gräueltaten“ ins Bild gesetzt und aufgeklärt wurden. In befreiten Städten und Dörfern beriefen Politoffiziere der Roten Armee die Soldaten zu Versammlungen bei freiliegenden Leichen von Opfern oder in der Nähe ehemaliger Gestapo-Gefängnisse ein. Überlebende aus der Gegend, die selbst Zeugen von NS-Gräueln geworden waren, berichteten, Agitatoren hielten Vorträge über die Schreckenstaten der Deutschen. Auf dem Höhepunkt dieser „Rachekundgebungen“ gelobten die versammelten Soldaten feierlich, den Feind mit doppeltem Einsatz zu bekämpfen. Der Anblick deutscher Massaker an Zivilisten übte auf die anwesenden Soldaten eine enorme Mobilisierungskraft aus. Er rüttelte sogar Rekruten auf, die Stalin ablehnend gegenüberstanden oder mangelnde Kampfbereitschaft gezeigt hatten. Angesichts solcher Gräueltaten wurde der moralische Sinn des Kriegs noch einmal gesteigert: „Da mit jedem Tag der Besatzung mehr Frauen vergewaltigt, mehr Städte zerstört und mehr Mitbürger gedemütigt und ermordet wurden“, fühlten sich die Soldaten verpflichtet, schnell nach Westen vorzurücken, um Leben zu retten.<sup>21</sup>

In befreiten Städten beriefen sowjetische Amtsträger als eine der ersten Maßnahmen die

gesamte örtliche Bevölkerung zu politischen Treffen ein. Sie sollten den Gegensatz von faschistischer Unmenschlichkeit und sowjetischer Menschlichkeit bekräftigen – ein zentrales Motiv im fortdauernden ideologischen Kampf der Sowjetunion gegen den Faschismus. Ein Funktionär aus Melitopol, der im Februar 1944 von der Moskauer Historikerkommission befragt wurde, beschrieb die aufwühlende Wirkung einer öffentlichen Versammlung, die er wenige Tage nach der Befreiung der Stadt im September 1943 einberufen hatte. Nach seiner Eröffnungsrede sprachen mehrere Priester und Offiziere der Roten Armee. Die letzten Redner waren vier Partisanen – „zwei [Partei-]Genossen und zwei Mädchen aus Melitopol, die hierhergekommen sind, die Stadt verteidigt haben, ihre Familien sind erschossen worden. Das war ein einziges Geflenne, keine Versammlung. So ein Grauen, du stehst einfach nur starr vor Schreck.“<sup>22</sup>

Solche Treffen fanden überall in den befreiten Gebieten statt, auch in den baltischen Republiken und den westlichen Regionen der Ukraine und Weißrusslands, die die Sowjetunion im Zuge des Hitler-Stalin-Pakts annektiert hatte. Hier war die Erinnerung an die sowjetische Besatzung und Gewalt in der Anfangsphase des Zweiten Weltkriegs noch frisch. Umso wichtiger war es, die von der Sowjetunion beanspruchte „Befreierrolle“ durch Berichte von Überlebenden des NS-Terrors zu untermauern. Dass die Deutschen während ihrer Herrschaft über sowjetische Gebiete nie ähnliche Maßnahmen erwogen haben, ist bezeichnend – solche Appelle waren mit ihrem Kolonialisierungsprojekt nicht vereinbar. Wie der Reichenau-Befehl zeigt, sollten sowjetische Zivilisten nicht als Bürger angesprochen, sondern durch Furcht vor deutschen Repressalien gefügig gemacht werden.

Sowjetische Fotografen und Filmteams trugen entscheidend dazu bei, die Beweise für die Gräueltaten in die moralische Erzählung vom Kampf des sowjetischen Humanismus gegen die faschistische Unmenschlichkeit einzubinden und diese Geschichte einem breiten Publikum zu vermitteln. Die Kamerateams, die den Vormarsch der Roten Armee nach Westen im Bild festhielten, erhielten die ausdrückliche Anweisung: „Filmen Sie die bestialischen Taten und Verheerungen

<sup>20</sup> Zit. nach Valerij Fomin (Hrsg.), *Kino na vojne. Dokumenty i fakty*, Moskau 2005, S. 208f.

<sup>21</sup> Vgl. Brandon Schechter, *The Stuff of Soldiers: A History of the Red Army in World War II Through Objects*, Ithaca 2019, S. 115.

<sup>22</sup> Naučnyj archiv Instituta Rossijskoj istorii Rossijskoj Akademii Nauk, f. 2, razd. VI, op. 11, d. 2, l. 3.

der Deutschen, auch die furchtbarsten und belastendsten, ohne jegliche ästhetischen Rücksichten. Die Kameralente sollten sich beim Drehen dieses Materials einzig von der Pflicht leiten lassen, die Niedertracht und die brutalen Verbrechen festzuhalten, die die Deutschen auf unserem Boden verübt haben und für die sie eines Tages werden zahlen müssen.“<sup>23</sup>

Dieses Filmmaterial wurde unter anderem in Alexander Dowschenkos bekanntem Dokumentarfilm „Der Kampf um unsere Sowjet-Ukraine“ verwendet, den der Regisseur ursprünglich „Brennende Ukraine“ genannt hatte. Im Mittelpunkt des Films steht das unaussprechliche Leid, das die Ukraine und ihre Bewohner durch die Deutschen erfahren haben. Während die Kamera über ein geöffnetes Massengrab in Charkow mit den sterblichen Überresten von 14000 Opfern des NS-Terrors schwenkt, stimmt ein Sprecher einen feierlichen Appell an: „Schaut her, ihr Lebenden! Wendet euch nicht ab von unseren furchtbaren Gruben. Wir können nicht mehr vergessen oder verschwiegen werden. Wir sind viele. Wir sind eine gewaltige Schar in der Ukraine. Vergesst uns nicht. Nehmt Rache an Deutschland für unsere Qualen.“<sup>24</sup>

## REZEPTION IM WESTEN

Der Ruf des Sprechers in Dowschenkos Film erreichte Zuschauer auf der ganzen Welt. Während des Krieges wurden sowjetische Dokumentarfilme über die NS-Gewalt in alliierten Ländern gezeigt und machten dort tiefen Eindruck. Der Film „Moscow Strikes Back“ über den ersten Befreiungsfeldzug im Dezember 1941 und Januar 1942 kam im August 1942 in die US-Kinos und gewann 1943 einen Oscar. Der Film zeichne im Wesentlichen ein „Bild der brutalen Kriegsverheerungen, der monströsen Schändung der Menschheit, die die Nazis weltweit entfesselt haben“, schrieb ein Kritiker der „New York Times“. „Wer ihn sieht, wird unweigerlich tiefe, unversöhnliche Empörung verspüren.“ Ein an-

derer Rezensent hielt fest: „Man möchte aus dem Kinossessel aufspringen und sich den Kämpfern auf der Leinwand anschließen, um die Entartung und sinnlose Grausamkeit des Nationalsozialismus ein für alle Mal vom Antlitz der Erde zu tilgen.“<sup>25</sup> Noch stärker als in den USA, wo das öffentliche Interesse zumindest bis zur Landung in der Normandie vor allem dem Pazifikkrieg galt, identifizierte sich die Bevölkerung in Großbritannien mit dem sowjetischen Krieg gegen Deutschland.

Die britische und die US-Regierung förderten die Sympathie der Bevölkerung für den sowjetischen Verbündeten, indem sie Hinweise auf den gewalttätigen Charakter des stalinistischen Staates relativierten oder ihnen sogar aktiv entgegentraten. So gab das britische Informationsministerium ein Handbuch mit dem Titel „Arguments to Counter the Ideological Fear of Bolshevism“ heraus, in dem Journalisten nahegelegt wurde, Begriffe wie „Roter Terror“ als Hirngespinnste der Nationalsozialisten zu betrachten.<sup>26</sup> Die US-Regierung unter Franklin D. Roosevelt gab bei dem Regisseur Frank Capra propagandistische Filme in Auftrag, die die Sowjetunion in ausschließlich positivem Licht zeigten. Der als Dokudrama angelegte Spielfilm „Mission to Moscow“ von 1943 ging so weit, prominente sowjetische Kommunisten, die im Zuge der Stalinschen Säuberungen hingerichtet worden waren, als deutsche und japanische Agenten hinzustellen.

Gleichzeitig blieben die westlichen Regierungen argwöhnisch gegenüber propagandistischen Bestrebungen, besonders wenn es um Gräueltaten ging. Bereits 1940 waren Berichte, die polnische und jüdische Aktivisten zu deutschen Verbrechen in Umlauf gebracht hatten, bei US-Regierungsvertretern auf Skepsis gestoßen. Sie befürchteten, wie schon während des Ersten Weltkrieges, durch Propaganda erneut in den Krieg hineingezogen zu werden.<sup>27</sup> Britische Zensoren ließen aus dem Film „Moscow Strikes Back“ Szenen mit ermordeten sowjetischen Zivilisten herauschneiden. Sie beriefen sich darauf, dass die Bilder die Bevölkerung psychisch verstören könnten. Dabei waren in bri-

**23** Zit. nach Valentin Petrovic Michailov/Valerij Fomin (Hrsg.), *Cena kadra. Každyj vtoroj – ranen, každyj četvertyj – ubit. Sovetskaja frontovaja kinohronika 1941–1945*, Moskau 2010, S. 378.

**24** Ju. Lukin, *Bitva za našu Sovetskuju Ukrainu*, in: *Krasnaja zvezda*, Oktober 1943.

**25** Zit. nach Michailov/Fomin (Anm. 23), S. 1009f.

**26** Vgl. Overy (Anm. 3), S. 297.

**27** Vgl. Michail Kalatosow an I. G. Bolschakow, 1. 11. 1943, in: Fomin (Anm. 20), S. 597; Janina Struk, *Photographing the Holocaust*, London–New York 2004, S. 29.

tischen Kriegsfilmern immer wieder Bilder von toten Frauen und Kindern zu sehen, die Opfer des „Blitzkrieges“ geworden waren. Sowjetische Beobachter vermuteten deshalb als eigentlichen Grund ein Misstrauen der Briten gegenüber dem sowjetischen Dokumentarmaterial.<sup>28</sup>

Im April 1943 versuchte die deutsche Regierung, sich diese Vorbehalte zunutze zu machen: Sie startete eine Kampagne, um die Welt über das „wahre Gesicht des barbarischen Bolschewismus“ zu unterrichten. In einem russischen Wald bei dem Dorf Katyn hatten die Deutschen die sterblichen Überreste von mehr als 4000 polnischen Offizieren entdeckt, die 1940 von sowjetischen Sicherheitskräften ermordet worden waren. Propagandaminister Joseph Goebbels begrüßte die Entdeckung als „sehr gute Gelegenheit, die Reinwaschungsversuche am Bolschewismus, wie sie in England und den USA betrieben werden, auf das drastischste zu widerlegen“.<sup>29</sup> Entgegen seinen Hoffnungen konnte die Nachricht von Katyn jedoch das Bündnis der Alliierten nicht spalten. Das lag nicht unbedingt daran, dass die westlichen Regierungen den sowjetischen Gegendarstellungen und gefälschten „Beweisen“ Glauben geschenkt hätten, denen zufolge die polnischen Offiziere 1941 von Deutschen ermordet worden waren. Der britische Premier Winston Churchill etwa vertraute dem Chef der polnischen Exilregierung an, er halte die „Bolschewisten (...) der schlimmsten Gräueltaten für fähig“.<sup>30</sup> Wenn er und Roosevelt sich gleichwohl dagegen entschieden, den deutschen Behauptungen nachzugehen, taten sie dies aus zwei Gründen: Erstens aus einem tiefsitzenden Misstrauen gegenüber jeglicher Form von Gräuelpropaganda heraus und zweitens, weil sie den barbarischen Charakter des NS-Systems kannten. Paradoxerweise war ein Großteil der Informationen darüber ursprünglich von der sowjetischen Kriegspropaganda geliefert worden.

<sup>28</sup> Vgl. Fomin (Anm. 20), S. 647f., S. 638.

<sup>29</sup> Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil II, Bd. 8, hrsg. von Elke Fröhlich, München 1993, S. 104 (14. 4. 1943). Siehe Anna M. Ciencela/Natalia S. Lebedeva/Wojciech Materski (Hrsg.), *Katyn: A Crime Without Punishment*, New Haven 2007, S. 1, S. 332.

<sup>30</sup> Zit. nach Claudia Weber, *Stalin's Trap: The Katyn Forest Massacre Between Propaganda and Taboo*, in: Philip G. Dwyer/Lyndall Ryan (Hrsg.), *Theatres of Viol Massacre. Mass Killing and Atrocity Throughout History*, New York–Oxford 2012, S. 170–185, hier S. 174.

## ENTDECKUNG DER TODESLAGER

Hatte die reihenweise Entdeckung von Massengräbern in den befreiten Gebieten Russlands und der Ukraine nach dem Sieg bei Stalingrad die bisherigen, auf 1941 und 1942 zurückgehenden sowjetischen Vorstellungen von NS-Verbrechen bereits weit übertroffen, wurde mit dem Einzug der Roten Armee in Polen 1944 erneut eine bis dahin undenkbbare Dimension deutscher Gräueltaten offenbar. Der Dokumentarfilmregisseur Roman Karmen notierte angesichts des Todeslagers in Majdanek, im Vergleich zu der dort praktizierten, brutal effizienten „Vernichtung von Menschen in fließbandartigem Tempo und Ausmaß“ sei die von den Deutschen in Russland angewandte Tötung mittels Gaswagen bloß eine „kleingewerbliche Mordweise“. Karmen hob ein „schockierendes Detail“ hervor: Die Deutschen hatten die Knochen und die Asche der Opfer benutzt, um Kohl zu düngen, den sie auf nahegelegenen Feldern anbauten. Ein wesentliches Merkmal des Lagers Majdanek sah er in dessen „europaweiter Bedeutung“: Zugladungen von Menschen aus Dänemark, Norwegen, der Tschechoslowakei und Frankreich waren „hierhergebracht worden, nur um vernichtet zu werden“. Karmens Dokumentarfilmaufnahmen setzen diese Skriptnotizen bis ins Detail um: Die Kamera zeigt in Großaufnahme die Pässe der Insassen – Franzosen, Italiener, Griechen, Polen. Dass der Film Europa als Opfer von NS-Gewalt darstellte, sollte zweifellos die Stellung der Roten Armee als Befreier des Kontinents unterstreichen (und den gegenteiligen Behauptungen von deutscher Seite entgegenwirken). Aber in Karmens Aufzeichnungen wird überall auch ein ethisches Anliegen deutlich: „Die ganze Welt, alle künftigen Generationen, müssen wissen, was sich hinter dem Stacheldraht der gesamteuropäischen Todesfabrik der Deutschen abgespielt hat.“<sup>31</sup>

Die sowjetischen Entdeckungen und Aufrufe stießen in der übrigen Welt jedoch auf ein geteiltes Echo. Als der Korrespondent Alexander Werth im August 1944 einen ausführlichen Bericht über die Auffindung des Lagers Majdanek an die BBC schickte, lehnten die Redakteure in London ihn ab, weil sie eine propagandistische Inszenierung

<sup>31</sup> Drehbuchnotizen von Roman Karmen (o.D., 1943), in: Michailov/Fomin (Anm. 23), S. 846ff.

der Sowjets vermuteten.<sup>32</sup> In Berlin legten die Militäraufklärungsexperten der Abteilung Fremde Heere Ost (FHO), die eifrig sowjetische Medienpublikationen studierten, viele Artikel in Ordnern mit der Bezeichnung „Sowjetische Greuelpropaganda“ ab. Sie zweifelten ebenso an der Wahrheit der Berichte wie die BBC-Mitarbeiter. In einem internen Memorandum vom Oktober 1944 zur sowjetischen Berichterstattung über das „sogenannte Vernichtungslager Majdanek bei Lublin“ hieß es: „Neben Juden sollen hier angeblich auch Vertreter aller europäischen Völker unter Anwendung angeblich ganz besonders raffinierter Methoden liquidiert worden sein“.<sup>33</sup> Nach Ansicht der FHO-Experten wurde „die ganze Angelegenheit zu einer gewichtigen Propagandaaktion aufgebauscht, die offensichtlich die Aufgabe hat, das Gegenstück zu den deutschen Enthüllungen von Katyn vom April 1943 darzustellen“. Ein weiterer Zweck sei die Anstiftung zum Hass.

Im Februar 1945 bekamen es die FHO-Experten abermals mit einer Flut sowjetischer Berichte zu tun. Diesmal ging es um das Todeslager Auschwitz, das die Rote Armee einige Wochen zuvor befreit hatte. Die zahlreichen detaillierten Informationen über die Geschichte und Funktionsweise des Lagers, die von namentlich benannten Überlebenden berichtet wurden, machten es den deutschen Lesern offenbar schwer, an ihrem Zweifel festzuhalten: Die Nachrichtenspezialisten verzichteten diesmal auf eine eigene distanzierende Kommentierung und ließen die sowjetischen Dokumente für sich sprechen. Unter den übersetzten Materialien war ein Leitartikel einer Zeitung für Rotarmisten, in dem festgestellt wurde, dass die Deutschen in Auschwitz etwa sechs Millionen Menschen verbrannt hatten („Töten, Brennen, Vergiften – das sind die deutschen Berufe“). Darin wurden die Leser direkt angesprochen: „Genosse! Du hast viel gesehen auf deinem

glorreichen Wege des Vormarsches von Stalingrad – überall findet man blutige Spuren deutscher Greuelthaten. Du hast viel gesehen und auch viel erlebt, Auschwitz aber ist das grausamste Zeugnis deutscher Greuelthaten.“<sup>34</sup>

Beim Lesen der Feindberichte achteten die FHO-Offiziere besonders auf Ehrenburgs Publikationen. Ihr Dossier für 1944/45 enthält mehrere unkommentierte, vollständige Übersetzungen seiner Artikel, darunter auch den am Beginn dieses Beitrags zitierten Text vom August 1944. Die FHO-Leute griffen Ehrenburg als Autor heraus, der aus ihrer Sicht allein für die feindliche Gräuelpopaganda verantwortlich zeichnete. Hätten sie breitflächiger gelesen, wären sie in den sowjetischen Feldzeitungen der letzten Kriegsphase auf eine wahre Flut soldatischer Trauer-, Empörung- und Rachebekundungen gestoßen, die eine Fülle an detaillierten Belegen persönlich miterlebter oder erlittener Schrecken enthielten. Unter den Briefschreibern waren langjährige Soldaten, die auf ihrem Marsch nach Westen auf immer neue Spuren von Verbrechen der Deutschen gestoßen waren. Andere waren aus deutscher Gefangenschaft entkommen und berichteten vom Alltag in den NS-Lagern, und wieder andere hatten die deutsche Besatzung überlebt und sich erst vor kurzem der Roten Armee angeschlossen.<sup>35</sup> All diese Briefe waren von dem gleichen dokumentarischen Stil und der gleichen anklägerischen Haltung geprägt wie Ehrenburgs Artikel, die die Briefschreiber zweifellos kannten. Sie bestätigten auch Ehrenburgs wichtigste Botschaft: Die Erinnerung an die in Gaswagen Ersticken, die Gefolterten, Verbrannten und Gehängten, lebte fort. Sie blieb wach in den sowjetischen Soldaten, die auf Berlin vorrückten und nach Abrechnung dürsteten, die nicht ausblieb und auch Zivilisten nicht verschonte.

**32** Wie Werth in seinen Erinnerungen festhält, „gelangten die Medien des Westens erst durch die Entdeckung der Lager von Buchenwald, Dachau und Belsen in den westlich besetzten Gebieten zu der Überzeugung, dass auch Majdanek und Auschwitz echt waren“. Alexander Werth, *Russia at War 1941–45. A History*, New York 1964, S. 890.

**33** National Archives and Records Administration (NARA), College Park, MD, T78/483, S. 254ff.

**34** NARA, T78/483, S. 82ff.

**35** Vgl. Sergej Ušakin/Aleksej Golubev (Hrsg.), *XX vek: Pis'ma vojny*, Moskau 2016, S. 580ff.

### JOCHEN HELLBECK

ist Distinguished Professor für Geschichte an der Rutgers University in New Brunswick, NJ.  
hellbeck@history.rutgers.edu

# SOWJETBÜRGER, RELIGIONSGEMEINSCHAFT, NATIONALE MINDERHEIT

## Juden und jüdisches Leben in der Sowjetunion

*Frank Grüner*

Mit dem Sturz des zarischen Regimes im März 1917 begann für die jüdische Bevölkerung im Russischen Imperium eine neue Epoche. Die Provisorische Regierung hatte als eine ihrer ersten Maßnahmen die Aufhebung der diskriminierenden Gesetze gegenüber Jüdinnen und Juden verfügt. Nicht zuletzt aufgrund der verschiedenen Beschränkungen, die ihnen unter dem autokratischen Regime auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Bildung und der Religion auferlegt waren, trauerte eine Mehrheit der jüdischen Bevölkerung in Russland weder dem Zaren noch dem Ancien Régime nach. Auch hatten die Zaren in dem Ruf gestanden, mit dem aggressiven Antisemitismus in Russland zu sympathisieren, wie er nicht zuletzt in den antijüdischen Pogromen 1881/82 und 1903 bis 1905/06 besonders gewalttätig in Erscheinung getreten war.

Auf der anderen Seite blieb in den ersten Monaten nach dem Sturz des Zaren völlig unklar, was die Zukunft für die jüdische Bevölkerung bringen würde. Viele hatten sich zum Zeitpunkt von Erstem Weltkrieg und Revolution bereits von Russland abgewandt und waren unter anderem in die Vereinigten Staaten, in das Vereinigte Königreich, Südafrika, Argentinien und Palästina ausgewandert; weitere Hunderttausende folgten ihnen bis zum Beginn der 1920er Jahre. Zwischen 1870 und den frühen 1920er Jahren verließen fast drei Millionen Juden Osteuropa, der Großteil von ihnen emigrierte aus dem Russischen Imperium beziehungsweise aus Sowjetrussland und dem Ende 1918 wiedergegründeten Polen.<sup>01</sup> Aber auch für die in Russland verbliebenen Juden waren die ersten Jahre unter sowjetischer Herrschaft nach Revolution und Bürgerkrieg vielfach mit Migration – und zwar in die

Großstädte des Landes wie Kiew, Charkow, Leningrad oder Moskau – und mit erheblicher sozialer Mobilität verbunden.<sup>02</sup>

### UNTER DEM BOLSCHEWISTISCHEN REGIME

Für die Politik der neuen Machthaber gegenüber den Juden spielte eine nicht unerhebliche Rolle, dass die Bolschewiki die Besonderheit des osteuropäischen Judentums als einer sowohl ethnisch-nationalen als auch religiös-kulturell geprägten Bevölkerungsgruppe nicht verstanden beziehungsweise ideologisch nicht einordnen konnten. Der Religionsphilosoph Martin Buber hat in diesem Kontext einmal von der „atypischen“ Existenzform der Juden gesprochen, die im engeren Sinne weder als ethnische Gruppe noch als Nationalität, sondern als eine aufgrund ihres historischen Sonderschicksals „eigentümliche *dynamische* Verbindung von Nation und Religion“ zu fassen sei.<sup>03</sup>

Trotz unterschiedlicher ideologischer Standpunkte waren sich Lenin und Stalin in ihrem grundsätzlichen Ziel der Assimilation der jüdischen Bevölkerung einig. Die politische Situation verlangte jedoch zunächst ein differenziertes, zum Teil widersprüchlich anmutendes Vorgehen gegenüber der jüdischen Minderheit. Einerseits verwehrte das Regime den Juden den Status einer Nation sowie eine autonome nationale Kultur und bekämpfte ihre Religion und Tradition; andererseits förderte der Sowjetstaat in den 1920er Jahren die Verbreitung der jiddischen Sprache und den Aufbau einer proletarischen jüdisch-säkularen Kultur. Letzteres war freilich nur eine vorübergehende, taktisch motivierte Maßnahme und diente der ideologischen Durchdringung der



jüdischen Bevölkerung mit den Ideen des Sozialismus. Das eigentliche Ziel bolschewistischer Judenpolitik, also die vollständige Assimilation und Integration der Juden in die neu zu schaffende Sowjetgesellschaft, wurde zu keinem Zeitpunkt ernsthaft infrage gestellt. Von ihrem grundsätzlich antireligiösen Standpunkt abgesehen, betrachteten die bolschewistischen Führer die jüdische Religion als ein wesentliches Hindernis auf dem Weg zur Assimilation. Zugleich waren sie davon überzeugt, dass die Religion im Zuge des politischen und sozioökonomischen Umbaus der sowjetischen Gesellschaft rasch an Bedeutung verlieren würde. Nachdem sich die Erfolge mit Blick auf das „Verschwinden“ der jüdischen Religion aber nicht so schnell und umfassend einstellten, wie das die Sowjetführung erwartet hatte, verfolgte das stalinistische Regime seit dem Ende der 1920er Jahre eine Politik, die von einer bis dahin beispiellosen Verschärfung der Repressionen gegen jüdische religiöse Institutionen und Bräuche gekennzeichnet war.<sup>04</sup>

Wie sich die etwa 2,7 Millionen Juden ihrerseits gegenüber dem bolschewistischen Regime positionierten und wie sie auf die gesellschaftlichen Veränderungen reagierten, hing maßgeblich von Faktoren wie ihrer sozioökonomischen Stellung, dem Bildungsstand, ihrem Lebensalter und nicht zuletzt von ihrer religiösen und weltanschaulichen Haltung ab. Mit Blick auf die 1920er und 1930er Jahre lässt sich die heterogene jüdische Bevölkerung in der Sowjetunion zumindest in drei größere Gruppen unterscheiden, die in einem mitunter schwierigen und konflikthaften Verhältnis zueinander standen und deren führende Repräsentanten sich auf ideologisch-weltanschaulicher Ebene häufig scharf attackierten.

**01** Vgl. Tobias Brinkmann, *Jüdische Migration*, 3. 12. 2010, [www.ieg-ego.eu/brinkmann-2010-de](http://www.ieg-ego.eu/brinkmann-2010-de).

**02** Vgl. Yuri Slezkine, *The Jewish Century*, Princeton 2004, S. 208. Zum Phänomen der jüdischen Migration in die sowjetischen Großstädte siehe exemplarisch die Studie von Gabriele Freitag, *Nächstes Jahr in Moskau! Die Zuwanderung von Juden in die sowjetische Metropole 1917–1932*, Göttingen 2004.

**03** Martin Buber, *Die Sowjets und das Judentum*, in: ders., *Der Jude und sein Judentum. Gesammelte Aufsätze und Reden*, Köln 1963, S. 543–554, hier S. 546f.

**04** Vgl. Heinz-Dietrich Löwe/Frank Grüner, *Die Juden und die jüdische Religion im bolschewistischen Russland*, in: Christoph Gassenschmidt/Ralph Tuchtenhagen (Hrsg.), *Politik und Religion in der Sowjetunion 1917–1941*, Wiesbaden 2001, S. 167–205, hier S. 195–198.

Als größte Gruppe lassen sich die mehr oder weniger stark assimilierten Sowjetbürger jüdischer Herkunft verstehen, die sich aus eigener Überzeugung oder aufgrund der Lebensumstände kulturell assimiliert hatten und in der jeweiligen russischen, ukrainischen oder weißrussischen Mehrheitsbevölkerung kaum mehr als Juden auszumachen waren; viele von ihnen lebten in größeren Städten, waren mit nicht-jüdischen Sowjetbürgern verheiratet und hatten eine nur schwach ausgeprägte oder gar keine Beziehung zur jüdischen Religion und Kultur.

Eine zweite, mit Blick auf ihre zahlenmäßige Bedeutung kleinere Strömung bildeten die Juden, die jüdische Tradition und Religion auch unter den Bedingungen des Sowjetregimes als wesentlichen Bestandteil ihres Alltags betrachteten und im Rahmen der Möglichkeiten pflegten; aufgrund der antireligiösen Politik der Bolschewiki mussten sie religiöse Aktivitäten in der Regel im Verborgenen praktizieren.<sup>05</sup>

Eine dritte Gruppierung schließlich umfasste diejenigen Juden, die sich als Anhänger des bolschewistischen Regimes von jüdischer Tradition und Religion losgesagt hatten und eine säkulare jiddische Sowjetkultur propagierten.<sup>06</sup> Vor allem unter ihren prominenten Vertretern, den Repräsentanten der jiddischen Intelligenz, war eine explizit jüdisch-kulturelle Identität vorherrschend, die mitunter auch nationale Züge trug. Über die gesamte Sowjetunion betrachtet, repräsentierten die Anhänger der sowjetisch-jiddischen Kultur keine Massenbewegung, doch waren sie besonders innerhalb des großstädtischen Kulturbetriebs sowie in Partei und Staat prominent vertreten und hier vor allem in den 1920er Jahren durchaus einflussreich. Insbesondere die Aktivisten der jüdischen Parteisektionen, die bis zu ihrer Auflösung 1930 bestanden und je nach Zeitpunkt bis zu 70 Einheiten mit insgesamt 1500 Aktivisten zählten, trugen maßgeblich zur Umsetzung des bolschewistischen Programms unter der jiddischsprachigen Sowjetbevölkerung bei und waren nicht zuletzt wegen ihres rigiden Vorgehens gegen jüdische Religion und Tradition in

**05** Vgl. ebd.

**06** Vgl. Zvi Gitelman, *A Century of Ambivalence. The Jews of Russia and the Soviet Union, 1881 to the Present*, Bloomington–Indianapolis 2001<sup>2</sup>, S. 88–114; David Shneer, *Yiddish and the Creation of Soviet Jewish Culture 1918–1930*, Cambridge 2004, S. 14–29.

der jüdischen Bevölkerung sehr umstritten und gefürchtet.<sup>07</sup> Bis das sowjetische Regime nach einem Kurswechsel in seiner Politik gegenüber den Nationalitäten zu Beginn der 1930er Jahre dazu überging, in wenigen Jahren alle jiddischsprachigen Einrichtungen, deren Aufbau es zuvor gefördert hatte, wieder zu schließen, und zahlreiche führende Vertreter der jiddischen Sowjetkultur als „jüdische Nationalisten“ zu kritisieren, zeigte sich die sowjetisch-jiddische Intelligenz von der fruchtbaren Symbiose zwischen jüdisch-säkularer Kultur und bolschewistischem System überzeugt.<sup>08</sup>

Nachdem praktisch alle Institutionen der sowjetisch-jiddischen Kultur unter dem stalinistischen Regime geschlossen worden waren, darunter auch die rund 1100 säkularen jüdischen Schulen, und viele ihrer Vertreter vor allem im Zuge der stalinistischen „Säuberungen“ von Staats- und Parteiorganen repressiert worden waren, war diese Strömung Ende der 1930er Jahre faktisch ihrer Existenzgrundlage beraubt und zur Bedeutungslosigkeit innerhalb der Sowjetgesellschaft verdammt worden.<sup>09</sup> Ironischerweise hatte es die jiddische Sowjetintelligenz dem Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion beziehungsweise dem Zweiten Weltkrieg zu „verdanken“, dass sie beziehungsweise eine Reihe ihrer Repräsentanten noch einmal für wenige Jahre in der Kriegs- und Nachkriegszeit eine Rolle spielen sollte. Es waren die folgenden „schwarzen Jahre“ des sowjetischen Judentums zwischen 1939/41 und 1953,<sup>10</sup> die – maßgeblich bestimmt durch die Erfahrungen von Vernichtung, Verfolgung und Antisemitismus einerseits sowie von Widerstand gegen das NS-Regime und seine Handlanger, Trauer um die Opfer und Rückbesinnung auf jüdische Kultur und Tradition andererseits – die Frage nach der Stellung und Zukunft der Juden im Sowjetstaat neu auf die Agenda setzten. Bis zu diesem Zeitpunkt lässt sich die Mehrheit der etwa drei Millionen jüdischen Sowjetbürger als weitgehend in das sowjetische System integriert bezeichnen, auch wenn dieser Prozess – wie die gesellschaftliche Umwälzung insgesamt – mit er-

heblichem politischen Druck und vielfach mit Gewalt forciert worden war.<sup>11</sup>

Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs hatte sich das Judentum nach nicht einmal einem Vierteljahrhundert Sowjetherrschaft von Grund auf verändert. Als eine überdurchschnittlich gut gebildete, in großen Teilen städtisch-moderne und in die neu entstandene Sowjetgesellschaft integrierte Bevölkerungsgruppe hatten die Juden in beachtlichem Maße an dem gesellschaftlichen Umbau unter dem bolschewistischen Regime partizipiert.<sup>12</sup> Für viele sowjetische Juden, besonders der jüngeren Generation, die innerhalb der Sowjetgesellschaft sozial aufgestiegen waren und einen Status erreicht hatten, der für ihre Eltern unter den Bedingungen des zarischen Russlands noch unvorstellbar gewesen war, stellte die Entwicklung vom „Schtetl-Juden“ zum modernen „Sowjetmenschen“ eine Erfolgsgeschichte dar. Das galt ohne Frage nicht für alle Gruppen der jüdischen Bevölkerung im selben Maße; vor allem für die religiösen, der traditionellen jüdischen Lebensweise verhafteten Bevölkerungsteile hatte der forcierte, erzwungene Umbau der Gesellschaft unter dem Sowjetregime umfassende Diskriminierungen mit sich gebracht.

## WELTKRIEG UND HOLOCAUST

Der Zweite Weltkrieg und der Holocaust bildeten auch für die Juden auf sowjetischem Territorium die entscheidende Zäsur in dem an Umbrüchen und exzessiver Gewalt reichen 20. Jahrhundert. Mit der gewaltsamen Besetzung und dem „Anschluss“ Ostpolens, der baltischen Staaten sowie der Nordbukowina und Bessarabiens zwischen 1939 und 1941 als Konsequenz aus der im deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag („Hitler-Stalin-Pakt“) vom August 1939 beziehungsweise in dessen geheimem Zusatzproto-

**11** Damit hatten die Juden einen Anteil von etwa 1,8 Prozent an der Gesamtbevölkerung der UdSSR. Siehe Mordechai Altshuler (Hrsg.), *Distribution of the Jewish Population of the USSR 1939*, Jerusalem 1993, S. 9.

**12** Siehe dazu u. a. ders., *Soviet Jewry on the Eve of the Holocaust. A Social and Demographic Profile*, Jerusalem 1998; Zvi Y. Gitelman, *Jewish Nationality and Soviet Politics. The Jewish Sections of the CPSU, 1917–1930*, Princeton 1972; Heinz-Dietrich Löwe, *Reconstructing in the Image of Soviet Man: The Jews in the Soviet Union, 1917–1941*, in: *Cahiers slaves* 11–12/2010, S. 259–303; Benjamin Pinkus, *The Jews of the Soviet Union. The History of a National Minority*, Cambridge–New York 1988; Shneer (Anm. 6); Slezkine (Anm. 2), insb. S. 206–274.

**07** Vgl. Gitelman (Anm. 6), S. 233–320.

**08** Siehe Shneer (Anm. 6), S. 134–178.

**09** Vgl. Gitelman (Anm. 6), S. 88–114.

**10** Yehoshua A. Gilboa, *The Black Years of Soviet Jewry 1939–1953*, Boston–Toronto 1971. Vgl. Frank Grüner, *Patrioten und Kosmopoliten. Juden im Sowjetstaat 1941–1953*, Köln–Weimar–Wien 2008.

koll fixierten territorialen Aufteilung Mitteleuropas gerieten schätzungsweise zwei Millionen Juden neu unter sowjetische Herrschaft.<sup>13</sup> Diese im Unterschied zu den sowjetischen Juden insgesamt noch vergleichsweise stark in jüdischer Religion und jüdischem Brauchtum verwurzelten Juden waren unter den neuen Machthabern den radikalen und brutalen Maßnahmen des stalinistischen Regimes mit Blick auf die Transformation ihrer Sozialstruktur ausgesetzt.<sup>14</sup> Noch dramatischer wirkten sich für die Juden der im Juni 1941 beginnende Überfall des nationalsozialistischen Deutschlands auf die Sowjetunion und der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetbevölkerung aus.<sup>15</sup> Von den rund 5 Millionen Juden auf dem Gebiet der Sowjetunion in den Grenzen vom 22. Juni 1941 wurden von 1941 bis 1945 insgesamt etwa 2 825 000 Menschen im Holocaust getötet, die meisten von ihnen, etwa 1 430 000 Personen, in der Ukraine, etwa 810 000 in Weißrussland, 215 000 bis 220 000 in Litauen, 144 000 bis 170 000 in der Russischen Sowjetrepublik, etwa 130 000 in Moldawien, 75 000 bis 77 000 in Lettland und etwa 1000 Personen in Estland.<sup>16</sup>

Ein Sieg der Sowjetunion gegen das Deutsche Reich war für die sowjetischen Juden in den Kriegsjahren faktisch die einzige Hoffnung auf Überleben. Entsprechend stark engagierten sich die Juden in der Armee und im Widerstand, und verbanden das Schicksal des Sowjetregimes eng mit ihrem eigenen.<sup>17</sup> Diese hohe Identifikation mit der Roten Armee und der Sowjetmacht

konnte mit Kriegsende aber zunehmend weniger verdecken, dass Teile der Sowjetbevölkerung mit dem deutschen Besatzungsregime kollaboriert und sich an antijüdischen Verbrechen beteiligt hatten, wie das Beispiel des Massakers von Babi Jar/Babyn Jar (russ./ukr.) bei Kiew gezeigt hatte.<sup>18</sup> Auch hatte die antisemitische Propaganda des Besatzungsregimes in der Sowjetunion zum Teil durchaus Wirkung gezeigt, sodass auch nach dem Sieg der Sowjetunion über Hitler-Deutschland antijüdische Einstellungen virulent blieben und vor dem Hintergrund der materiellen Nöte der Zeit noch zunahmen.<sup>19</sup> Das sowjetische Regime zeigte sich nicht nur unfähig, sondern in der Mehrheit auch unwillig, auf diese antijüdischen Stimmungen und Übergriffe in der Bevölkerung zu reagieren. Das stalinistische Regime forcierte in den 1940er und 1950er Jahren eine Politik des Verschleierns des Holocausts auf sowjetischem Boden und unterdrückte den Wiederaufbau jüdisch-gesellschaftlichen Lebens in der Sowjetunion. Das Gedenken der jüdischen Tragödie sollte offensichtlich nicht die propagierte Einheit der Sowjetbevölkerung und ihren heldenhaften Sieg gegen das faschistische Deutschland infrage stellen.

## ENTTÄUSCHTE NACHKRIEGSHOFFNUNGEN

Nach vier Jahren Vernichtungskrieg und brutaler Besatzungsherrschaft durch das nationalsozialistische Deutschland, in deren Kontext verschiedenen Schätzungen zufolge zwischen 20 und 30 Millionen Sowjetbürger ums Leben kamen und kaum zu beziffernde materielle Verluste entstanden, sehnte sich eine körperlich ausgezehrt und psychisch erschöpfte Bevölkerung vor

**13** Vgl. Claudia Weber, *Der Pakt. Stalin, Hitler und die Geschichte einer mörderischen Allianz*, München 2019. Die Schätzungen der jüdischen Bevölkerungszahlen in den zwischen 1939 und 1941 sowjetisch besetzten Gebieten bewegen sich zwischen 1,97 und 2,3 Millionen Menschen. Siehe u. a. Altshuler (Anm. 12), S. 9, S. 323–328.

**14** Zu der vom Sowjetregime erzwungenen „Angleichung“ der politischen und sozioökonomischen Verhältnisse und dem radikalen Vorgehen gegen jüdische Einrichtungen und Organisationen siehe Norman Davies/Antony Polonsky (Hrsg.), *Jews in Eastern Europe and the USSR, 1939–1946*, London u. a. 1991; Dov Levin, *The Baltic Jews under the Soviets 1940–1946*, Jerusalem 1994, S. 1–155.

**15** Zum deutschen Vernichtungskrieg in der Sowjetunion siehe u. a. Babette Quinkert/Jörg Morré (Hrsg.), *Deutsche Besatzung in der Sowjetunion 1941–1944. Vernichtungskrieg, Reaktionen, Erinnerung*, Paderborn 2014.

**16** Vgl. Il'ja Al'tman, *Opfer des Hasses. Der Holocaust in der UdSSR 1941–1945*, Gleichen–Zürich 2008, S. 366 f.

**17** Vgl. Harriet Murav/Gennady Estraihk (Hrsg.), *Soviet Jews in World War II. Fighting, Witnessing, Remembering*, Boston 2014. Lesenswert ist auch Arno Lustiger, *Zum Kampf auf Leben und Tod! Das Buch vom Widerstand der Juden 1933–1945*, Köln 1994.

**18** Vgl. Martin C. Dean, *Collaboration in the Holocaust: Crimes of the Local Police in Belorussia and Ukraine, 1941–44*, New York 2000. Zur Darstellung der historischen Ereignisse des Massakers von Babi Jar/Babyn Jar, bei dem unter deutscher Herrschaft am 29./30. September 1941 unweit von Kiew annähernd 34 000 jüdische Frauen und Männer von Angehörigen des Sonderkommandos 4a der Einsatzgruppe C unter Beteiligung ukrainischer Hilfstruppen ermordet worden waren, siehe Eberhard Jäckel/Peter Longerich/Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung der europäischen Juden*, Bd. I, München–Zürich 1998<sup>3</sup>, S. 144–147.

**19** Vgl. Frank Grüner, *Did Anti-Jewish Mass Violence Exist in the Soviet Union? Anti-Semitism and Collective Violence in the USSR During the War and Post War Years*, in: *Journal of Genocide Research* 2–3/2009, S. 355–379.

allem nach Frieden, dem Ende von Leid und Entbehrungen sowie nach einer Normalisierung der Lebensverhältnisse.<sup>20</sup>

Angesichts der tief greifenden Krisensituation in der Nachkriegszeit musste das sowjetische Regime in seinen Berichten über die Lage im Land eine insgesamt schlechte Stimmung in der Bevölkerung konstatieren, die sich zumindest potenziell gegen die Machthaber wenden konnte, auch wenn Stalin selbst, dessen Popularität als „großer Führer“ durch den Sieg im Zweiten Weltkrieg ihren Höhepunkt erreicht hatte, nicht infrage gestellt wurde. Vom Glanz der Siegermacht strahlte in der Nachkriegszeit allerdings wenig in den Alltag der Menschen.

Eine Mischung aus Hoffnungen auf ein besseres Leben nach den zerstörerischen Erfahrungen von Krieg und Vernichtung und dem Gefühl tiefer Niedergeschlagenheit angesichts des erlebten Leids und Verlustes prägte grundsätzlich auch die Stimmungen in der jüdischen Bevölkerung. Zugleich unterschieden sich die Hoffnungen beziehungsweise Erwartungen der Juden aufgrund ihrer spezifischen Erfahrungen in den Kriegs- und Nachkriegsjahren aber von denen der Mehrheitsgesellschaft. So entwickelte sich in der jüdischen Bevölkerung ungeachtet der unterschiedlichen Einstellungen zum bolschewistischen Regime und der Bewertung der Rolle von jüdischer Kultur und Religion ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das für die Nachkriegsjahre bestimmend werden sollte.<sup>21</sup> Hatten während der Kriegsjahre vor allem die Verbrechen im Zuge der nationalsozialistischen Rassen- und Vernichtungspolitik im Zentrum der jüdischen (Selbst-)Wahrnehmung als einer Schicksalsgemeinschaft gestanden, kam mit Kriegsende der Antisemitismus vonseiten der sowjetischen Bevölkerung als weiteres Bindeglied hinzu. Im Unterschied zu den Kriegsjahren, als sich die Juden sowohl mit ihrem Judentum als auch ihrer Zugehörigkeit zum Sowjetstaat identifizieren konnten, wurde das Verhältnis von Juden und Sowjetstaat nach 1945 durch das indifferente und widersprüchliche Verhältnis des stalinistischen Regimes gegenüber dem seit den Kriegsjah-

ren in der Bevölkerung stark um sich greifenden Antisemitismus zunehmend erschüttert.<sup>22</sup> Die Artikulation der jüdischen Hoffnungen, in denen im Laufe der 1940er Jahre zunehmend ein jüdisches Nationalbewusstsein zum Ausdruck kam, und die Kommunikation der Erwartungen der jüdischen Bevölkerung gegenüber dem Sowjetregime seit Kriegsende waren auf das Engste mit dem Wirken des Jüdischen Antifaschistischen Komitees verbunden.

Wenige Monate nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion hatten sich auf Initiative oder zumindest mit Unterstützung der Sowjetführung eine Reihe zumeist prominenter und einflussreicher Vertreter der sowjetisch-jüdischen Intelligenz zu einem Antifaschistischen Komitee zusammengeschlossen. Unter den 63 Gründungsmitgliedern des Jüdischen Komitees befanden sich bekannte Schriftsteller wie Wassili Grossman, Abraham Sutzkewer und Ilja Ehrenburg, Musiker, Schauspieler, Regisseure, Dramaturgen, Kritiker, Künstler, Journalisten, führende Wissenschaftler und Ärzte sowie hochrangige Militärs und Politiker.<sup>23</sup> Zu ihrem Vorsitzenden wählten sie den populären Schauspieler und Leiter des Moskauer Jüdischen Theaters, Solomon Michoels, der das Komitee bis zu seiner Ermordung durch den sowjetischen Geheimdienst im Januar 1948 leitete. Erklärtes Ziel dieses Komitees war es, sowohl die jüdische Bevölkerung in der UdSSR als auch die Weltöffentlichkeit vom heldenhaften antifaschistischen Widerstand der Sowjetunion gegen das nationalsozialistische Deutschland zu überzeugen und durch die Mobilisierung ausländischen Kapitals die Rote Armee und die sowjetische Bevölkerung materiell zu unterstützen.<sup>24</sup> Nicht nur im Ausland, sondern auch unter der jüdischen Bevölkerung der Sowjetunion war das Jüdische Antifaschistische Komitee schon kurze Zeit nach seiner Gründung äußerst populär. Aus Sicht des stalinistischen Regimes waren seine Aufgaben aber von vornherein eng gesteckt, seine Existenz der Notwendigkeit des Krieges geschuldet und nicht auf Dauer angelegt.

**20** Siehe Elena Zubkova, Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg. Lage und Stimmung der Bevölkerung 1945/46, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3/1999, S. 363–383; dies., Russia after the War. Hopes, Illusions, and Disappointments, 1945–1957, Armonk–New York–London 1998.

**21** Zu den Auswirkungen von Judenfeindschaft und Holocaust auf die sowjetischen Juden siehe Grüner (Anm. 10), S. 214–410.

**22** Zum Antisemitismus in der sowjetischen Gesellschaft während der Kriegs- und Nachkriegsjahre siehe ebd., S. 40–54.

**23** Ebd., S. 268–273.

**24** Vgl. ebd., S. 55–128; Arno Lustiger, Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden, Berlin 1998.

Das Jüdische Antifaschistische Komitee, dessen Tätigkeit von zahlreichen jüdischen Partnerorganisationen im Ausland maßgeblich unterstützt wurde, existierte bis zu seiner gewaltsamen Auflösung durch die Organe der Staatssicherheit im November 1948, hatte aber bereits mit Kriegsende seine ursprüngliche Funktion verloren. Obwohl dieser einzigen jüdischen Organisation in der Sowjetunion vonseiten der Sowjetführung eine primär propagandistische Funktion zugedacht war, konnte das Jüdische Komitee angesichts der katastrophalen Lage der Mehrheit der sowjetischen Juden nicht tatenlos gegenüber dem Ansturm von Hilfesuchenden bleiben und wurde zunehmend in die Rolle eines „Anwaltes der sowjetischen Juden“ gedrängt.

In Tausenden von Briefen während des Krieges und unmittelbar danach wurde das Jüdische Antifaschistische Komitee von Juden aus allen Teilen der UdSSR über die katastrophale Lage der jüdischen Bevölkerung informiert und dazu aufgefordert, materielle und moralische Unterstützung für jüdische Sowjetbürger zu leisten, die sich infolge von Krieg, Holocaust und antijüdischen Übergriffen vonseiten der sowjetischen Bevölkerung in einer psychisch wie materiell ausgeweglosen Situation befanden.<sup>25</sup> Sie baten die Vertreter des Komitees, gegenüber den sowjetischen Organen auf eine sofortige Besserung der Situation der sowjetischen Juden zu drängen. Zahlreiche Schreiben ähnlichen Inhaltes gingen direkt an das Zentralkomitee, den Ministerrat oder einzelne führende sowjetische Politiker. Offensichtlich versprachen sich viele Juden von Stalin und der Sowjetführung nicht nur eine klar ablehnende Haltung gegenüber antisemitischen Handlungen, sondern hofften auch auf schnelle Abhilfe der drängendsten materiellen Probleme. Zweifelsohne rechneten viele Juden aufgrund ihres engagierten antifaschistischen Kampfes und der zahllosen Opfer, die Krieg und Holocaust unter der jüdischen Bevölkerung gefordert hatten, mit besonderer Rücksichtnahme des Regimes nach dem Ende des Krieges – eine Annahme, die sich schon sehr bald als folgenschwerer Irrtum erweisen sollte.

## ANTISEMITISCHE KAMPAGNEN

Zwei Initiativen aus den Reihen des Jüdischen Antifaschistischen Komitees sollten in den folgenden Jahren schließlich das Schicksal dieses für die sowjetischen Juden in jenen Jahren so wichtigen Organs besiegeln und dem stalinistischen Regime als Anlass für eine antisemitische Orientierung seiner Politik dienen: zum einen der Stalin gegenüber in einem Memorandum formulierte Vorschlag der Vorsitzenden des Komitees zur Gründung einer jüdischen Republik auf der Krim und zum anderen die von Ilja Ehrenburg und Wassili Grossman in Angriff genommene Herausgabe einer Dokumentensammlung über den Genozid an der jüdischen Bevölkerung in der Sowjetunion, die später als „Schwarzbuch“ bekannt wurde.<sup>26</sup> Während das Krim-Memorandum dem stalinistischen Regime gewissermaßen den Vorwand lieferte, dem Jüdischen Antifaschistischen Komitee als „Teil einer weltweiten zionistischen Verschwörung“ den Prozess zu machen, weil es angeblich zusammen mit den Feinden der Sowjetunion die Loslösung der Krim von der Sowjetunion zum Ziel gehabt habe, machte die sogenannte Schwarzbuch-Affäre deutlich, dass die Vertreter des Jüdischen Komitees durch ihre geplante Dokumentation der Verbrechen an den Juden auf dem Territorium der Sowjetunion dem Stalin-Regime gewissermaßen auf geschichtspolitischen Terrain ins Gehege kamen. Besonders die Kollaboration von Sowjetbürgern mit den deutschen Besatzern bei den Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung war aus Sicht des Sowjetregimes ein unerwünschtes Thema, das grundsätzlich imstande war, die Glaubwürdigkeit der neuen sowjetischen Meistererzählung über den „Großen Vaterländischen Krieg“ und den „heldenhaften Widerstand des einmütigen Sowjetvolkes gegen die faschistische Bedrohung“ im sowjetischen Diskurs infrage zu stellen.<sup>27</sup> Eine Veröffentlichung des „Schwarzbuchs“ in der Sowjetunion wurde daher schließlich verhindert. Die in der Schwarzbuch-Angelegenheit für die sowjetischen Juden zum Ausdruck kommende fehlende Bereitschaft der sowjetischen Führung, die Vernichtung der Juden als ein besonderes Phänomen anzuerkennen und ein Gedenken

**25** Siehe Simon Redlich, *War, Holocaust and Stalinism. A Documented Study of the Jewish Antifascist Committee in the USSR*, Luxemburg 1995, S. 225–240.

**26** Vgl. Grüner (Anm. 10), S. 70–98.

**27** Vgl. Al'tman (Anm. 16), S. 445–494; Grüner (Anm. 10), S. 422–429.

der jüdischen Opfer zumindest in der jüdischen Öffentlichkeit in begrenztem Umfang zu tolerieren, vertiefte die Entfremdung von Juden und Sowjetstaat. Der fehlende oder verschleiernde Umgang mit dem Holocaust in der sowjetischen Gesellschaft blieb bis zum Ende der Sowjetunion ein neuralgischer Punkt in den Beziehungen zwischen Juden und Regime.

Die antisemitische Wende in der Politik der Sowjetführung – das heißt der Zeitpunkt, ab dem das stalinistische Regime dazu überging, den Antisemitismus in der Bevölkerung nicht nur passiv zu tolerieren, sondern ihn seinerseits als Mittel der aktiven Herrschaftsausübung einzusetzen – hatte sich allem Anschein nach um 1947/48 vollzogen und war in den Kampagnen gegen den „Kosmopolitismus“ mehr oder minder offen zum Ausdruck gekommen. Aber während die Ermordung des Vorsitzenden des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, Solomon Michoels, im Januar 1948 von getarnten Mitarbeitern des sowjetischen Geheimdienstes in geheimer Mission erledigt wurde und auch die Auflösung des Komitees, die Inhaftierung, das Verhören und die Verurteilung seiner Mitglieder zwischen 1948 und 1952 im Verborgenen abgewickelt wurden, entfalteten die Kampagnen gegen „Kosmopolitismus“ und „Zionismus“ in der sowjetischen Öffentlichkeit einen Grad antisemitischer Hetze und Repression, der in der Sowjetgesellschaft bislang nicht vorstellbar gewesen war.<sup>28</sup> Die Auflösung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, der Geheimprozess sowie die Kampagnen gegen den „Kosmopolitismus“ standen in einer engen Beziehung zueinander, was der großen Mehrheit der Zeitgenossen in der Sowjetunion allerdings verborgen bleiben musste. Die Führungsriege um Stalin konstruierte bereits einen weiteren Fall: die angebliche Spionagetätigkeit und „Verschwörung jüdischer Mörderärzte“ gegen sowjetische Funktionäre, die am 13. Januar 1953 in den sowjetischen Massenmedien publik gemacht wurde und in ihrer aggressiven antisemitischen Rhetorik und Verschwörungslogik Erinnerungen an die finstersten Kapitel des Judenhasses im Zarenreich wach werden ließ. Wohl nur der rechtzeitige Tod des Diktators am 5. März 1953 konnte umfassende landesweite antijüdische Repressionen in der Sowjetunion in dieser Phase verhindern. Doch auch wenn Stalins Nachfolger an der Staats- und

Parteispitze die Kampagne gegen die „jüdischen Mörderärzte“ schnell und unbemerkt von der Agenda nahmen, verschwand der Antisemitismus nicht aus den Köpfen vieler Sowjetbürger und Funktionäre. Die Kriegs- und Nachkriegsjahre erwiesen sich daher nicht nur als die „schwarzen Jahre“ des sowjetischen Judentums, sondern auch als Schlüsseljahre, in denen das Schicksal der Juden im Sowjetstaat eine entscheidende Wendung nahm, die weit über den Tod des Diktators Stalin hinausreichte und die Juden zu einer dauerhaft diskriminierten Minderheit im Sowjetstaat machten. Auch die sowjetischen Regimes, die auf die stalinistische Terrorherrschaft folgten, verwehrten den Juden in letzter Konsequenz eine vollwertige Mitgliedschaft oder gleichberechtigte Bürgerschaft im Sowjetstaat.

### VERSCHWINDEN JÜDISCHEN LEBENS UND SEHNSUCHT NACH EMIGRATION

Aus der Perspektive der jüdischen Bevölkerung gab es auch nach Stalins Tod keine Rückkehr zur „Normalität“ der Vorkriegsjahre. Das sowjetische Regime hatte den Antisemitismus in Gestalt des Antizionismus in seine Ideologie inkorporiert, und die Juden fanden sich vor dem Scherbenhaufen ihrer gescheiterten Integration in die Sowjetgesellschaft wieder. Das galt vor allem für diejenigen Sowjetbürger, die eine jüdische Identität hatten und ihr Judentum in der einen oder anderen Weise praktizierten und für die Sowjetgesellschaft als Juden zu erkennen waren. Sie waren von nun an mit dem Makel des „wurzellosen Kosmopolitismus“ behaftet und vermochten nicht mehr von sich abzustreifen, dass sie notorisch als eine dem Sowjetvolk fremde und an ihm angeblich „schmarotzende“ Minderheit wahrgenommen wurden. Auch wenn sie in den folgenden Jahrzehnten in der Regel nicht mehr, wie noch in der späten Stalin-Zeit, um ihr Leben zu fürchten hatten, gehörte die aus solchem Stigma resultierende Diskriminierung in allen ihren Spielarten fortan zum jüdischen Alltag in der UdSSR. Den Juden ihrerseits blieben damit im Grunde auch nur noch zwei Optionen: entweder eine möglichst unauffällige, das heißt nicht mehr als „jüdisch“ auszumachende Existenz als Sowjetbürger oder die Hoffnung auf Emigration aus der Sowjetunion.

Jüdisches Leben, sei es in religiöser Hinsicht oder im Sinne einer säkularen jiddischen oder

<sup>28</sup> Vgl. ebd., S. 115–128; Lustiger (Anm. 24), S. 170–256.

auch jüdisch-nationalen Kultur, konnte sich unter den gegebenen Bedingungen auch in den 1960er und 1970er Jahren kaum mehr in nennenswertem Umfang entwickeln. Das galt auch für die Jahre des sogenannten Tauwetters unter Nikita Chruschtschow, der mit seiner berühmten Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 zwar beherzt die Entstalinisierung der sowjetischen Gesellschaft auf den Weg gebracht hatte, dessen Reformeifer aber klare Grenzen kannte. So überrascht es mit Blick auf die vorangegangenen Jahrzehnte auch kaum, dass Juden in politischen Funktionen, etwa in den lokalen Sowjets oder auf Unionsebene, stark unterrepräsentiert waren. Jiddischsprachige Publikationen in der Sowjetunion blieben im Wesentlichen auf wenige Bücher und eine Zeitschrift begrenzt.<sup>29</sup> Jüdische Schulen, welcher Richtung auch immer, gab es gar keine mehr. Im kulturellen Bereich gab es wenige jüdische (Laien-)Theatergruppen oder Musikensembles, etwa in Moskau oder Vilnius.<sup>30</sup> Das religiöse jüdische Leben existierte noch an wenigen Orten mit einer sehr begrenzten Zahl an Synagogen, Rabbinern und Gemeindegliedern. Die wenigen jüdischen Gemeinden, die es noch oder wieder gab, wurden dann in den Jahren von 1957 bis 1964 von einer neuen antireligiösen Kampagne, die stellenweise mit antizionistischer und antisemitischer Propaganda einherging, in Mitleidenschaft gezogen.<sup>31</sup> Erneut wurden Synagogen geschlossen und Gemeindeaktivitäten reglementiert. Darüber hinaus lancierte das Sowjetregime in den Massenmedien eine landesweite Kampagne gegen den Judaismus, die unverkennbar antisemitischen Charakter hatte.

Unter diesen Umständen gewann der Wunsch nach Emigration, vor allem nach Israel, für viele Juden stetig an Bedeutung. Bereits in den 1940er Jahren hatte es in der jüdischen Bevölkerung den kaum verdeckten Wunsch der Ausreise nach Palästina gegeben. Das war nicht zuletzt bei dem Besuch der ersten israelischen Botschafterin Golda Meir in Moskau im Oktober 1948 deutlich geworden, als sich geschätzt 50 000 sowjetische Juden vor der Moskauer Choral-synagoge versammelten und die Vertreterin des neu gegründeten jüdischen Staates euphorisch begrüßten. Ei-

nige hatten sich danach an führende Staats- und Parteiorgane oder das Jüdische Antifaschistische Komitee mit der Bitte um Ausreise gewandt.

Die Ausreise aus der Sowjetunion blieb lange Zeit ein Tabu und wurde, auch als man sie theoretisch erlaubte, sehr restriktiv gehandhabt. Unter Chruschtschow wurden die Restriktionen diesbezüglich nur wenig gelockert, und die Genehmigung einer Ausreise blieb die Ausnahme. Von 1954 bis 1964 konnten nur 1542 Juden die Sowjetunion auf direktem Weg in Richtung Israel verlassen.<sup>32</sup> Unter Chruschtschows Nachfolger, Leonid Breschnew, stieg die Zahl der erteilten Visa für die Ausreise von Juden nach Israel ab 1965 deutlich an. Allerdings war es vor allem den Auswirkungen des Sechstagekrieges zwischen Israel und den arabischen Staaten 1967 geschuldet, dass die Situation für die sowjetischen Juden aufgrund der massiven antizionistischen Propaganda und antisemitischen Stimmungen in der Sowjetgesellschaft zunehmend unerträglich wurde und der öffentliche Druck auf die Sowjetführung nach Genehmigung von Ausreisen anstieg. In den 1970er und 1980er Jahren nahm die Ausreise von Juden bereits Züge einer Massenemigration an: Von 1968 bis 1989 verließen etwa 240 000 Juden die Sowjetunion, etwa 11 Prozent der jüdischen Sowjetbevölkerung. Auch die mit den Begriffen „Perestroika“ und „Glasnost“ verbundene Reformpolitik des letzten Zentralsekretärs der KPdSU ab 1985 vermochte das Vertrauen vieler Juden in den Sowjetstaat nicht zurückzugewinnen, obgleich sich jüdische Religion, Kultur und Wissenschaft nun wieder freier entwickelten und man zumindest in Großstädten wie Moskau, Leningrad, Minsk oder Kiew durchaus von einer neuen Blüte jüdischen Lebens sprechen konnte. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre breiteten sich indes Rechtsextremismus und Antisemitismus aus, wie sie sich etwa in den Aktivitäten der russischen chauvinistisch-nationalistischen und radikal antisemitischen Bewegung Pamjat („Gedächtnis“) manifestierten. Nicht zuletzt dieser Entwicklung ist es zuzurechnen, dass ein wachsender Teil der sowjetischen Juden für die Auswanderung aus der Sowjetunion votierte.

## FRANK GRÜNER

ist Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Bielefeld.

frank.gruener@uni-bielefeld.de

<sup>29</sup> Vgl. Gitelman (Anm. 6), S. 160.

<sup>30</sup> Vgl. ebd., S. 161.

<sup>31</sup> Vgl. ebd., S. 164–168.

<sup>32</sup> Vgl. ebd., S. 170.

## ESSAY

# SACKGASSE SOWJETVERGANGENHEIT

## Zum Erbe der UdSSR in Russland

*Irina Scherbakowa*

Vor knapp 30 Jahren, im Dezember 1991, wurden die sogenannten Vereinbarungen von Minsk in Beloweschskaja Puschtscha unterzeichnet. Darin wurde der Vertrag zur Gründung der UdSSR von 1922 außer Kraft gesetzt und damit ihr Ende besiegelt. Viele Unionsrepubliken wurden zu unabhängigen Staaten. An dem Erbe der Sowjetunion trägt das heutige Russland immer noch schwer. Blicke zurück und auf die aktuelle Geschichtspolitik zeigen, warum dies so ist.

### GLEICHHEIT UND BRÜDERLICHKEIT ALLER VÖLKER?

Anfang des 20. Jahrhunderts war das russische Imperium ein Vielvölkerreich mit über 181 Millionen Menschen. Weniger als 20 Prozent von ihnen lebten in Städten, die zentralen Regionen waren überfüllt. Die Bauern besaßen den Boden nicht, den sie bewirtschafteten. Die Modernisierung Russlands verlief widerspruchsvoll, die jüdenfeindliche Politik gipfelte immer wieder in Pogromen, und ungelöste nationale Fragen einer überwiegend nicht-russischen Bevölkerung (57 Prozent) setzten das Zarenreich unter Druck. Die Unabhängigkeitsbewegungen, die sich nach seinem Zusammenbruch infolge der Revolutionen 1917 bildeten, wurden rasch von der bolschewistischen Regierung unterdrückt, das russische Imperium in den alten Grenzen wiederhergestellt – mit Ausnahme Finnlands, der baltischen Staaten und Polens, das auch dank der sowjetischen Niederlage im polnisch-sowjetischen Krieg 1920 unabhängig blieb.

Dass Bildung und Erhalt der Union gelangen, war nicht allein das Ergebnis des bolschewistischen Terrors. Die Unabhängigkeitsbewegungen scheiterten auch an der großen Kluft zwischen der armen Bevölkerungsmehrheit und nationalen Eliten. Geopolitische, soziale und psychologische Gründe spielten hier eine Rolle,

viele Völker fühlten sich traditionell zugehörig zu Russland. Die kommunistischen Führer versprachen das Recht auf Selbstbestimmung für alle Nationen und Gleichheit und Brüderlichkeit aller Völker. Von dieser neuen Ideologie ging eine große Faszination aus. Eingehalten wurden diese Versprechungen nie. Die Bolschewiki verstärkten vielmehr den imperialen und zentralistischen Charakter der Staatsmacht. Die freie Föderation, die Union unabhängiger Republiken, war reine Fiktion.

In der Stalinzeit ab den 1920er Jahren begannen Säuberungen unter den nationalen Eliten. Davon waren nicht nur die vom Bürgerkrieg verschont gebliebenen Vertreter der alten Eliten, sondern auch die neuen sowjetischen Kader betroffen. Jeder, der der brutalen Industrialisierung und vor allem der Zwangskollektivierung im Wege zu stehen schien, sollte „weggefegt“ werden. So begann die Ausrottung der „bürgerlichen Nationalisten“, die sich durch die ganze Sowjetzeit hinzog.

Teil der Stalinschen repressiven Politik waren auch Deportationen nach dem Nationalitätenprinzip. Vor allem der Zweite Weltkrieg bot einen Vorwand, um ganze Völker zu vertreiben: Wolgadeutsche und Tschetschenen, Balkaren und Inguschen, Kalmücken und Krimtataren wurden des Vaterlandsverrats beschuldigt und deportiert, Hunderttausende aus ihren angestammten Gebieten gerissen und entwurzelt. Die Zwangsumsiedlung in fremde Gebiete mit ungewohnten Klimaverhältnissen kostete unzählige Opfer, zerriss viele Familien und richtete Menschen physisch und seelisch zugrunde. Die insgesamt zwölf deportierten Völker der Sowjetunion lebten in der Verbannung, unter ständiger Obhut der Sicherheitsorgane. Das führte zu anhaltenden Spannungen und noch Jahrzehnte später zu schweren Konflikten. Erst nach Stalins Tod wurden einige Völker „rehabilitiert“ und erhielten die Erlaub-



nis, in ihre ehemaligen Siedlungsgebiete zurückzukehren. Den Krimtataren und Wolgadeutschen blieb bis zum Ende der 1980er Jahre die Rückkehr untersagt, ihre autonomen Republiken wurden nie wiederhergestellt.

Wurde in der sowjetischen Propaganda offiziell stetig die „Völkerfreundschaft“, die Gemeinschaft der sowjetischen Völker und die multinationale sowjetische Kultur beschworen und öffentlich zelebriert, war inoffiziell spätestens seit Anfang der 1930er Jahre die „Russifizierung“ zum Ziel geworden. Immer stärker wurde das russische Volk in die Rolle des „Großen Bruders“ gedrückt. Den Russen erging es dabei nicht besser als den anderen Völkern der UdSSR, auch sie litten unter Repressalien. Manche Historiker sprechen von einer „inneren Kolonisierung“<sup>01</sup> – womit man die Anwendung von Praktiken der Kolonialverwaltung und Ausbeutung gegen die einheimische Bevölkerung innerhalb der Grenzen des Staates bezeichnet. Trotz Konflikten zwischen ihnen waren die kritisch gestimmten Vertreter verschiedener Völker der Sowjetunion geeint in dem Druck und der Gewalt, den der Partei- und Staatsapparat ihnen gegenüber ausübte. Die Dissidenten – aus Russland, aus der Ukraine, aus dem Baltikum – kämpften ab den 1960er Jahren „für unsere und eure Freiheit“<sup>02</sup> und wurden dafür ins Lager gesteckt.

### DER SOWJETISCHE MENSCH – EIN PHANTOM

Neben der „Völkerfreundschaft“ war die Beschwörung des „sowjetischen Menschen“ und der Sowjetunion als der „Gemeinschaft der sowjetischen Menschen“ einer der wichtigsten Bestandteile sowjetischer Propaganda. Aber hat es diesen *homo sovieticus* jemals gegeben, oder war dieser nur ein Phantom, eine ideologische Projektion, mit imaginären Charakterzügen versehen?

Bis in die 1950er Jahre hinein bezeichneten sich viele Bürger der UdSSR als sowjetische Menschen in einem positiven Sinne, manchmal jedoch auch aus Angst, dass man sie als „antisowjetisch“ markieren würde. Ab Mitte der 1960er Jahre wurde diese symbolische Figur, die an die glückli-

che kommunistische Zukunft glaubt, an die Völkerfreundschaft, treu dem Sowjetstaat und der Kommunistische Partei ergeben, immer weniger überzeugend und akzeptiert. Denn der reale „sowjetische Mensch“, den das System produzierte, war oft eine lumpenisierte, entwurzelte, ihrer Mikroheimat längst verlustig gegangene, in Baracken aufgewachsene Person. Er oder sie wusste selbst nicht, wie man sich bezeichnen sollte, und nicht zufällig verschwand aus dem russischen Sprachgebrauch die Anrede „Genosse“<sup>03</sup> blieb nur bei offiziellen Anlässen; „Bürger(in)“ nur vor dem Gericht. „Dame und Herr“ waren nach der Revolution abgeschafft worden. Eine Selbstverachtung war dieser Figur zu eigen, gleichzeitig die Verachtung des Anderen. Sie war entmündigt, schwankte zwischen Minderwertigkeitskomplexen und Größenwahn.

Jahrzehnte der Gewalt und der Angst haben tiefe Spuren in der Gesellschaft hinterlassen. Typische Eigenschaften bildeten sich heraus: das „Doppeldenken“ im Orwellschen Sinne, ein intellektueller Konformismus, das Misstrauen gegenüber jeglichem „Anderssein“, die Unfähigkeit, frei und unabhängig zu denken, die Nachgiebigkeit gegenüber der Propagandalüge, die Isoliertheit der Menschen, der Mangel an menschlicher Solidarität – das sind in vieler Hinsicht Resultate der Verfolgungen, Deportationen und Zwangsumsiedlungen, Resultate des Terrors, dessen Ziel in der Aufsplitterung und Atomisierung der Gesellschaft, der Umwandlung in eine Masse bestand, die sich einfach lenken lässt.

Und deshalb lauteten die wichtigen Fragen der Perestroika-Zeit, die die Gesellschaft damals bewegten: Wer ist schuld daran, dass *wir* so geworden sind? Und gibt es überhaupt dieses „Wir“? „Sowjetmensch“ und „Sowjetvolk“ bekamen eine deutlich negative Konnotation. Auch an die kommunistische Ideologie glaubte man immer weniger. Es war die Phase einer Suche nach Selbstidentifikation und eines brennenden Interesses an der sowjetischen Vergangenheit, vor allem an dem, was verborgen und Jahrzehnte lang geheim gehalten war. Gefordert wurde, die einst verbotenen Werke aus Literatur, Film und Kunst der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Hinzu kamen Aufrufe, die historische Wahrheit ans Licht zu bringen, die Geheimarchive zu öffnen.

**01** Efim Etkind, *Internal Colonization. Russia's Imperial Experience*, Cambridge 2011.

**02** *Za naszą i waszą wolność* – die Parole der polnischen Unabhängigkeitsbewegung seit dem 19. Jahrhundert.

**03** Im Russischen gibt es für „Genosse“ – *Towaritsch* – kein Femininum.

Der Türspalt in das schwarze Zimmer der Vergangenheit wurde immer breiter, und was man dort sah und fand, war erschreckend. Die Liste wurde immer länger: die Geheimprotokolle zum Hitler-Stalin-Pakt, Beweise für die Ermordung von über 20000 polnischen Offizieren und Polizisten in Katyn und anderswo 1940; Erschießungslisten für Zehntausende Menschen, von Stalin selbst unterschrieben; gefälschte Ermittlungsunterlagen gegen mehr als vier Millionen Opfer des politischen Terrors und vieles andere – all das wurde den Bürgern Russlands als Zeitzeugnisse nach und nach enthüllt und stellte die Legitimität des kommunistischen Regimes infrage.

### IDENTITÄTSSUCHE UND HISTORISCHE VERANTWORTUNG

Die Last dieser Vergangenheit, eine tiefe Wirtschaftskrise, wieder aufgeflammete nationale und ethnische Konflikte, der missglückte Putsch von Anti-Perestroika-Kräften gegen Gorbatschow im August 1991 – das alles beschleunigte die politischen Prozesse und vor allem den Zerfall der Sowjetunion. Im Dezember 1991 löste sich die jahrzehntelang unerschütterlich scheinende Sowjetunion auf, und die Welt erlebte die Geburt von 15 neuen Staaten. Aber der scheinbar leichte, fast blutlose und schnelle Zerfall der UdSSR, der, wie es damals schien, niemand nachtrauerte, führte letztendlich zu den schwerwiegendsten Folgeerscheinungen der Perestroika für Russland.

Bis Anfang der 1990er Jahre blieb das gesellschaftliche Ideal, das man anstrebte, eine gewisse, auf die russischen Gegebenheiten zugeschnittene Form der Demokratie, die auch allen Völkern Freiheit und Unabhängigkeit bringen sollte. Aber bald stellte sich heraus, dass nicht nur der Reformprozess, sondern auch die Auflösung der Sowjetunion viel schwieriger und schmerzhafter verlief, als man es sich vorstellt hatte. Die Konflikte im Kaukasus und Mittelasien brachten massenhaft Umsiedler, Flüchtlinge nach Russland, wo niemand auf sie wartete. Bald spannten sich auch die Beziehungen zu den unabhängig gewordenen ehemaligen Sowjetrepubliken an oder zu denen, die nach Unabhängigkeit strebten.

Der Einmarsch russischer Truppen in Tschetschenien im Dezember 1994 hat gezeigt, dass es eine der gefährlichsten Versuchungen für Russland ist, wieder in die Rolle der imperialen Großmacht zu schlüpfen. Russland zog in den Krieg, gegen

Unabhängigkeitsbestrebungen der Tschetschenen, mit den alten Argumenten von Staatsinteresse und Staatsbedrohung. Im Kern war dieser Krieg ein Ergebnis der Abkehr von den Ideen von Freiheit und Demokratie. Es ging nicht um den Erhalt der Russländischen Föderation an sich. Es ging vielmehr um Machterhalt um jeden Preis. Dieser, wie es damals schien, „kleine“ Krieg dauerte mehrere Jahre lang und hatte verheerende politische und moralische Nachwirkungen in Russland.

All das, und der tägliche Kampf ums Überleben in der neuen Realität, hat die russische Gesellschaft dazu gebracht, sich von demokratischen Zukunftsideen zu lösen. Es führte auch zu einem dramatischen Identitätsverlust für die Bevölkerung des größten Teilstücks der ehemaligen sowjetischen Zivilisation, der Russländischen Föderation: Das einstige „Sowjetvolk“ war obsolet geworden, doch einen Ersatz dafür hatte niemand parat.<sup>04</sup>

Dieser Verlust machte sich umso stärker bemerkbar, als sich in den ehemaligen sowjetischen Republiken, in den baltischen Staaten, in Georgien, in der Ukraine, eine Geschichtspolitik zu entwickeln begann, in denen Russland einzig als Stalinsches Imperium und als „Täterland“ dargestellt wurde. In diesen neuen Nationalstaaten entstanden Formen der historischen und politischen Reflexion, die es ermöglichten, die „eigenen“ Leiden ausschließlich als Ergebnis „fremden“ bösen Willens darzustellen. Wenn das eigene Volk nur Opfer war, der Nachbar der Täter, gab es politisch wie gesellschaftlich nichts zu verantworten.

In Russland lehnten viele die, wie es ihnen erschien, aufgezwungenen Schuldgefühle ab. Viele waren und sind bis heute daher nicht in der Lage, den Grad der historischen Verantwortung der Sowjetunion gegenüber den Nachbarländern Russlands anzuerkennen. Auch das Bewusstsein über das Ausmaß der Katastrophe, die Russland selbst ereilt hat, ist unterentwickelt. Die Frage nach der historischen Verantwortung blieb ungelöst, und es gab keinen Druck mehr von gesellschaftlicher Seite, die kommunistische Herrschaft aufzuarbeiten. Die historischen Rollen Lenins, Stalins und ihrer Mitstreiter blieben ohne Urteil, es gab keine Entscheidungen des Parlaments zu diesen Fragen. Der sogenannte Prozess gegen die Kommunistische Partei der Sowjetunion, der 1992, mitten

<sup>04</sup> Vgl. hier und im Folgenden immer wieder Arsenij Roginskij, *Erinnerung und Freiheit. Die Stalinismus-Diskussion in der UdSSR und Russland*, in: *Osteuropa* 4/2011, S. 55–70, insb. S. 60–64.

in der Wirtschaftskrise, begann, endete de facto ohne Ergebnis. Es gab keine Durchleuchtung und keine echte Reform der Staatssicherheitsorgane, geschweige denn Lustrationen.

## NEUE GESCHICHTSPOLITIK

Als die Putin-Zeit Ende des 20. Jahrhunderts begann, wurde schnell deutlich, dass sich der Staat auf der Suche nach einem „eigenen“ russischen Weg vom westlichen Demokratiemodell verabschiedet und die nationale Idee immer intensiver an alten sowjetischen Mythen über die erfolgreiche stalinistische Modernisierung oder die Umwandlung des Landes in eine Supermacht ausrichtet. Die Demokratiebewegung der Perestroika-Zeit, die Mobilisierung einer ganzen Gesellschaft, die in der Befreiung der Länder Osteuropas aus der sowjetischen Einflussphäre endete, der Fall der Berliner Mauer und das Ende des Kalten Kriegs wurden als Niederlagen gesehen, der Zerfall der Sowjetunion als Störfall.

Die Politik schränkte Freiheit und Demokratie ein, demokratische Verfahren wurden bloß imitiert, Gerichte waren abhängig vom Staat, freie gesellschaftliche Aktivität wurde behindert. Dies lief auf eine Art Wiederbelebung sowjetischer Praktiken hinaus und verlangte insofern geradezu nach einer Rehabilitierung der sowjetischen Vergangenheit. Es zeichnete sich eine Entwicklung ab, die noch einige Jahre zuvor in der Zeit der Perestroika undenkbar gewesen wäre. Die Idee vom Großen Russland verschmolz im kollektiven Bewusstsein allmählich mit der Sowjetzeit, insbesondere mit der Stalin-Ära. Anstelle einer ernsthaften, landesweiten Diskussion und Aufarbeitung erstand ein nur leicht veränderter sowjetischer, patriotisch begründeter Großmachtmythos wieder auf, der die Geschichte des Landes als eine Abfolge ruhmreicher heroischer Leistungen zeigt. Dieser Prozess wurde zum Bestandteil einer neuen, systematischen staatlichen Geschichtspolitik.

Eine wichtige Rolle in den Bemühungen um ein positives Bild von der sowjetischen Geschichte spielte die Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“, der mit dem Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 begann. Er war das einzige Ereignis in dieser Geschichte, in dessen grundsätzlicher Bewertung sich die öffentliche Meinung immer einig war, und Ursprung von Nationalstolz. Aber anstelle von vielschichtigen, vorwiegend tragischen Erinnerungen

an den Krieg setzte die offizielle Geschichtspolitik die Erinnerung an den Sieg. Die Frage, um welchen Preis dieser Sieg errungen wurde, kam nicht vor, ebenso wenig die Fehler der sowjetischen Führung, die zu den Katastrophen von 1941/42 geführt hatten, zu den militärischen Verlusten, zu Millionen Soldaten, die in die Kriegsgefangenschaft geraten waren, Zwangsarbeiter, die von den Besatzern gewaltsam zur Arbeit nach Deutschland verschleppt wurden. Dies alles passte schlecht in das holzschnittartige Bild der nationalen Geschichte, dass der Bevölkerung präsentiert wurde.

In diesem Zusammenhang tauchte am geschichtlichen Horizont vieler Russen nun die Figur Stalins wieder auf, der nicht als Lenker und Organisator des Massenterrors gesehen wurde, sondern als weiser Staatsmann, großer Modernisierer und vor allem als Sieger im Krieg. Dass Stalin für ganz verschiedene soziale Gruppen immer mehr zum Symbol wurde, war kein Zufall. Seine Gestalt entpuppte sich als überaus standhaft, lebendig und vielschichtig. Stalin verkörperte das russische Imperium und dies – so paradox es auch ist – noch mehr als der letzte russische Zar. Er war Symbol für eine Atommacht, vor der sich der Westen fürchtete, ein Symbol für Isolationismus und antiwestliche Propaganda, für Traditionalismus und paternalistische Herrschaft, für die Alternativlosigkeit einer quasi sakralen Macht. Die Menschen in Russland waren immer weniger bereit, Stalin als „Staatsverbrecher“ anzuerkennen – weil dies auch das Urteil über den sowjetischen Staat als verbrecherisch nach sich gezogen hätte.

Im Großen und Ganzen erwies sich diese Konstruktion einer nationalen Identität als erfolgreich. Der neuen (alten) Geschichtsrhetorik, unter anderem durch massive Propaganda im Fernsehen unter das Volk gebracht, gelang es im kollektiven Bewusstsein, eine Verknüpfung von Vergangenheit und Gegenwart herzustellen. Zusammen mit der Idee eines neuen Patriotismus und Nationalstolzes lebten die alten sowjetischen Stereotype wieder auf: die Vorstellung vom Westen als – heute wie früher – Feind und Quelle allen Unglücks für Russland, von einem Westen, der das Land in den 1990er Jahren fast in die Knie gezwungen hätte; von einer „fünften Kolonne“, die im Auftrag dieses Feindes agierte; von der Feindseligkeit der Nachbarländer, und vieles andere mehr. Die Bestrebungen, Russland wieder zur Großmacht zu machen, verschmolzen mit imperialen Visionen: Bereits 2005 nannte Putin in einer Ansprache an

die Föderale Versammlung den Zusammenbruch der Sowjetunion „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“.<sup>05</sup>

### ZUKUNFT DER ERINNERUNG

In den vergangenen Jahren konnte aber auch eine Gegenströmung wahrgenommen werden. Die Wirtschaftskrise und die überbordende Korruption führten zur Unzufriedenheit mit der Funktionsfähigkeit des Staates, der Justiz und der Polizei. Gleichzeitig wurde für viele immer deutlicher, dass eine Modernisierung ohne endgültige Abrechnung mit dem Stalinismus, ohne Fortsetzung dessen, was in den 1990er Jahren abgebrochen wurde, nicht möglich sein wird. Die jüngsten Ereignisse in Russland zeigen eine Spaltung der Gesellschaft – zwischen dem modernen, gebildeten und demokratisch eingestellten Teil und den tra-

ditionalistischen, konservativen und machterhaltenden Kräften. Ein Konsens über die Bewertung der sowjetischen Vergangenheit, über die Rolle Stalins scheint heute unmöglich. Am eindrücklichsten zeigt sich dies an der Unfähigkeit der russischen Gesellschaft, eine kollektive Identität zu entwickeln. Es existiert keine Vorstellung von der Zukunft. In welchem Russland werden wir leben, einem vermeintlich stabilen, das sich „von den Knien erhebt“ (so ein Leitmotiv Putins) und seinen eigenen Weg geht? Wie sähe dieser Weg überhaupt aus? Die Ideologen im Kreml sind nicht in der Lage, dies zu beantworten – und genau deshalb spielt die sowjetische Vergangenheit im heutigen Russland eine solch immense Rolle. Historisch gesehen, ist es eine Sackgasse, aber wie hoch der Preis für Russland sein wird, sich aus dieser Sackgasse zu befreien, weiß heute niemand.

### IRINA SCHERBAKOWA

ist Historikerin, Publizistin und Übersetzerin. Sie ist Gründungsmitglied von Memorial, einer Menschenrechtsorganisation, die sich unter anderem für die Aufarbeitung der sowjetischen Gewaltherrschaft einsetzt.

<sup>05</sup> Zit. nach Alexander Brakel, „Die größte geopolitische Katastrophe?“ Eine ambivalente Zwischenbilanz nach 25 Jahren, 6. 12. 2016, [www.kas.de/documents/252038/253252/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_47123\\_1.pdf/cbf09275-1b84-9f6e-5405-d38710066ffc](http://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_47123_1.pdf/cbf09275-1b84-9f6e-5405-d38710066ffc).

## Unterwegs und überall.

APuZ als E-Book oder PDF heruntergeladen und in über 500 Ausgaben lesen, suchen, markieren ...



# Zum Weiterlesen.



2021  
Bestell-Nr. 10561



2020  
Bestell-Nr. 10461



2017  
Bestell-Nr.  
4323

2014  
Bestell-Nr. 4322



## LESERINNEN- UND LESERBEFRAGUNG

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

vielen Dank für Ihr Interesse an "Aus Politik und Zeitgeschichte" (APuZ). Um unsere Zeitschrift auch in Zukunft gut oder sogar besser machen zu können, möchten wir gerne in Erfahrung bringen, was Ihnen an der APuZ gefällt, was Sie eventuell nicht so gut finden und wie Sie die Zeitschrift nutzen. Dazu haben wir das Institut für Demoskopie Allensbach mit einer Befragung beauftragt.

Wir möchten Sie ganz herzlich bitten, sich an der Befragung zu beteiligen, indem Sie entweder direkt auf die Internetseite [www.bpb.de/apuz-umfrage](http://www.bpb.de/apuz-umfrage) gehen, oder den unten abgedruckten QR-Code scannen.

Da die Aussagekraft der Ergebnisse ganz wesentlich davon abhängt, dass sich möglichst viele Leserinnen und Leser beteiligen, würden wir uns freuen, wenn Sie sich die Zeit für diese Befragung nehmen. Dafür schon jetzt ganz herzlichen Dank!

Ihre APuZ-Redaktion

Für Rückfragen zu der Studie stehen wir natürlich gerne zur Verfügung unter [apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de) oder [apuz-befragung@ifd-allensbach.de](mailto:apuz-befragung@ifd-allensbach.de).

QR-Code scannen und online  
an der Umfrage teilnehmen



Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn  
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 9. April 2021

#### REDAKTION

Anne-Sophie Friedel  
Julia Günther  
Sascha Kneip  
Johannes Piepenbrink  
Anne Seibring (verantwortlich für diese Ausgabe)  
Robin Siebert (Volontär)  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
twitter.com/APuZ\_bpb

APuZ  
Nächste Ausgabe  
17-18/2021, 26. April 2021

USA

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,  
Mörfelden-Walldorf

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung  
Das **Parlament** ausgeliefert.  
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.  
FAZIT Communication GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ  
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)